

PROTOKOLL

*über die 38. , ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am Donnerstag,
dem 14. Dezember 1972, im Rathaus, I. Stock hinten, Gemeinderatsitzungssaal.*

Beginn der Sitzung: 13.30 Uhr.

Öffentliche Sitzung

A n w e s e n d :

VORSITZENDER:
Bürgermeister Josef Fellingner

BÜRGERMEISTER-STELLVERTR.:
Leopold Petermair
Franz Weiss

STADTRÄTE:
Alfred Baumann
Alois Besendorfer
Rudolf Fürst
Konrad Kinzelhofer
Manfred Wallner
Leopold Wippersberger

GEMEINDERÄTE:
Johann Brunmair
Vinzenz Dresl
Franz Enöckl
Karl Feuerhuber
Karl Fritsch
Franz Frühauf
Dr. Hermann Gärber
Karl Gherbetz
Johann Heigl
Ing. Johann Holzinger
Anna Kaltenbrunner

Walter Kienesberger
Johann Knogler
Friedrich Kohout
Rudolf Luksch
Franz Mayr
Therese Molterer
Walter Moser
Helmut Pils
Erich Sablik
Hubert Saiber
Heinrich Schwarz
Prof. Dr. Konrad Schneider
Dr. Alois Stellnberger
Otto Tremel
Johann Zöchling

VOM AMT:
Magistratsdirektor Obersenatsrat
Dr. Karl Enzelmüller
Magistratsdirektor-Stellvertreter
Senatsrat Dr. Johann Eder
Oberamtsrat Ludwig Stary
Oberamtsrat Alfred Eckl

PROTOKOLLFÜHRER:
VOK Walter Radmoser
VB Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

- 1) Ha-3100/72 Antrag auf Feststellung des Voranschlages für das Rechnungsjahr 1973.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

- 2) Präs-814/70 Verleihung der Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr an Mitglieder des Österreichischen Roten Kreuzes.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALFRED BAUMANN:

- 3) Ges-151/72 Benennung der Verbindungsstraße zwischen Hafner- und Arbeiterstraße;
Benennung des Verbindungs-Promenadenweges vom Hochhaus der Steyr-Werke in der Otto-Glöckel-Straße entlang des Ennsleitenhanges bis zum Sportheim Ennsleite.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Sie zur heutigen Sitzung des Gemeinderates recht herzlich begrüßen. Die Tagesordnung ist Ihnen zugegangen. Es wird hier vorgeschlagen, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, daß wir die beiden letzten Tagesordnungspunkte vorziehen, damit wir die Diskussion mit der Beschlußfassung über den Haushaltsvoranschlag in einem und zum Schluß abwickeln können. Sind Sie damit einverstanden? Widerspruch dagegen hat sich keiner erhoben. Die Sitzung ist beschlußfähig. Protokollprüfer für die heutige Sitzung sind Herr Gemeinderat Dresl und Gemeinderat Frühauf. Ich bitte Sie, diese Funktion zu übernehmen.

Kollege Böhm ist entschuldigt, er ist krank.

Somit können wir in die Tagesordnung selbst eingehen und ich bitte dazu den ersten Berichterstatter, Kollegen Weiss.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Der Finanz- und Rechtsausschuß hat sich in seiner Sitzung vom 10. 2., der Gemeinderat am 17. 2. mit der Verleihung von Rettungsverdienstmedaillen durch die Stadt Steyr befaßt und ich möchte Ihnen den Antrag stellen, nachdem der Grundsatzbeschluß über die Verleihungsbestimmungen bereits hier gefaßt wurde, nachstehende Personen mit der Verleihung zu bedenken.

Es ergeht hiermit der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

2) Präs-814/70

Verleihung der Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr an Mitglieder des Österreichischen Roten

Kreuzes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Anerkennung der langjährigen, verdienstvollen Tätigkeit auf dem Gebiete des Rettungswesens wird an folgende Personen die "Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr" verliehen:

IN GOLD (für eine mehr als 25jährige Tätigkeit):

Normann Maria, Bezirksleiterin, geb. 1903, 34 Jahre

Auracher Helene, Abteilungsleiterin, geb. 1913, 33 Jahre

Burgholzer Anna, Zugsleiterin, geb. 1893, 28 Jahre

Dobesberger Maria, Zugsleiterin, geb. 1904, 33 Jahre

Eibenberger Maria, Zugsleiterin, geb. 1888, 34 Jahre

Fritsch Margarete, Gruppenleiterin, geb. 1916, 27 Jahre

Goldmann Anna, Zugsleiterin, geb. 1900, 33 Jahre

Gstöttenmayr Paula, Abteilungsleiter-Stellvertreter, geb. 1909, 30 Jahre

Hoffmann Anna, Zugsleiterin, geb. 1908, 33 Jahre

Hieslmayr Maria, Abteilungsleiter-Stellvertreter, geb. 1924, 30 Jahre

Lueger Angela, Schwester, geb. 1891, 34 Jahre

Mayer Amalia, Zugsleiterin, geb. 1893, 33 Jahre

Normann Berta, Gruppenleiterin, geb. 1923, 30 Jahre

Traunfellner Elsa, Abteilungsleiter-Stellvertreter, geb. 1905, 32 Jahre

Wokral Josefine, Zugsleiterin, geb. 1889, 32 Jahre

Zivny Emma, Gruppenleiterin, geb. 1913, 30 Jahre

Schiefersteiner Josefine, Zugsleiterin, geb. 1899, 34 Jahre

Angerer Alois, Stabszugsführer, geb. 1919, 33 Jahre

Daninger Bernhard, Oberzugsführer, geb. 1895, 38 Jahre

Filip Hans, geb. 1900, 34 Jahre

Hinterleitner Leopold, Stabszugsführer,

geb. 1905, 34 Jahre
Kammerhofer Franz, Stabszugsführer, geb. 1916, 26 Jahre
Trauner Franz, Stabszugsführer, geb. 1911, 26 Jahre
Grünmüller Franz, Kolonnenkommandant, geb. 1915, 26 Jahre
Rinner Josef, Abteilungs-Kommandant-Stellvertreter, geb. 1904, 27 Jahre
Dr. Fritz Sammern-Frankenegg, Obermedizinalrat, geb. 1898, 27 Jahre

IN SILBER (für eine mehr als 20jährige Tätigkeit):
Fröhlich Maria, Zugsleiterin, geb. 1903, 22 Jahre
Kusternigg Franz, Helfer, geb. 1897, 20 Jahre
Wasle Oskar, Hauptzugsführer, geb. 1906, 22 Jahre
Lederhilger Hilde, Gruppenleiterin, geb. 1924, 20 Jahre

IN BRONZE (für eine mehr als 15jährige Tätigkeit):
Dr. Sajovic Herbert, Kolonnenarzt, geb. 1937, 17 Jahre
Lorenz Karl, Oberzugsführer, geb. 1917, 16 Jahre
Milalkovic Otto, Gruppenführer, geb. 1936, 18 Jahre
Peterstorfer Rudolf, Hauptzugsführer, geb. 1917, 18 Jahre
Ruttensteiner Bertold, Gruppenführer, geb. 1934, 18 Jahre

Ich bitte Sie, diesen Vorschlägen, die mit der Rot-Kreuz-Dienststelle abgestimmt sind, Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Darf ich Sie um Wortmeldungen bitten, wenn Sie dazu zu sprechen wünschen? Es ist keine Wortmeldung. Darf ich um ein Zeichen mit der Hand als Einverständnis bitten. Danke. Gegenprobe? Es ist keine Stimme dagegen erhoben worden, daher einstimmig an-

genommen. Danke.

Zum nächsten Tagesordnungspunkt bitte ich Herrn Kollegen Baumann um seinen Vortrag.

BERICHTERSTATTER STADTRAT
ALFRED BAUMANN:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich verlese Ihnen 2 Anträge. Der eine behandelt die Benennung einer Straße und der andere die Benennung eines Gehweges.

Der Antrag des Stadtsenates lautet:

3) Ges-151/72

Benennung der Verbindungsstraße zwischen Hafner- und Arbeiterstraße.

Benennung des Verbindungs-Promenadenweges vom Hochhaus der Steyr-Werke in der Otto-Glöckel-Straße entlang des Ennsleitenhanges bis zum Sportheim Ennsleite.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1) Die neu erbaute Verbindungsstraße auf der Hohen Ennsleite zwischen Hafnerstraße (Mädchenheim Ennsleite) bis zur Arbeiterstraße, erhält im Gedenken an Koloman Wallisch die Bezeichnung

"Koloman Wallisch Straße".

2) Der neu geschaffene Verbindungs-Promenadenweg auf der Hohen Ennsleite, der vom Hochhaus der Steyr-Daimler-Puch-AG im Norden in südöstlicher Richtung bis zum Sportheim (Sepplbauerngut) verläuft, erhält im Gedenken an Johann Radmoser die Bezeichnung

"Johann Radmoser Weg".

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sie hörten diese beiden Anträge. Wird dazu das Wort gewünscht? Herr Dr. Gärber bitte!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich möchte zu dem Antrag, betreffend Koloman-Wallisch-Straße einige Bemerkungen machen.

Ich weiß nicht, aber Koloman Wallisch ist eigentlich in Steyr gar nicht bekannt. Er war, glaube ich, nicht in Steyr ...

ZWISCHENRUF STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

In der Arbeiterbewegung war er schon bekannt, Herr Doktor!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

... in der Steiermark war er, glaube ich. Ich möchte daher folgendes sagen. Ich glaube, wir haben in Steyr verdiente Kämpfer, die nicht in das Kalkül gezogen werden und ich möchte daher nur einen Namen nennen, Franz Sichelrader. Ich weiß nicht, warum er übergegangen wurde. Franz Sichelrader wurde 1897 in Steyr geboren, er hat seit dem 18. Lebensjahr in den Steyr-Werken gearbeitet, wurde dort bald Vertrauensrat und ist dann eingerückt. Nach Kriegsende hat er wieder in den Steyr-Werken gearbeitet, wurde 1920 in den Betriebsrat gewählt und wurde dann später Betriebsrats-Obmann nach 1945 und seit 1926 - 32 Jahre alt - bereits Bürgermeister der Stadt Steyr, einer der jüngsten Bürgermeister seiner Zeit. Sie wissen alle, wie schwer die Zeit zwischen 1920 und 1930 war, in der er als Bürgermeister gewirkt hat. Ich glaube, eine schwerere Zeit für einen Bürgermeister kann man sich nicht vorstellen wie diese.

Im Jahre 1934, bei den Februarkämpfen - Sie werden das wissen, auf der Ennsleite - war er in vorderster Reihe und hat mit den Schutzbündlern gekämpft. Er war inhaftiert in Garsten und hatte anschließend Stadtverbot für Steyr und konnte erst 1938 wieder nach

Steyr zurückkehren. Über die Verdienste Sichelraders brauche ich Ihnen nichts Näheres erläutern, aber Sie werden das ja selbst wissen und ich möchte daher fragen, was man für Sichelrader zu tun gedenkt, vielleicht in einer anderen Art oder sonst möchte ich den Antrag stellen, diese Straße nach Franz Sichelrader zu benennen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Herr Gemeinderat, darf ich hier um eine klare Definierung bitten. Wir würden sicher Ihre Anregung aufgreifen, wenn es eine Anregung ist, dem Altbürgermeister Sichelrader zu einem Straßennamen zu verhelfen, wenn ich diesen Ausdruck gebrauchen darf. War das jetzt als Gegenantrag statt Wallisch Sichelrader zu nehmen gedacht?

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Ich habe nur gemeint, daß man in irgend einer Form Sichelraders gedenkt.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Herr Gemeinderat Heigl bitte!

GEMEINDERAT JOHANN HEIGL:

Ich würde mir erlauben, den Antrag zu stellen, bei der nächsten Straßenbenennung die Straße nach Franz Sichelrader zu benennen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sind Sie mit diesem Vorschlag - wie ich gesagthabe - daß wir ihn einer Vormerkung und Diskussion und bei gegebener Gelegenheit einer Verwirklichung zuführen, einverstanden?

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Ja, damit bin ich zufrieden.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Herr Kollege Gherbetz bitte!

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:
Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich würde überhaupt dafür eintreten, daß man, wenn man Straßen benennt, sie vorerst nach Persönlichkeiten dieser Stadt durchführt, denn ich glaube, wir haben in allen politischen Lagen in dieser Stadt verdienstvolle Persönlichkeiten, die würdig wären, solchen Straßenbenennungen ihre Bezeichnung zu geben. Ich erinnere nur, um etwas zu nennen, an Prof. Neumann, der sehr viel für diese Stadt getan hat, der eigentlich die Volkshochschule in Steyr geschaffen hat, der Vizebürgermeister war, der Träger des Ehrenringes der Stadt Steyr gewesen ist. Sie haben bereits gehört, daß man Altbürgermeister Sichelrader genannt hat und ich würde schon anregen, daß man in Zukunft vorerst die Namen unserer bodenständigen Politiker oder verdienstvollen Persönlichkeiten heranzieht, um solche Straßenbezeichnungen durchzuführen. Es ist mir vollkommen klar, es wird nicht immer der Fall sein, denn der Herr Bürgermeister hat schon einmal gesagt, daß man auf der einen Seite nach Dichtern benennt, auf der anderen Seite nach Musikern. Aber, ich glaube, wenn es sich hier um Persönlichkeiten handelt, die Verdienste um die Stadt haben, daß man die Steyrer bevorzugt.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Herr Kollege Petermair bitte!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Ganz kurz, meine Damen und Herren, zu diesem Antrag. Nachdem sich hier auch Mitglieder des Gemeinderates zu Worte gemeldet haben und

Namen genannt haben, ist es hier auch meine Pflicht, einen Vorschlag zu deponieren. Ich möchte hier namens meiner Fraktion den Ökonomierat Anton Weindl vorschlagen für die künftige Namensbenennung einer Straße, und zwar deshalb, weil Ökonomierat Weindl in den Jahren 1945 - 1946 als Bezirkshauptmann auch sicherlich sehr große Verdienste für die Stadt erworben hat in punkto Schaffung der Ernährung für die Bevölkerung dieser Stadt.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke. Herr Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren!

Mir fällt bei dem Vorschlag Straßenbenennung Koloman Wallisch auf, daß besonders hier eine Fraktion Sturm läuft, die meiner Meinung nach nicht ganz zuständig ist. Denn bei dieser Straßenbenennung, die hier vorgeschlagen wurde - bekanntlich wurde dieser Name von mir genannt, zusätzlich aber 3 - 4 Steyrer Arbeiterführer, die ebenfalls in der Auseinandersetzung der kampfreichen Vergangenheit der Steyrer Arbeiterschaft ihr Leben ließen. Wenn schon Gegenvorschläge gegen Koloman Wallisch hier vorgebracht werden, dann hätte man auch zumindest von dieser Fraktion diese Vorschläge erwähnen müssen. Aber ich glaube, daß oft auch durch Irrtümer des ausgesendeten Stadtratsbeschlusses hier Ambitionen von dieser Fraktion bestehen, daß man gegen einen Kommunisten, wenn er sein Leben gibt für Österreich, für die Arbeiterbewegung, hier Einwände erhebt. Ich möchte ganz offen erklären, es handelt sich offenbar bei dieser Aussendung um einen Schreibfehler, da Koloman Wallisch nie Kommunist war, er hat nur mit den Kommunisten Schulter an Schulter im

Jahre 1934 die Demokratie und Freiheit verteidigt. Er war außerdem im Nationalrat tätig und wurde, wie Sie ja wissen, durch ein Standgericht hingerichtet. Ich glaube, daß Koloman Wallisch wirklich würdig ist, daß man diesen Straßenzug zwischen Arbeiterstraße und Hafnerstraße nach diesem revolutionären Arbeiterführer benennen soll und daß man bei diesem Antrag auch bestehen bleibt.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke. Ich darf feststellen, daß gegen diese hier vorgeschlagene Straßenbenennungen kein Einwand vorgebracht wurde, sondern lediglich die Vormerkliste für künftige Straßenbenennungen bereichert wurde.

Darf ich die Diskussionsbeiträge in dieser Form betrachten? Das ist der Fall. Damit darf ich Sie um ein Zeichen mit der Hand bitten, wenn Sie diesem Antrag Ihre Zustimmung geben. Danke. Gegenprobe? Keine Stimme wurde dagegen erhoben. Damit sind diese beiden Anträge angenommen.

Wir kommen zum ersten Tagesordnungspunkt und da darf ich Kollegen Weiss bitten, den Vorsitz zu übernehmen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich übernehme den Vorsitz und darf den Herrn Bürgermeister als Berichterstatter zum Wort bitten!

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Wir sind heute wieder dabei, für das Jahr 1973 den Haushaltsvoranschlag zu beraten und zu beschließen. Fachleute und Wissenschaftler haben sich um die Definition und um Inhalt der Gemeindehaushalte bemüht. Es wurden Richtlinien für die Erstellung von

Haushaltsvoranschlägen und Rechnungsabschlüssen erstellt. Diese haben auch in unserem Statut ihre Normierung erfahren.

"Demnach gilt der Haushaltsvoranschlag als ein für einen bestimmten Zeitraum - in unserem Fall für ein Jahr - aufgestellter Plan, der die für diesen Zeitraum voraussichtlich fällig werdenden Einnahmen und Ausgaben für Zwecke der kommunalen Aufgabenerfüllung enthält."

Der Gemeindebürger stellt oftmals die Frage, was die Gemeinde mit dem Geld macht, das in ihre Kassen fließt. Die Gemeinderatsitzung, in der der Gemeinderat darüber Beschluß fassen soll, für welche Zwecke und in welcher Höhe Ausgaben im Jahre 1973 getätigt werden sollen, ist öffentlich. Vielleicht gelingt es doch eines Tages, das Interesse für eine Antwort auf diese Frage in weiteren Kreisen unserer Bevölkerung zu wecken.

Mit diesem uns heute vorliegenden Haushaltsvoranschlag ist auch ein Plan über die Möglichkeiten der Bedeckung dieser Mittel aufzustellen. Stärker als in den Vorjahren müssen wir feststellen, daß der Anteil der Mittel für gebundene Verpflichtungen ständig angestiegen ist und demnach die freie Verfügbarkeit der Budgetmittel dem Gemeinderat fast zur Gänze entzogen ist.

Die Zuführung an Rücklagen und die Überweisung von Mitteln des ordentlichen Haushaltes an den außerordentlichen Haushalt betragen somit 7,6 Millionen Schilling. Das sind ungefähr 4,5 % des Gesamtbudgetrahmens im ordentlichen Haushalt.

Die Ausgaben im ordentlichen Haushalt nach Verwendungsgruppen geordnet, belaufen sich auf dem Personalaufwand mit 74,5 Mill., die allgemeinen Amtserfordernisse 2,4 Mill., Gebäudeerhaltungs- und Gebäudebenutzungskosten 7 Mill. - bei dieser mündlichen Aufzählung erlauben Sie mir, daß ich die Schillingbeträge vernachlässige, denn in Ihrem Bericht ist

die genaue Summe aufgezählt - Sonstiger Sach- und Zweckaufwand (einschl. pers. Sachausgaben) 73,4 Mill., Zuweisungen an Rücklagen 4 Mill., Zuführung an den außerordentlichen Haushalt 3,5 Mill., und Vergütungen zwischen den Verwaltungszweigen 11,7 Mill., das sind 176,7 Mill., die im ordentlichen Haushalt als Ausgaben ausgewiesen sind.

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Nachtragsvoranschlag 1972 von rund 66,5 Mill. auf 74,5 Mill. angestiegen und beträgt somit 42,2 % des Haushaltes. Die Erhöhung ist bedingt durch die bereits von Ihnen beschlossene allgemeine Bezugsregelung ab 1. 7. 1973 und einer Reihe von Gehaltsbezugsmaßnahmen, die individuell und zum Teil generell erfolgt sind.

Die Steigerungsrate dieses Ausgabenpakets deckt sich mit der Wachstumsrate, in der auch die laufende Kostensteigerung für diesen Zeitabschnitt beinhaltet ist. Im außerordentlichen Haushalt sind jene Vorhaben aufgezählt, die entweder einmaliger Natur oder über mehrere Budgetjahre hinaus existent sind. Wenn Sie in Ihrem Exemplar des Haushaltsvoranschlages für 1973 in den Seiten von 93 - 98 nachsehen, so finden Sie die für dieses Jahr geplanten Vorhaben angeführt und mit dem Betrag ausgestattet, der entsprechend dem geplanten Baufortschritt zur Auszahlung gelangen soll.

Sie finden auch einige Projekte mit nur Ansatzposten ausgestattet, die es der Verwaltung ermöglichen sollen - wenn die Reife dieser Vorhaben im kommenden Jahr erreicht werden kann - diese Arbeiten auch beginnen zu können. Ich weiß, daß Sie in Ihren Beratungen in den Fraktionen, im Stadtsenat und im Finanz- und Rechtsausschuß jede einzelne Post sorgfältig durchbesprochen und beraten haben, sodaß eine Vorlesung der einzelnen Detailposten derselben sich erübrigen läßt.

Der diesjährige Haushaltsvoranschlag weist einige Merkmale auf, die ihn von vorhergehenden Haushaltsvoranschlägen unterscheiden. Da ist einmal die Tatsache, daß - ab kommenden Jahr gültig - ein neues Finanzausgleichsgesetz ausgehandelt und voraussichtlich in dieser Form auch im Rahmen der Budgetberatung des Parlaments beschlossen werden wird. Auf Grund der Kenntnis der Vorverhandlungen, versprechen sich die Gemeinden und auch wir eine Verbesserung der Einnahmen gegenüber der Laufzeit des vorangegangenen Finanzausgleichsgesetzes. Es ist dem Verhandlungsteam des Städtebundes unter Führung von Bürgermeister Hillinger gelungen, einige wesentliche Änderungen gegenüber dem Finanzausgleichsgesetz 1967 durchzusetzen. So unter anderem eine wesentliche Anhebung des Gemeindeanteiles an den Sondersteuern für alkoholische Getränke von 17 auf 30 %, eine Reduzierung der Landesumlage von 14,5 auf 12,5 % und vor allem die Aufnahme einer Reihe von Zuschüssen, so für Umweltschutz, für Personennahverkehr, für Fremdenverkehr, für den Wasserwirtschaftsfonds und für Schulneubauten, für theater- und spitalerhaltende Gemeinden ebenfalls. Aber Steyr kommt hier kaum dafür in Frage.

Diese Mehreinnahmen sollen einer Berechnung nach für unsere Stadt 5 Mill. erbringen. Allerdings verursacht die Einführung der Mehrwertsteuer und die Einkommensteuerreform im Jahr 1973 einen ungefähr ebenso hohen Steuerausfall, sodaß erst ab dem Jahre 1974 eine Verbesserung aus dem Finanzausgleichsgesetz wirksam werden wird. Ab 1. 1. 1974 ist auch laut Finanzausgleichsgesetz die Gemeinde berechtigt, den Bierkonsum in die Getränkesteuer einzubeziehen. Aus diesen Überlegungen heraus konnten wir für 1973 die Einnahmen aus dem Titel "Finanzausgleich" nicht höher

präliminieren.

Zum Zeitpunkt der Budgeterstellung waren ebenfalls der 75 %ige Zuschuß des Landes zur Bezahlung der Kindergärtnerinnen noch nicht beschlossen und konnte daher im Haushaltsvoranschlag im ordentlichen Budget für 1973 noch keine Berücksichtigung finden. Aus dem Landtagsprotokoll ist der Wille des Landtages abzulesen, diese Mittel - es werden für uns in Steyr ungefähr 2 Mill. sein - zur Verbesserung der Kindergartensituation in unserer Stadt zu verwenden, das heißt, für den Zubau und Ausbau von Kindergärten. Ich will hier auch erwähnen ein Problem, das uns in allernächster Zeit beschäftigen wird, die Schaffung einer Kindergärtnerinnen-Bildungsanstalt in Steyr, die auch in dieses Gebiet fällt. Da diese Voranschlagspost im außerordentlichen Haushalt - Bau von Kindergärten, Zubau von Kindergärten - liegt, deren Bedeckung aber überwiegend durch Aufnahme von Darlehen gedeckt werden muß, erhoffen wir daraus resultierend eine Kürzung der Darlehensaufnahmen um diesen Betrag. Zur Bedeckung des Aufwandes für das Haushaltsjahr 1973 stehen uns Einnahmen aus Steuern und Erlöse zur Verfügung, die nur den Aufwand im ordentlichen Haushalt decken können. Für die Aufwendungen im außerordentlichen Haushalt sind Darlehensmittel in der Höhe von rund 72 Mill. Schilling vorgesehen. Wir haben die Zusage dieser Darlehen seitens der Kreditinstitute, vornehmlich der Sparkasse Steyr eingeholt. Wir würden aber sehr erfreut sein, wenn wider Erwarten - wie in den Vorjahren - infolge höherer Steuereingänge wir die Darlehensaufnahmen kürzen könnten. Gleichzeitig soll auch ein Wort zu unserem Schuldenstand gesagt sein. Bis zum Jahresende des heurigen Jahres hat sich die Darlehenssumme um rund S 10 Mill. erhöht. Daher beträgt mit 1. 1. 1973 der Schuldenstand S

59,511.900,-. Der Zinsendienst im Haushaltsvoranschlag für diese Darlehen erscheint sehr niedrig dotiert auf, weil Darlehen z. B. aus dem Wasserwirtschaftsfonds niedrig verzinst werden müssen und uns besonders für Schulneubauten ein namhafter Zinsenzuschuß seitens des Gemeinderates der Landesregierung gegeben wurde.

Bei Betrachtung der Schuldenstände verschiedener mit uns vergleichbarer Gemeinden scheinen wir noch immer unter den Schlußlichtern dieser Skala auf. Der Haushaltsvoranschlag 1973 reicht in eine neue Funktionsperiode des im nächsten Jahr zu wählenden Gemeinderates hinein. Dessen Aufgabe wird es sein, nicht nur uns heute bereits bekannte kommunale Aufgaben zu bewältigen. Er muß damit rechnen, daß mit fortschreitendem privatem Wohlstand, mit fortschreitendem, wachsendem privatem Konsum auch größere Anforderungen und Ansprüche an den öffentlichen Konsum gestellt werden. Die durch die technische Entwicklung entstehenden, für den Bürger nachteilig und oft schädlichen Maßnahmen werden Anlaß sein für die Forderung, daß die öffentliche Hand sie behebt. Eine Forderung, die ebenfalls Kosten und damit neue finanzielle Mittel der Gemeinde erfordern wird. Forderungen, die unter Umständen auch ein neues Spannungsfeld entstehen lassen zwischen dem Verursacher und uns. Ich wollte damit das Problem des Umweltschutzes anschneiden, weil es ebenfalls für den Gemeindehaushalt gravierenden Inhalts ist.

Ein Problem, das nicht allein wissenschaftlich und rhetorisch zu lösen ist, sondern ernst von uns angepackt und weitblickend vorangetrieben werden muß, soll nicht tatsächlich eines Tages die Qualität unseres Lebens Schaden erleiden.

Aktualisierend durch einen Landtagsbeschluß wurde das Problem der

Raumplanung. Wir müssen in den nächsten Jahren dem Gesetz Genüge tun und Flächenwidmungs- und neue Bebauungspläne für unsere Stadt erstellen. Aber nicht nur in der Befolgung der Raumordnungsgesetze sondern auch aus der Notwendigkeit der Bedürfnisse der Stadt selbst heraus wird in der Folge der Realisierung der Raumordnung in den kommenden Jahren auch die Diskussion um Gebiets- und Gemeindereformen mehr und mehr in den Vordergrund treten, die ihrerseits wiederum in gesetzlichen und verwaltungstechnischen Maßnahmen auf Landesebene ihren Niederschlag finden müssen. Ein Problem, das in anderen Bundesländern, wie Kärnten, Niederösterreich, Burgenland, beherzt angefaßt, vorerst und teilweise heiß umkämpft, letzten Endes aber doch eine wirtschaftliche und administrative Notwendigkeit werden wird. Dieses Problem wird auch bei uns in Oberösterreich für unsere Stadt und die Region Steyr aktuell werden und eine Reihe von Vorteilen in sich bergen.

Wir haben in den vergangenen Jahren im Rahmen der Wirtschaftsförderung Grundstücke im Ausmaß von mehr als 100.000 m² zur Besiedlung für Gewerbe- und Fabriksbetriebe zur Verfügung stellen können. Wir haben damit beste Erfahrungen machen können, wir haben damit mehreren Betrieben die Möglichkeit gegeben, sich a) bei uns anzusiedeln, aber vielmehr sich in ihrer Beengtheit auszudehnen und damit ihr eigenes Volumen wesentlich zu vergrößern. Aber bereits heute müssen wir uns damit beschäftigen, neue Besiedlungsflächen für Gewerbebetriebe uns zu beschaffen. Wir kennen die Schwierigkeiten auf diesem Gebiet, wir wissen, daß wir hier sehr sehr dem Problem der Grundstücksbeschaffung, überhaupt der Grundstückspreise, ausgeliefert sind.

Im außerordentlichen Haushalt ist dafür in der Post "Grundstücksankäufe"

eine Ansatzpost eingesetzt.

Nun, verehrte Damen und Herren, einige Sätze zu unserer Tarifpolitik:

Ein Anliegen kommunaler Verwaltung ist die Tarifgestaltung für öffentliche Dienstleistungen. Zum Leidwesen der Kommunalpolitiker gelingt es nur sehr schwer, die hierfür so wünschenswerte Transparenz und damit die Verständlichkeit für die Bevölkerung zu erreichen. Tarife sind Entgelte für geleistete Dienste oder Waren, die seitens der kommunalen Verwaltung den Gemeindebürgern zur Verfügung gestellt werden. Im kommerziellen Sektor oder beim privaten Konsum gilt es als eine Selbstverständlichkeit, daß jede Ware, jede Dienstleistung ihren gerechten Preis hat. Das sind die Kosten oder die Selbstkosten plus Gewinn und Wagnis. Der Unternehmer kalkuliert den Preis und bestenfalls entscheidet über diese Preiskalkulation die Paritätische Kommission. Sie entscheidet auch darüber, ob eine notwendige Anpassung an geänderten Kostensituationen besteht. Anders liegt der Sachverhalt bei der Tarifpolitik der öffentlichen Hand. Schon zum Zeitpunkt der Beschlußfassung über die Höhe und Modalität einzelner Tarife wird vorrangig die Zumutbarkeit gegenüber dem Konsumenten erwogen und im Anschluß daran erst die Vertretbarkeit eines allfällig erforderlichen Zuschußbedarfes. Dies gilt für die Festsetzung der Entgelte, für den Aufenthalt in unserem Altersheim gleicherweise als für die Wasserbezugsgebühren, für Abwasserbeseitigung, Festlegung der Tarife in den öffentlichen Verkehrsmitteln, die Kostenersätze für Müllbeseitigung, für die Kindergartengebühren und für die Eintrittspreise in unserem Bad, um nur einige anzuführen.

Zu dem schon zum Einführungszeitpunkt nominierten Zuschußbedarf kommt die laufende Kostensteigerung und führt zur Entwertung dieser Ein-

nahmen. Auf Grund der Statuten und Satzungen des Gemeinderates unserer Stadt müssen diese Regulierungen laufend durch den Gemeinderat genehmigt werden. Sicher keine sehr angenehme Situation und nur zu verständlich, wenn die Damen und Herren des Gemeinderates nur sehr zögernd oder ablehnend an diese Aufgabe herangehen. Er ergäbe eine interessante Diskussion, wann eine Gebühr, ein Tarif oder ein Preis für die Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen kostendeckend, wann subventioniert und wie hoch, oder ob diese zum sogenannten Nulltarif erklärt werden sollen. Aber eines steht fest, daß der Erlös all dieser Leistungen der Gemeinde oder einer kommunalen Institution einen Teil der Gemeindegewinnahmen darstellt und ein Verzicht darauf nicht ohne Schaden für die Gemeinde und nur unter Zurückstellung anderer Aufgaben oder Leistungen möglich wäre.

Nächstes Jahr wird die Mehrwertsteuer in Österreich eingeführt. Die Steuerfachleute haben errechnet, daß manche Waren oder Leistungen billiger, manche aber auch teurer werden. Eindeutig steht fest, daß die Dienstleistungen der Gemeinde oder kommunaler Institutionen eine Erhöhung um durchschnittlich 5 bis 6 % erfahren werden. Eine Empfehlung der Bundesregierung will, daß die Überwälzung der Mehrwertsteuer auf einige Monate zurückgestellt wird, um zu erreichen, daß diese zusätzliche Belastung zeitlich gleitend wirksam werden soll.

Der Hauptausschuß des Österreichischen Städtebundes hat am 29. 11. 1972 in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Finanzausschuß nach einem Referat von Bundesminister Dr. Staribacher vom Inhalt des Stabilisierungsprogrammes der Bundesregierung, der zwischen den Sozialpartnern getroffenen Vereinbarung und den zwischen Bundesregierung, Nationalbank und Kreditsektor vereinbarten Maßnahmen

Kenntnis genommen. Er empfiehlt den Mitgliedsgemeinden des Österreichischen Städtebundes, das Stabilisierungsprogramm der Bundesregierung auf die Möglichkeit zu prüfen, gleichartige oder ähnliche Maßnahmen im Rahmen des eigenen Wirkungsbereiches durchzuführen. Wir wollen uns dieser Empfehlung anschließen und ich schlage dem Gemeinderat vor, einer solchen Maßnahme als Beitrag der Gemeinde zum Stabilisierungsprogramm der Bundesregierung und der Sozialpartner beizutreten.

Wenn die Beschlußfassung über den Haushaltsvoranschlag auch eine rein kommunale, eine gemeindliche Handlung ist, so wollte ich mit diesen Worten aufzeigen, daß doch über die Gemeindegrenzen hinausreichende Einflüsse auf die Gestaltung eines Haushaltsvoranschlages wirksam sind.

Wir konnten heuer feststellen, daß Maßnahmen des Landes, Maßnahmen des Bundes, zu einem gewissen Optimismus, was die wirtschaftliche Zukunft unserer Gemeinde betrifft, Anlaß gegeben haben. Das Jahr 1973 gilt allgemein noch als ein Jahr der Ungewißheiten, nicht nur als Wahljahr sondern vielmehr als Fiskaljahr. Hoffen wir, daß es ein gemeindefreundliches Jahr werden wird.

Ich darf Ihnen nun zum Abschluß meiner Betrachtungen den Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses unterbreiten und Ihnen die Zustimmung zu diesem Antrag empfehlen.

1) Ha-3100/72

Antrag auf Feststellung des Voranschlages für das Rechnungsjahr 1973.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1973 wird im ordentlichen Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen mit je

S 176, 716, 800

der außerordentliche Haushalt ausgeglichen mit je

S 81,990.000

festgestellt, im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind.

Der außerordentliche Haushalt ist nur in dem Maße durchzuführen, als eine Bedeckung gegeben ist bzw. durch Darlehensaufnahme, Einsparungen oder Mehreinnahmen gefunden wird.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die mit den Sammelnachweisen zu verrechnenden Ausgaben erklärt, ferner die Ausgaben des Städtischen Wirtschaftshofes in dessen unbeschränkter Anordnungsbefugnis, in gleicher Weise die Ausgaben des Altersheimes und schließlich die Ausgaben für Berufsschulen.

Für die Ausführung des Voranschlages gelten die Bestimmungen der Dienstvorschrift Zl. 5209/1948 in der anliegenden Fassung.

Weiters werden genehmigt:

Der Wirtschaftsplan der Städtischen Unternehmungen, im Erfolgsplan in den Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen mit je S 28,564.000 und im Finanzplan in den Erfordernissen und der Bedeckung ausgeglichen mit je S 11,490.000, der Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr in Einnahmen und Ausgaben mit je S 945.000 ausgeglichen sowie der Voranschlag der Stiftung und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden im gleichen Ausmaß wie im Jahre 1972 erhoben. Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	400 v. H.
Grundsteuer B für andere Grundstücke	420 v. H.
Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und Gewerbeskapital	150 v. H.
Lohnsummensteuer	1000 v. H.

"Die Gebühren und Tarife werden

in der Höhe festgesetzt, daß bei Einbeziehung der Umsatzsteuer 1972 die bisherigen Endbeträge keine Änderung erfahren."

Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen und bitte den Vorsitzenden, die Beratung und Beschlußfassung herbeizuführen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke dem Bürgermeister für seinen sehr ausführlichen und übersichtlichen Bericht über den Haushaltsvoranschlag 1973. Er steht hiermit zur Diskussion. Vielleicht aber darf man den Ausführungen 2 Punkte anschließen. Einerseits ist daraus durchgeklungen, daß die Gebührenerhöhungen der Stadtgemeinde Steyr hier nicht im wesentlichen angesetzt werden, wie es vielleicht den Bedürfnissen entsprechen würde und andererseits sehen wir aus der Rechnung des Voranschlages, wie groß die Aufgaben der Stadtgemeinde geworden sind und wie stark sich das gerade in den ziffernmäßigen Materialien niederschlägt, die jetzt nicht mehr weit weg von S 300.000.000 liegen, wenn wir alles zusammen, Stiftungen, Dienstpostenplan, usw. dazu rechnen.

Ich darf den Bericht hiermit zur Diskussion stellen und dabei folgende Reihenfolge einhalten: Es hat sich bereits gemeldet Stadtrat Kinzelhofer als Sprecher der Sozialistischen Fraktion. Die übrigen Fraktionssprecher werden dann folgen gemäß ihrer Meldung, Herr Vizebürgermeister Petermair, anschließend Dr. Gärber und dann Gemeinderat Treml. In dieser Reihenfolge habe ich die Meldungen hier. Die weiteren Meldungen werden wir dann als weitere Diskussionsteilnehmer entgegennehmen. Gemeinderat Fritsch zeigt schon auf, ich habe einige Meldungen hier, aber ich würde vorschlagen, die Fraktionssprecher vorzuziehen. Darf ich als ersten Stadtrat Kin-

zelhofer bitten.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Als Sprecher der Sozialistischen Partei in diesem Gemeinderat darf ich wohl für meine Fraktion in Anspruch nehmen, die Ausführungen unseres Finanzreferenten, des Herrn Bürgermeisters Fellingner, zum Budgetentwurf 1973 noch durch einige Aussagen zu ergänzen. Er hat uns das Zahlenwerk sehr genau dargelegt und wir erkennen, daß unsere Aufbauarbeit nicht in einer hektischen Entwicklung aber doch in einem kontinuierlichen Vorwärtsschreiten begriffen ist. Eine Tatsache, die uns im wesentlichen ausgeglichene Haushalte und auch einen der geringsten Schuldenstände im Rahmen - wie wir gehört haben - der österreichischen Städte erbracht hat. Unsere Pro-Kopf-Verschuldung ist immer noch so gering, daß sie uns im Rahmen der Notwendigkeiten erlauben würde, kommunale Kredite in vertretbarer Höhe jederzeit in Anspruch zu nehmen. Dies wurde aber nicht erreicht durch eine Stagnation sondern durch eine planvolle Aufbauarbeit, an der man vielleicht in Einzelfällen eine kleine Kritik üben kann, die jedoch in der Gesamtheit für sich selber spricht.

So stellt die diesjährige Budgetdebatte nicht nur eine Vorschau auf das letzte Jahr unserer sechsjährigen Funktionsperiode dar, sondern sie bietet auch Gelegenheit, kurz Rechenschaft über diese sechs abgelaufenen Jahre zu geben. Ich bekenne freimütig, daß es ein gemeinsames Aufbauwerk gewesen ist, welches den Steyrer Gemeinderat in die Lage versetzt, heute durchaus positiv Rückblick zu halten. Ich sage bewußt "gemeinsam", weil in den prinzipiellen Fragen zwischen der sozialistischen Mehrheit und den übrigen, in diesem Saale vertretenen Parteien stets eine gemeinsame Auf-

fassung gefunden werden konnte - sicherlich oftmals nur nach längerer Diskussion. Es erscheint mir daher auch müßig, das möchte ich besonders ausführen, langwierige Vaterschaftsprozesse für einzelne Vorhaben zu führen. Bekennen wir uns doch alle zu diesen so sichtbaren Fortschritten auf dem Kommunalsektor. Alle mitsammen hatten wir zu Beginn dieser Legislaturperiode im Steyrer Gemeinderat Wunschvorstellungen - man kann sie auch als Forderungen bezeichnen - über deren Realisierung wir uns ernsthafte Gedanken machen mußten. Ich denke hier nur an die Sporthalle, an die Kunsteisbahn und an das Hallenbad, die großen Bevölkerungsschichten zugute kommen und vor allem unserer Jugend. Sie waren auf der Wunschliste jedes einzelnen Gemeinderates, und wir konnten sie auch verwirklichen. Aber auch andere Ziele haben wir gemeinsam ausgesprochen, verfolgt und mit mehr oder minder großem Erfolg realisiert. Denken wir doch an die Fortsetzung des Wohnungsbaues. Wir haben erst in jüngster Zeit die Resthofbauvorhaben begonnen, die uns im Endausbau allein 1800 Wohnungen bringen wird, denken wir aber auch an unsere Erfolge bei der Schaffung neuer Gewerbe- und Industriegründe einerseits oben am Tabor andererseits nun beginnend in Münichholz bei der Haager Straße.

Übersehen wir nicht, daß wir gerade für unsere älteren Mitbürger in der abgelaufenen Zeit Gewaltiges schaffen konnten, so durch die Gründung der Pensionistenklubs, durch die Errichtung und den Betrieb von Pensionistenwohnhäusern - der nächste Bau ist auf der Ennsleite vor der Fertigstellung - und schließlich den weiteren Ausbau unseres Zentralaltersheimes. Der Ausbau der Ennsleitschule, die Adaptierung eines Volksschulgebäudes in der Berggasse sind Meilensteine unseres Gemeinderates in unserer Schulpolitik ebenso wie der Bau eines neuen Kindergartens auf der

Ennsleite und in Gleink. Es werden weitere folgen. Der Herr Bürgermeister hat auch eine Aufgabe aufgezeigt, betreffs des Internates für eine Schule für Kindergärtnerinnen.

Zu umfangreich wäre der Katalog, wenn ich alle Gebiete auch nur schlagwortartig behandeln würde. Eines möchte ich noch besonders hervorheben: Den Beginn und den Baufortschritt an der Hundsgrabenumfahrung mit dem Bau der Schönauerbrücke, die Aktivierung des Bundesstraßenbaues in der Haager Straße, in der Seitentstetter Bundesstraße und vor allem in der Seifentruhe. Gerade diese Straßenbauten dokumentieren unsere Ob-sorge für die Zukunft und unsere Vor-aussicht auch kommenden Problemen gegenüber.

Bekennen wir uns daher zu diesen gemeinsamen Leistungen. Versuchen wir jedoch nicht, in kleinlicher Genauigkeit auch noch die Fehler, die es - wie überall - auch in unserer gemeinsamen Arbeit geben kann, hervorzuheben und zu kritisieren. Wenn alle Fraktionen des Gemeinderates sich am Erfolg unserer Tätigkeit freuen und ihre Mitwirkung positiv hervorheben, dann ist es aber wirklich nicht möglich, die tatsächlichen und vermeintlichen Fehler einfach der anderen Fraktion zu überlassen. Ich spreche das ganz bewußt aus, denn meine Fraktion war es, die zu Beginn dieser Gemeinderatsperiode versucht hat, in den Ausschüssen alle politischen Richtungen aufzunehmen. Gesetzliche Hindernisse, die aufgezeigt wurden, führten dazu, daß die beiden kleineren Gemeinderatsfraktionen dort nicht mehr aktiv tätig sein können. Abgesehen von diesen formellen Hindernissen ist jedoch in der Praxis ihr Mitspracherecht überall gesichert. Ähnliches gilt für die zweitstärkste Fraktion unseres Gemeinderates. Sie ist selbstverständlich in sämtlichen Ausschüssen mit Sitz und Stimme vertreten; sie stellt

einen Bürgermeister - Stellvertreter, der dem Präsidium angehört, und ein nicht unwichtiges Referat - das Bau-referat - wird von einem Stadtrat dieser Partei verantwortlich verwaltet. Diese Umstände, werte Damen und Herren, sind Ihnen allen bekannt. Ich wollte sie jedoch nochmals hier bei der letzten Budgetdebatte dieser Funktionsperiode, bei der allenfalls ein kommender Wahlkampf seine Schatten vorauswerfen könnte, besonders hervorheben. Dies deswegen, weil es auf die Dauer einfach nicht angeht, daß meiner Fraktion grundsätzlich alle Fehler und Versäumnisse zugeschoben werden. Ich finde dies auch deshalb nicht richtig, weil der Wille zur Zusammenarbeit gerade bei Budgetberatungen immer wieder besonders bekundet wird. Die Initiative, Versäumnisse zu vermeiden oder zur Diskussion zu bringen, liegt bei jedem einzelnen Gemeinderat, nicht nur bei den sozialistischen sondern ebenso bei den Kollegen der ÖVP-, der FPÖ- und der KPÖ-Fraktion. Es hat daher, werte Damen und Herren, für die praktische Arbeit wenig Bedeutung, wenn bei der Budgetdebatte oder beim Budgetnachtrag stets nur als mahnendes Gewissen aufgetreten wird; die echte Mitarbeit dokumentiert sich darin, daß in allen Gremien unserer Stadt, die nach dem Statut vorgesehen sind, gemeinsam an der Erreichung unserer kommunalen Ziele von allen Mitgliedern des Gemeinderates gearbeitet wird. Sollten aber bei dieser gemeinsamen Arbeit Fehler passieren oder Versäumnisse eintreten, so sollten wir auch gemeinsam Ziele und Wege suchen, diese Fehler zu vermeiden. Soweit zu diesem Problem.

Zum Budgetentwurf 1973 selbst möchte ich noch anführen, daß das Budgetvolumen zwar eine Vergrößerung erfahren hat, aber doch sich noch in jenem Rahmen bewegt, der die Stadt Steyr in die Lage versetzen wird, das

ihre zum notwendigen Stabilisierungsprogramm für unsere Wirtschaftslage beizutragen. Gerade auf Gemeindeebene kann es keinen Stillstand geben, das steht fest. Aber eine maßvolle Beurteilung der Dringlichkeit dürfte wohl im Gesamtinteresse Platz greifen. So wie sich auf Bundesebene die Sozialpartner zusammengefunden haben, die Länder bereit sind, den wirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung zu tragen, sollen auch wir hier im Steyrer Gemeinderat jenen vernünftigen Weg gemeinsam finden, der einerseits unseren kommunalen Fortschritt nicht hemmt, andererseits aber auch nicht zu Ausweitungen des Budgets führt, die wirtschaftlich gerade in der jetzigen Situation nicht zu vertreten sind. Wenn wir heute dieses Budget für 1973 beschließen, wollen wir bei der Verwirklichung dieses Ausgabenrahmens jene maßvolle Beurteilung anwenden, die eigentlich auch schon in den früheren Jahren unsere Kommunalpolitik kennzeichnete. Dies gilt auch für jene Einnahmen, die wir durch Gemeinderatsbeschlüsse beeinflussen können. Der Herr Bürgermeister hat das bereits in seinen Ausführungen angeführt. Halten wir unsere Tarife und Gebühren so, daß wir unseren Beitrag zur Stabilisierung leisten. Aber auch hier wird es notwendig sein, gemeinsam jene zielführenden Maßnahmen auf der Einnahmenseite zu beraten und auch durchzuführen. Ich bin mir jedoch bewußt, daß bei aller politischen Verschiedenheit in unseren Auffassungen doch unser gemeinsames Wollen für die Stadt Steyr stärker ist als das, was uns unter Umständen trennen könnte. Und in diesem Sinne ist meine Fraktion bereit, dem vom Bürgermeister vorgebrachten Budgetentwurf die Zustimmung zu erteilen. Sie tut es nicht allein aus ihrer Stärke heraus, sondern letztlich doch in dem Bewußtsein, daß es im gesamten gesehen ein Optimum darstellt, dem alle Mitglieder des Ge-

meinderates zustimmen werden. Daß es dabei in Einzelheiten verschiedene Meinungen geben kann, ist nur selbstverständlich. Es wird jedoch bestimmt soviel Einsicht vorherrschen, diese Kleinigkeiten dem Ganzen unterzuordnen.

Werte Damen und Herren, abschließend danke ich noch im Namen der Fraktion dem Finanzreferenten, Herrn Bürgermeister Fellinger, für die Vorbereitung und Ausarbeitung des Budgetentwurfes; aber auch seinen Mitarbeitern bei dieser verantwortungsvollen Arbeit sei unsere Anerkennung ausgesprochen.

Für das bevorstehende Weihnachtsfest und das neue Jahr möchte ich den Bediensteten der Gemeinde im Namen der Fraktion und in meinem Namen alles Gute und viel Erfolg im Jahr 1973 wünschen und Ihnen, meine Damen und Herren, möchte ich auch ein schönes Fest und viel Gesundheit im Jahr 1973 wünschen.

Applaus !

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Kinzelhofer für seinen Beitrag zum Voranschlag.

Ich darf als Nächsten Kollegen Petermair das Wort erteilen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Verehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates !

Alle Jahre wieder versammeln wir uns zu dieser Zeit, um über den kommenden Haushaltsvoranschlag zu beraten und zu beschließen.

Die Haushaltsdebatte hier im Gemeinderat gibt uns jedes Jahr die Gelegenheit, alle jene Wünsche vorzubringen, die wir als gewählte Mandatäre an den Haushalt haben, Wünsche, von denen wir glauben, daß sie ein echtes Anliegen der Bevölkerung die-

ser Stadt sind. Und wenn wir hier mit diesem Budgetvoranschlag ein Zahlenwerk vor uns liegen haben, so hat sich jeder dieser Wünsche nur hinter einer Ziffer verborgen. Wenn wir also heute über dieses Budget zu befinden haben, so gilt es, die Realisierbarkeit von Wünschen oder Forderungen zu beurteilen. Daß die Erwartungen an den Stadthaushalt weit über den finanziellen Möglichkeiten liegen, müssen wir jedes Jahr zu unserem Leidwesen registrieren. Als Alternative bleibt uns daher nur, Prioritäten zu setzen, die Wünsche nach ihrer Wichtigkeit zu reihen. Es stellt sich nun die Frage, sind unsere Budgetvoranschläge ein Spiegelbild der Wünsche der Bevölkerung? Und wird mit diesem Geld der bestmögliche Effekt herausgeholt? Ich glaube, meine Damen und Herren, daß es schon einer Überlegung wert ist, bei dieser Gelegenheit auch etwas über Grundsätzliches zuzusagen und nicht nur das Zahlenspiel eines Voranschlages mehr oder weniger unter die Lupe zu nehmen. Wenn Kritik, so nicht der Kritik willen, sondern um doch einmal auch in dieser Hinsicht zu anderen Anschauungen zu kommen.

Die Gemeinde ist nach der Familie wohl die älteste Gemeinschaft, die Menschen zusammenführte. Der Mensch ist ja von Natur aus nicht einsiedlerhaft, sondern er liebt das nachbarliche Zusammenwohnen mit anderen. So entstand aus der Siedlungsgemeinschaft die Gemeinde. Die Gemeinde also, als Trägerin eigener Funktionen. Zunächst ist dabei klarzustellen, daß eine Gemeinde kein Verwaltungssprengel im üblichen Sinne ist, sondern ein Selbstverwaltungskörper. Wirkungsbereich der Gemeinde ist also das Gemeindegebiet. So wie jede Familie Ausgaben nur tätigen kann, als ihr Einnahmen zur Verfügung stehen, so muß auch eine Gemeinde ihre Ausgaben nach den Einnahmen ausrichten. Dies geschieht in Form des Haushalts-

voranschlages, den wir uns hiefür alle Jahre wieder geben. Das Budget ist also das Spiegelbild der wirtschaftlichen Kraft einer Gemeinde, Grundsätze hiefür müssen daher sein: Höchste Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit, Wahrhaftigkeit und sachliche Klarheit.

Der öffentliche Haushalt einer Gemeinde setzt als eine reine Aufwandswirtschaft eine genaue Planung voraus, die ihren Niederschlag im Voranschlag finden soll. Wirtschaften aber heißt planvoll den wirtschaftlichen Bedarf zu befriedigen, auf dem Gebiete der Finanzwirtschaft demnach alle jene Maßnahmen zu treffen, die für eine Wirtschaftsperiode, für ein Jahr also, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlichen Mittel beschaffen und bereitstellen sollen.

Wie wir im Finanz- und Rechtsausschuß gehört haben, ist der Voranschlag 1973 bereits in 12facher Höhe des aus dem Jahre 1948 stammenden. Eine Ausweitung, sicherlich zu begrüßen. Wir werden aber sicherlich auch im Jahre 1973 Mehreinnahmen zu erwarten haben. Bei der allgemeinen Teuerung, bei einer zu erwartenden ca. 10%igen Inflationsrate für 1973 (Horst Knapp hat dies unlängst im Fernsehen angekündigt) ist sicherlich mit ca. 20 Mill. Mehreinnahmen unseres Erachtens zu rechnen, bezogen auf den Nachtragsvoranschlag für 1972.

Das Budget 1973, Herr Bürgermeister hat das schon andeutungsweise angezogen, wird durch Unsicherheitsfaktoren zum Teil gekennzeichnet. Die Basis, das Finanzausgleichsgesetz 1973 ist noch nicht Gesetz. Eine landesgesetzliche Regelung des Getränkesteuergesetzes (Bier) ist noch nicht erfolgt. Die Auswirkungen der Mehrwertsteuer lassen sich vielleicht nur annähernd ermitteln. Wenn auch die Tarife vorerst gebremst werden sollen, so werden sie dafür nachher entsprechend einer Korrektur unterzogen werden müssen. Wann, das wird aller-

dings die Mehrheitsfraktion in diesem Hause zu entscheiden haben.

Zu den Aufgaben der Gemeinden zählen auch solche, deren Realisierung sich über längere Zeiträume erstrecken, das sind z. B. Kanalbauten, Straßenbauten, Wohnbauten usw., um nur einige zu nennen. Die Gemeindeverwaltung wird daher meines Erachtens nicht umhin können, neben der mittelfristigen Finanzplanung auch Investitionspläne für jene langfristigen Projekte zu erstellen, deren Verwirklichung für das Gemeinwesen als absolut notwendig erkannt wurde.

Wie mir bekannt geworden ist, hat der Gemeinderat der Stadt Linz einen Beschluß gefaßt - vor längerer Zeit allerdings schon - mit dem der Bürgermeister ermächtigt wird, eine mittelfristige Haushaltsplanung anzunehmen und wie mir weiter bekannt geworden ist, hat er von dieser Ermächtigung auch schon Gebrauch gemacht.

Meine Damen und Herren, wir sind uns heute kaum bewußt, in welchem Maß die Gemeinden dazu beitragen, die Ansprüche ihrer Bürger nach zivilisatorischen und sonstigen Leistungen zu befriedigen. Ohne kommunale Einrichtungen, wie Wasserversorgung, Kanalisation, Müllabfuhr, Verkehrsmittel, um nur einige zu nennen, könnten wir, glaube ich, kaum einige Tage existieren.

Die Aufgaben der Gemeinden haben sich in den letzten Jahrzehnten nicht nur vermehrt, sie haben sich auch wesentlich verändert. Das Schwergewicht hat sich vom Hoheitssektor auf den Leistungssektor verlagert.

Eine Information auf breiter Basis über die Tätigkeit der Gemeindearbeit ist daher notwendig, sicherlich in Form der Stadtteilgespräche. Nur dürfen diese nicht polemisch werden. Unsere Mitbürger sollen nicht nur zur Kasse gebeten werden, sollen nicht nur mit Steuern und Gebühren belastet werden, was leider nicht zu verhin-

dern ist, sie sollen auch die Ursachen dieser Belastungen kennenlernen. Der Voranschlag z. B. liegt vor der Beschlußfassung durch den Gemeinderat im Rathaus zur Einsichtnahme auf, während der Dienststunden allerdings, sodaß von vornherein der im Arbeitsprozeß stehende Interessierte davon fast ausgeschlossen ist. Laut § 50 der Statuten heißt es im Abs. 3 unter anderem, daß der Voranschlag öffentlich aufzulegen ist. Die Auflegung ist fristgerecht öffentlich kundzumachen. Schriftlich eingebrachte Erinnerungen hat der Gemeinderat bei der Beratung in Erwägung zu ziehen. Ich frage, sind solche Erinnerungen jemals eingebracht worden? Wenn ja, wer wollte jetzt noch nach der bisherigen Praxis und Erfahrung am Voranschlag etwas ändern?

Meine Damen und Herren, wie im gesellschaftlichen Leben haben wir es auch bei unserer Budgetpolitik mit zwei Gegenpolen zu tun: Da ist einmal das größtmögliche Streben nach Wirtschaftlichkeit, nach Verbesserung der Infrastruktur zur Erhaltung der Arbeitsplätze. Auf der anderen Seite steht die immer lauter werdende Forderung der freizeitorientierten Menschen nach einer heilen Umwelt, nach einer Stadt, in der man noch zu Fuß gehen kann, ohne von den Autos überfahren zu werden oder vielleicht in Auspuffgasen zu ersticken. Irgendwo habe ich einmal einen Satz gelesen, den ich hier, glaube ich, vorbringen kann. Auf Totenscheinen steht für gewöhnlich der Vermerk: natürlicher Tod, manchmal Unglücksfall. Da würde nun eine Rubrik fehlen, diese müßte lauten: Exitus durch Umweltverschmutzung. Auf eine einfache Formel gebracht, es geht also - wie auch schon Herr Bürgermeister gesagt hat - um die Qualität des Lebens in dieser Stadt. Eine Qualität des Lebens, die wir mit der Gestaltung unseres Budgets sehr maßgeblich beeinflussen. Wenn ich mich nun an die

verschiedenen Diskussionsbeiträge bei den Steyrer Stadtteilgesprächen erinnern, habe ich das Gefühl, daß wir mit den Wünschen der Bevölkerung in unserer Budgetpolitik nicht immer ganz konform gehen. Ja, man kann sogar sagen - bei genauer Prüfung - daß schwere Versäumnisse gesetzt wurden, die heute als bitterer Vorwurf gegen die Gemeindeverwaltung erhoben werden. Eine Stadt der Versäumnisse?

Hauptverkehrsstraßen z. B. durchschneiden Wohngebiete, Kinder haben keine Spielplätze, die Grünflächen werden bis auf den letzten Quadratmeter verbaut, der von Lärm und Abgasen geplagte Mensch, der Erholung in seinem Lebensbereich noch nie so notwendig gebraucht hat wie jetzt, muß auf immer mehr Erholungsflächen verzichten. Die von mir genannten Beispiele sind Schwerpunkte der Kritik aus der Bevölkerung. Und ich frage nun weiter, welche Maßnahmen haben wir in unserem Voranschlag gesetzt, um diese Forderungen nach besseren Lebensbedingungen in dieser Stadt zu erfüllen?

Lieder muß ich feststellen, daß nur beschränkte Ansätze vorhanden sind, ja, daß die wichtigste Maßnahme, eine umfassende, fortschrittliche Stadtplanung, ein großzügiger Planungsauftrag, noch immer nicht mit einer entsprechenden Summe im Voranschlag aufgenommen ist. Denn eines muß uns klar sein, es kann nicht so weiter gehen, daß wir morgen bereuen müssen, was wir heute getan haben. Daß wir eine Siedlung mit vierhundert Familien mit einer Schnellstraße vom Schulzentrum trennen, daß für drei Hochhäuser mit 120 Familien keine einzige Sandkiste zur Verfügung steht, um nur zwei gravierende Beispiele zu nennen. Beschaffen wir uns doch zuerst die Entscheidungshilfen durch eine Stadtplanung, die wir Fachleuten von Rang übertragen. Und wenn wir die Planungsmodelle haben, wenden wir

uns an die Bevölkerung, fordern wir sie zur Mitarbeit auf. Und wie wir bei den Stadtgesprächen gesehen haben, gibt es in Steyr eine sehr breite Schicht kritischer Leute, die an der Planung ihres Lebensraumes und der Zukunft ihrer Kinder teilhaben wollen. Die Mitarbeit der Bevölkerung bei der Planung würde für uns, die verantwortlichen Mandatäre, die Entscheidung dann wesentlich erleichtern. Warum sind wir zu so schlechten Ergebnissen gekommen, die heute mit Recht kritisiert werden? Ich verhehle nicht, daß in den Aufbaujahren nach dem Krieg manches, von dem man damals schon gewußt hat, wie es besser zu machen wäre, nicht so gemacht hat, weil einfach die Mittel nicht da waren und es am Notwendigsten gefehlt hat. Heute müßte endlich die Mangelwirtschaft, wie sie nach dem Kriege unser Handeln diktiert hat, überwunden sein. Vielleicht lag es auch an der nicht richtigen Finanzpolitik der früheren Funktionsperioden. Sparen ist schön, aber nicht immer gut. Darlehensaufnahmen hätten meines Erachtens schon eher gemacht werden können. Der Mensch dieser Wohlstandsgesellschaft erkennt immer klarer, daß er für Einrichtungen, wie Kinderspielplätze, Erholungsflächen, Fußgängerzonen usw. mehr als bisher leisten muß, will der Einzelne am Aufbau einer Stadt mitwirken, in der es sich lohnt zu leben. Daher mein Appell an Sie alle, meine Damen und Herren des Gemeinderates: Setzen wir an die Spitze des Haushaltsvoranschlages einen ausreichenden Betrag für eine umfassende Stadtplanung und damit verbunden die dringend notwendige Sanierung unserer Altstadt. Denn erst wenn wir wissen, wie insgesamt unsere Stadt künftig sich entwickeln soll, können wir Wünsche reihen und Prioritäten setzen. Es ist heute üblich, daß Leistungen einer Kommunalverwaltung mit der Aufzählung bewiesen werden sollen, was da an Wohnungen, Straßen, Bädern, Kin-

dergärten, Schulen usw. errichtet wurde. Es ist wohl selbstverständlich, daß mit dem vorhandenen und vom Steuerzahler der Gemeinde anvertrauten Geld diese Einrichtungen geschaffen werden.

Sehr viel mehr über die Leistung der Politiker und Verwaltung sagt aber aus, wie die Straßen trassiert wurden, wo Kindergärten und Schulen stehen, ob die Familien neben neuen Wohnungen auch Spielplätze für die Kinder haben. Gestatten Sie mir, daß ich aber doch noch etwas zum Problem Umweltschutz sage.

Es wird heute so viel von Umweltschutz gesprochen, dabei werden meines Erachtens die Begriffe Umweltschutz und Natur- oder Landschaftsschutz verwechselt. Der Umweltschutz ist tatsächlich heute ein Modewort geworden, wobei wir nicht in den Fehler verfallen sollen zu meinen, daß erst heute der Umweltschutz als Notwendigkeit aufgetreten ist. Darüber wurde auch bei der letzten Tagung des oö. Städtebundes in Laakirchen ausführlichst gesprochen. Was nützt es aber, wenn dort und da davon gesprochen wird, aber nichts wesentliches geschieht? Auch der einzelne Mensch muß dabei mithelfen. Dazu ist aber Einsatzbereitschaft, aber auch Opferbereitschaft notwendig. Ich habe oft bei diesen Gedanken das Gefühl, daß manche dabei ganz bewußt mit der Angst der Menschen arbeiten, um ihre persönlichen Ziele zu erreichen. Für diese ist Angst zwar ein gutes Geschäft, der Allgemeinheit bringt sie aber nichts. Denn die Angst lähmt, weil sie uns glauben macht, daß wir einem Verhängnis ausweglos gegenüberstehen. Hier Wege zu suchen und zu finden, muß unser aller Aufgabe sein. Aber wir sollten dabei hell-sichtig und hellhörig bleiben, damit Umweltschutz nicht durch Angst manipuliert zur Umwelthysterie werde.

Ein Wort in diesem Zusammenhang noch zur Aktion Saubere Land-

schaft. Ich glaube, diese Aktion, im Oktober durchgeführt, brachte wieder einen vollen Erfolg. 11 verschiedene Jugendorganisationen mit 514 Teilnehmern waren im Einsatz. Davon die Pfadfinder allein mit 112 Teilnehmern als stärkste Gruppe. 75 Tonnen Müll wurden dabei eingesammelt. Ich glaube, man müßte dieser Jugend unseren Dank aussprechen, unseren Dank aber auch mit klingender Münze. Nur soll, das glaube ich auch, eine solche Aktion nicht auf eine im Jahr beschränkt bleiben.

Und nun möchte ich hier an dieser Stelle doch auch noch einige Gedanken zum Problem der Wirtschaftspolitik der Gemeinde im allgemeinen anführen, die durchaus wert sind, einmal unter die Lupe genommen zu werden. Es ist dies besonders die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft unserer Stadt, in der ich zwar nur mit einem verschwindend geringen Anteil vertreten bin, der aber doch die Aufmerksamkeit in besonderem Grade gebührt. Durch den Bericht des Rechnungshofes sind wir gewissermaßen aus einer Geruhsamkeit aufgeschreckt worden, weil wir feststellen mußten, daß doch nicht alles Gold ist was glänzt, auch in diesem Bereich nicht. Ich will hier gar nicht von den noch immer ungelösten Problemen der inneren Organisation des Betriebes und der Rationalisierung sprechen, die der Rechnungshof im Zusammenhang mit den betriebsinternen Kosten kritisiert hat, als vielmehr von der wirtschaftlichen Lage im allgemeinen und im Lichte der Budgetpolitik der Gemeinde im besonderen. Wir haben bisher 3.000 Wohnungen für die Bevölkerung unserer Stadt gebaut und hoffen, daß trotz der von der Regierung angekündigten Baubremse, die im Gegensatz zu deren Wahlversprechungen steht, die Bautätigkeit nicht zum Erliegen kommen wird. Wir sehen uns aber hier einer Entwicklung gegenüber, die insgesamt nicht als er-

freulich bezeichnet werden kann, nämlich einer starken Steigerung der Mietzinse. Richtig ist, daß die heutigen beziehbaren Wohnungen wesentlich komfortabler ausgestattet sind als dies noch vor einigen Jahren der Fall war und daß der Baukostenindex von uns nicht beeinflusbar ist. Trotzdem sind aber die Mietzinse in der letzten Zeit so stark gestiegen, daß sich Steyr nicht mehr der besonders sozialen Gestaltung dieses Lebenshaltungskostenbestandes rühmen darf. Vor wenigen Jahren war dies noch der Fall. Ich glaube aber, daß sich hier doch noch etwas für jene Kreise unserer Bevölkerung tun ließe, die es sicher verdienen. Schon Jahre hindurch mußte man feststellen, daß die der Gemeinnützigen Bauwirtschaft gewidmeten Beträge des Gemeindehaushaltes nicht nur nicht voll ausgeschöpft werden sondern, daß erhebliche Summen erübrigt werden. So erfreulich Sparsamkeit ansonsten ist, scheint sie jedoch gerade an dieser Stelle nicht am richtigen Platze zu sein. Es könnte doch eine weitere Steigerung der Mietzinse durch Zuschüsse zu Kapitalzinsen und Tilgungen abgefangen werden, um die ärgste Belastung der Mieter durch die Kreditkosten zu mildern. Wir müssen uns davor hüten, die Konsumenten zu einem bestimmten Wohnungskonsum zu führen, den sie im Hinblick auf ihr Einkommen und spätere Belastungen, wie sie im Laufe eines Lebens besonders für junge Familien auftreten, nicht bewältigen können.

Denken wir doch stets daran, daß sich ein gemeinnütziges Wohnungsunternehmen einer Gemeinde nicht nur nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten orientieren soll, sondern auch soziale Erwägungen in den Vordergrund zu stellen hat. Die soziale Verantwortlichkeit unseres Wohnungsbaues soll uns klar vor Augen stehen und es drängt sich hier immer wieder die Frage auf, ob nicht doch künftighin auch hinsicht-

lich der Mietzinsbildung zwischen echter Hilfsbedürftigkeit und dem sogenannten Wohlstandsbedarf unterschieden werden sollte. Die im Gemeindehaushalt brach liegenden Mittel könnten hier zweckentsprechend verwendet werden.

Es gibt natürlich auch andere Möglichkeiten, diese dem Wohnungsbau gewidmeten Mittel richtig zu verwenden, wenn sie der eigene Bedarf nicht erfordert. Schließlich gibt es auch noch andere gemeinnützige Wohnungsunternehmen in Steyr, die solidarisch zusammenwirken, um unserer Bevölkerung Wohnraum zu verschaffen. Aber auch hier müssen wir ernstgemeinte Unterstüßungsbestrebungen vermissen, wie jüngst das Beispiel der Genossenschaft Styria zeigt, deren Ansuchen um eine finanzielle Unterstützung für eine Wohnbaumaßnahme ohne besondere Beurteilung der Ablehnung verfiel, wie überhaupt die Unterstützung dieses Unternehmens durch die Stadt eine bisher mehr als sparsame war. Auch die Wohnungs-AG Linz bemüht sich seit Jahren, mit der Gemeinde zusammen ein größeres Wohnbauprojekt in Münichholz ins Leben zu rufen, besonders wichtig deshalb, weil dieser Stadtteil durch Zuzug neuer Bevölkerungsteile wieder regeneriert werden sollte. Diese Bautätigkeit würde aber einen fallweisen Verzicht der Stadt auf eigene öffentliche Förderungsmittel zugunsten des neuen Bauträgers bedeuten. Andererseits sollte die Gemeinde, wie mit der WAG bindend festgelegt, das ausschließliche Wohnungseinweisungsrecht erhalten, so daß dieser Wohnbau ihr auch unmittelbar zugute käme. Darüberhinaus böte sich der Vorteil, das städtische Bauamt, das ohnedies stets als sehr überlastet geschildert wird, entsprechend zu entlasten.

Eine sehr positive Abmachung, die hier getroffen wurde, allerdings wie es bisher scheint, ohne besonde-

re Absicht oder Aussicht auf Verwirklichung durch die Gemeinde, die, man möchte es fast unterstellen, eine Monopolstellung auf dem Wohnungssektor ausüben möchte.

Ein weiteres Problem in diesem Zusammenhang, das ich aber kurz streifen möchte, ist die Grundbevorratung der Gemeinde. Bodenreserven und Bauland sind für eine Gemeinde keine Kapitalsanlage, keine Sachwertversicherung und auch kein Spekulationsobjekt, sie sind schlicht und einfach Rohstoff für die städtebauliche Modernisierung und die Neuschaffung öffentlicher Anlagen und Wohnbauten. Der in unserer Gemeindestube immer wieder geäußerte Grundsatz, Grund könne man nie genug haben, ist unter diesem Blickpunkt nur bedingt richtig. Nur solcher Grund ist meines Erachtens für die Gemeinde wertvoll und daher wert erworben zu werden, für den in absehbarer Zeit eine gezielte Verwendungsmöglichkeit besteht. Bei uns wurde allerdings in den letzten Jahren oft fast wahllos alles zusammengekauft, was halbwegs erträglichen Bedingungen, manchmal auch zu keineswegs günstigen angeboten wurde. So ist es zu erklären, daß die Voranschlagspost für die Ankäufe von Liegenschaften stets beträchtlich, heuer sogar um S 12 Mill. überschritten wurde. Im Interesse der Sparsamkeit im Gemeindehaushalt müssen wir für die nächsten Jahre, die uns starken finanziellen Belastungen aussetzen, eine wie ich schon vorhin einmal gesagt habe, vorausschauende sinnvolle aus der Bedarfsanalyse abgeleitete Bodenvorratswirtschaft der Gemeinde verlangen. Teure Grundeinlösen für Straßenbauten stehen uns noch bevor, denen wir uns im Sinne einer echten Schwerpunktbildung auf diesem Sektor widmen müssen.

Wie wir aus dem Geschäftsbericht der GWG wissen, ist ein Erlahmen der Wohnbautätigkeit aus Mangel an Baugründen nicht zu befürchten. Wir kön-

nen daher auch beruhigt des öfteren nein sagen, wenn Liegenschaftsbesitzer unbedingt glauben, Grundstücke, die sie selbst nicht mehr brauchen können, der Gemeinde verkaufen zu müssen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Viele Ideen und Pläne - ergeben noch lange keinen realisierbaren Plan. Es wird daher bei allem wohl darauf ankommen, mit den gegebenen Realitäten zu leben, die nicht allein vom guten Willen, sondern auch von Tatkraft und viel Einsicht abhängig sind. Ein Finanzwissenschaftler hat einmal bei günstiger Gelegenheit einen Ausspruch getan, der folgend lautet:

"Es gibt einen Weg, sämtliche Wirtschaftsprobleme zu lösen: man müßte die Selbstgefälligkeit steuerpflichtig machen."

Und nun noch ein Wort. Eine moderne Kommunalverwaltung ist auf Dauer gesehen nur dann aufzubauen, wenn die Aus- und Fortbildung sich nicht nur auf die Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten zur abstrakten Gesetzesanwendung beschränkt. Nicht Ressortdenken, sondern Kooperation, nicht Verwaltung allein, sondern auch Gestaltung, nicht überwiegend kleinkarrierte Gesetzesauslegung, sondern mehr schöpferische Phantasie müssen die Verwaltung der Zukunft beherrschen. Es gibt eine Grundnorm, an der wir jede Verwaltungsaktivität in Zukunft zu messen haben, nämlich an dem von uns anvisierten Ziel, eine menschliche Stadt für die Bewohner in diesem Raum zu schaffen.

Und nun zum Schluß, meine Damen und Herren! Wir haben auch heuer wieder sowie im Vorjahr der Mehrheitsfraktion Wünsche zum Voranschlag 1973 überreicht. Überwiegend wurden diese dort und da in den Ansätzen entweder ergänzt, erhöht oder neu aufgenommen. Im Hinblick darauf sagen

wir - nach eingehender Beratung beider Haushaltsvoranschläge, ordentlicher Haushalt und außerordentlicher Haushalt, - zu denen Kollegen meiner Fraktion noch zu Worte kommen werden, ein Ja!

Dieses Ja soll aber nicht heißen, daß wir bei Beratungen über Anträge im kommenden Jahr unbedingt ja sagen müssen.

Erlauben Sie mir nun, daß ich den Erstellern des Voranschlages 1973 ein Danke für ihre geleistete Arbeit sage. Dank sagen wir auch allen Bediensteten beim Magistrat für ihre im abgelaufenen Jahr nicht immer leichte Arbeit.

Ihnen, Herr Bürgermeister, Ihnen meine Damen und Herren des Gemeinderates sowie allen Beamten, Arbeitern und Angestellten des Magistrates möchte ich bei dieser Gelegenheit namens der ÖVP-Fraktion ein frohes Weihnachtsfest im Kreise ihrer Familie wünschen. Für 1973 wünschen wir Ihnen allen persönlichen Erfolg.

Applaus!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Berichterstattung bzw. Diskussion des Kollegen Petermair. Er hat damit die Zustimmung zum Voranschlag gegeben.

Ich darf als Nächsten Herrn Dr. Gärber zum Wort bitten.

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Erlauben Sie mir, daß ich kurz zu einigen Zahlenkritische Bemerkungen mache und dann vielleicht auf 3 einzelne Punkte etwas näher eingehe, die uns alle berühren und die für die Zukunft vielleicht wichtig sind.

Die Einnahmen des ordentlichen

Haushaltes 1971 betrugen seinerzeit S 167,1 Mill. und jetzt 1973 sind sie um 9,6 Mill. mehr, das heißt S 176,7 Mill. Es entspricht dies ungefähr einem gleichmäßigen Wachstum, wenn wir betrachten, daß es 1972 ungefähr 172 Millionen waren und 1973 176 Mill., so muß ich sagen, daß die effektive Erhöhung des Vorjahres drinnen ist. Wir haben 1972 besonderes Glück gehabt, daß hier besonders große Steuernachzahlungen gekommen sind und wir wahrscheinlich die für 1973 nicht mehr erwarten können. Daher bin ich mit der etwas vorsichtigen Schätzung einverstanden, damit wir keine unliebsamen Überraschungen 1973 erleben werden.

Weiters war die Darlehensaufnahme 1972 nur 11 Mill. trotz verschiedener großer vorrangiger Investitionen, sodaß Ende 1972 ungefähr S 50 Mill. Schuldenstand vorhanden ist.

Die neue Schönauerbrücke, wie Sie gesehen haben, ist im Rohbau fast fertiggestellt - es fehlt nur mehr ungefähr ein Meter - und wird im kommenden Jahr die Ausführung der beidseitigen Straßenanschlußstücke unverzüglich in Angriff zu nehmen sein, damit die so dringende Umfahrung des Pfarrberges so rasch als möglich Wirklichkeit wird. Der Straßenbau ist im Jahre 1973 im aoH mit 43 Mill. dotiert, obwohl nur dringliche und teils in Ausführung begriffene Bauvorhaben enthalten sind und bedingt natürlich eine wesentlich höhere Darlehensaufnahme als 1972. Der Schuldenstand wird dadurch Ende 1973 die 100 Mill.-Grenze überschreiten. Ich möchte nicht bekritteln, daß die Summe so hoch ist, sondern ich möchte mich nur freuen, wenn alle diese Maßnahmen, die hier drinnen sind, durchgeführt werden, sodaß wir endlich den Verkehr entlasten und vor allem der innere Stadtring der Fertigstellung entgegengeht.

Der Personalaufwand klettert

weiter lustig in die Höhe und erreicht 1973 mit 74,5 Mill. - es sind dies 42,2 % des oH. Ein Vergleich mit 1971 ergibt eine Einnahmenerhöhung von 9,6 Mill. und eine Erhöhung des Personalaufwandes im selben Zeitraum von 13,4 Mill., woraus sie besonders sehen, daß uns hier die Zahlen davonlaufen und eine Reorganisation und straffere Führung des Amtsbetriebes zwangsläufig nötig sein wird.

Besonders auffällig ist die Steigerung des Krankenanstaltenbeitrages von 3,2 Mill. im Jahre 1971 auf 5 Mill. im Jahre 1973. Es ist leider sehr bedauerlich, daß hier in den Krankenhäusern die Unkosten so rasch steigen. Ich glaube, daß man hier etwas übertrieben Investitionen setzt, die praktisch für den Patienten wenig Wert haben, sondern es ist heute der Drang, die Sensationsgier, alles mögliche zu machen, was eigentlich unnütz ist.

Weiters fällt besonders auf der Abgang im Altersheim, der nun auf 6 Mill. steigt. Betrug der Gebärungsabgang im oH 1968 noch 1,5 Mill., so hat sich der Abgang in diesen 5 Jahren vervierfacht! und beträgt nun pro Pfling und Jahr bereits 15.000,-, sodaß die Stadtgemeinde je Heimsinasse im Durchschnitt einen Zuschuß von 1.250,- monatlich leistet, wobei die Erstattung von Heimgebühren für Minderbemittelte durch das Fürsorgeamt noch nicht eingerechnet ist. Die Versorgung mit Erdgas könnte auch hier eine Entlastung bringen.

Grundsätzlich möchte ich die Erdgasversorgung für Steyr als ein äußerst wichtiges Problem für einerseits die Wirtschaft und andererseits für die Raumheizung und für die Haushalte bezeichnen und möchte mit allem Nachdruck sagen, daß die Verwirklichung wirklich ernst betrieben werden sollte.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf die Not der alten und gebrech-

lichen Leute hinweisen, nicht so sehr in materieller Art, sondern betreuungsmäßig, da im modernen Wohlfahrtsstaat die menschliche Beziehung der alten Menschen zur jüngeren Generation verloren geht. Im Altersheim sind etwa 30 dringende Fälle zur dringenden Heimpflege vorgemerkt und weitere 200 Personen warten auf einen Platz. Zur Besserung der teils so schwierigen Lage alter Menschen würde ich für die GWG folgenden Plan als Sofortlösung vorschlagen:

1) Befreiung der Menschen über 70 Jahre von der Haustour und Gehsteigreinigung. Ich weiß das aus persönlicher Erfahrung, daß die alten Leute besonders darunter leiden und ich glaube, es wäre nichts dabei, wenn man diese Leute über 70 von der Gehsteigreinigung und Haustour ausschließt und einfach übergeht. Die anderen Hausbewohner könnten das mitmachen. Es ist so, wenn sie es nicht machen können, so müssen sie sich jemanden bezahlen und das ist heute so schwer und kostet soviel Geld. Wenn die Anordnung besteht, daß die Leute über 70 davon ausgenommen sind, wird sich das von selbst einstellen. Es ist oft so, daß die alten Leute unten schaukeln und die jungen schauen hinunter und schauen denen zu.

2) Sofortiger Einbau von Gaskonvektoren in Wohnungen mit Gasanschluß auf Konto des Investitionszinses und Verrechnung nach § 7 des Mietengesetzes, um den alten Leuten die Mühen der Kohlenheizung und die Kosten des Kohlentragens, die nicht unbedeutend sind, zu ersparen.

3) Bevorzugte Einweisung von Menschen über 60 Jahren in zentralgeheizte Kleinwohnungen. Dadurch werden wieder meist größere Wohnungen frei, bei deren Modernisierung junge Menschen selbst Hand anlegen können und dadurch einen billigeren Mietzins erhalten können.

4) Einbeziehung des 2. Stockes

des Neubautraktes im Altersheim in die Pflegeabteilung, um für dringende Fälle Platz zu schaffen.

Bei Durchführung dieser 4 Punkte, die wenig Geld erfordern und was jederzeit möglich ist, könnten die ärgsten Härten für alte Menschen beseitigt werden. Ich glaube, diese 4 Punkte sind wirklich nichts Besonderes, aber man könnte damit die ärgsten Nöte der alten Menschen soweit und so lange etwas mildern, bis die Pensionisten- bzw. Altenwohnungen in entsprechender Zahl fertiggestellt sind.

5) Rascheste Fertigstellung der in Bau befindlichen Altenwohnungen.

6) Aufbau eines Hausbetreuungsdienstes zur Entlastung des Altersheimes, soweit sich überhaupt jemand dazu bereitfindet, das ist sehr schwierig. Es wäre damit nicht unbedingt an Pflegepersonen gedacht, sondern auch an Leute, die entgegenkommen und die etwas mithelfen usw. Es ist ein Dienst, der sehr schwierig aufzuziehen ist und wie ich gesagt habe, auch daran scheitern könnte, daß sich leider niemand dafür findet. Ich möchte sagen, daß man Pflegepersonen für die Heimpflege überhaupt nicht findet, auch wenn man dafür S 3.000,- oder S 4.000,- bezahlt. Es liegt in der heutigen Zeit, niemand will die Pflege eines kranken Menschen übernehmen.

7) Essen auf Rädern, wobei dieser Dienst sehr kostspielig ist und nur in Heimen vertretbar ist oder bei Abholung von bestimmten Ausgabestellen, wo sich der Einzelne das abholt, weil sonst die Lohnkosten so hoch sind für die Zustellung des Essens, daß es wirklich nicht dafür steht. Soviel zu diesem Problem.

Ein Problem, das für die Stadt Steyr auch sehr schwierig ist und sehr verworren ist, ist der Kanalbau-sektor. Ich möchte daher, um hier etwas Licht hineinzubringen, einen kleinen Überblick geben und was uns eigentlich für die nächste Zeit bevorsteht.

Es wird hier notwendig sein, daß wir doch gezielt vorgehen und diesen Nachholbedarf, der sich leider beim Kanalbau ergeben hat, einholen. Der Sammler B am Ennskai ist fertig und mündet in Zwischenbrücken in den Zusammenfluß von Enns und Steyr offen aus. Sie alle sehen es, wenn Sie über die Steyr-Brücke gehen, wie links das aus dem Rohr der Kanalinhalt in die Steyr fließt.

Zubringer zum Sammler B ist der Kanal, der durch den Hundsgraben und das frühere Teufelsbachbett gelegt ist. Dieser ist zu klein und muß neu verlegt werden, um die Abwässer der Zwettlerbauten auf den Schlüßlmayrgründen und der neuen Bezirkshauptmannschaft aufnehmen zu können. Wenn die alle bezogen sind, ist das eine dringliche Maßnahme, sonst staut sich der Kanalinhalt hinauf. Dieses Kanalendstück hinunter in den Hundsgraben wird neu verlegt werden müssen, was auch nächstes Jahr sein muß.

Der Sammler A am Ortskai ist fertig und mündet ebenfalls ungeklärt in die Enns. Jedoch konnte die Uferverbauung in zwei Jahren nicht fertiggestellt werden, da die zuletzt beschäftigte Kremsbauleitung auch aufgegeben hat und wir wieder vor einer unvollendeten Tatsache stehen. Die Kläranlage, die zuerst in Schlüsselhof geplant war, soll weiter ennsabwärts als Großkläranlage in Hausleiten errichtet werden, jedoch ist das Planungsbüro Dipl. Ing. Flögl bereits 1/2 Jahr mit der Fertigstellung des Projektes in Verzug. Die Weiterführung des Sammlers A durch die Lauberleiten wird voraussichtlich wegen geologischer Schwierigkeiten ein sehr kühnes und aufwendiges Bauproblem darstellen.

Der Sammler F - auch ein Schmerzenskind - der ungefähr 24 Mill. verschlingt und von 3 Firmen begonnen wurde, soll nun nach 2 1/2 jähriger

Verspätung im Frühjahr des Jahres 1973 durch die Firma Prameshuber fertiggestellt werden. Der derzeitige Bau der Verästelung des Sammlers F durch 3 Firmen, der heuer begonnen wurde, läuft zufriedenstellend und halbwegs termingerecht und dürfte zufriedenstellend beendet werden. Auch hier waren Kosten von ca. S 4,5 Mill. erforderlich. Der Kanal in der Seifentruhenumfahrung ist von der Wolfenstraße bis zur Aichetgassenbrücke fertig und soll nun das Anschlußstück über den Wiesenberg zum Wehrgrabenkanal in Angriff genommen werden, da auch die Straße über den Wiesenberg als Fortsetzung der Seifentruhenumfahrung in Richtung Schwimmschulstraße bereits begonnen werden muß, deren Finanzierung im Budget 1973 eingeplant ist. Hier stoppt die Fertigstellung des Wehrgrabenkanalisationsprojektes durch das Planungsbüro Dipl. Ing. Odilo Fischer, das bis Anfang 1973 erstellt sein soll, die Arbeit. Sie sehen, daß wir mit allen diesen Dingen sehr in Zeitmangel sind und uns auch hier wieder die Zeit davonläuft. Außerdem fehlt hier im Wehrgrabengebiet noch die Städteplanung, sodaß zur Fortsetzung vom Wiesenberg zur Schwimmschulstraße eine Brücke errichtet werden muß, von der man nicht weiß, ob sie bestehen wird.

Der Kanal Ennsleite Süd erfordert ebenfalls eine Kläranlage vor seiner Einmündung in die Enns und ist die Projektierung noch nicht in Auftrag gegeben. Seit mehr als 40 Jahren warten bereits die Gründbergsiedlung, die Fachschulsiedlung sowie Klein-aber-Mein auf die dringend notwendige Kanalisierung. Ich möchte folgendes sagen. Gerade diese Menschen, die sich in der schwersten Zeit ein Heim geschaffen haben, werden immer noch von der Allgemeinheit im Stich gelassen. Sie sehen, wenn heute irgendwo Bauland geschaffen wird, so ist doch die Kanalisierung unbedingt nö-

tig. Ich möchte daher für diese 3 Gebiete in Erwägung ziehen, daß hier in nächster Zeit die Kanalbauten in Angriff genommen werden.

Es ist sehr bedauerlich, daß trotz vorhandener Gelder, der so dringend notwendige Kanalbau in Verzug geraten ist. In den letzten 3 Jahren sind mehr als 10 Mill. Kanalbaugelder ungenützt geblieben und im Jahre 1972 scheint ein Bundeszuschuß von 1,2 Mill. mangels genügenden Baufortschrittes zu verfallen.

Alle Kanäle der Stadt Steyr, mit Ausnahme des Kanals des Landeskrankenhauses, münden punktförmig und ungeklärt in die Enns oder Steyr und tragen zur Verschmutzung unserer Gewässer bei. Sie werden vielleicht in der Zeitung oder wenn Sie herumfahren schon gesehen haben, daß viele kleine Orte die Kläranlagen bereits fertig haben und wir als große Stadt haben da noch gar nichts und es ist alles ungeklärt. Es ist, glaube ich, schon das Augenmerk darauf zu richten, daß diese Kläranlage doch in nächster Zeit errichtet wird. Es wird viel Geld kosten und wir werden dazu zusätzlich Kosten bewilligen müssen, aber es ist dringend notwendig, daß wir nicht immer nur von der Umweltverschmutzung reden, sondern auch etwas dagegen tun. Denn wenn alles in die Gewässer hineingeht, Sie sehen das selbst, wie Enns und Steyr langsam ausschauen, wenn dort alles hineinmündet, so glaube ich, daß das nicht übertrieben ist, wenn wir uns hier dahintersetzen, daß das möglichst rasch in Angriff genommen wird, daß wir eine Kläranlage bekommen.

Die Lehrkanzel für Städtebau und Entwerfen der technischen Hochschule Graz hat im Rahmen von Übungen der Studenten eine wichtige und eingehende Grundlagenforschung im Bereich der Altstadt und für die Stadt-Weiterentwicklung durchgeführt. Die sehr eindrucksvolle und von der Bevölkerung mit so großem Interesse aufge-

nommene Ausstellung über die Ergebnisse dieser Bestandsaufnahme zeigte klare Richtlinien für in die Zukunft weisende Planungen auf und soll diese tiefgründige Arbeit nicht ungenützt in Vergessenheit geraten. Das Bauamt der Stadt Steyr ist aus Personalmangel nicht in der Lage, eine schon heute an allen Ecken und Enden fehlende Raumplanung, ein Altstadtkonzept und eine Stadtweiterentwicklungsplanung für Steyr zu erarbeiten. Die geplante Errichtung eines Einkaufszentrums im Altstadtzentrum ist ein beredtes Zeugnis für die sich anbahnende Fehlentwicklung. Alle dagegen sprechenden Gründe, wie unmöglicher Zubringerdienst, Verkleinerung des Parkraumes am Kai durch die Zulieferungs-Einfahrtsmöglichkeit, Verkehrserreger in der Altstadt, bei überhaupt nicht bestehender Parkmöglichkeit - kein einziger Parkplatz kann geschaffen werden - für die Kunden. Entvölkerung der Altstadt durch Umwidmung von schönsten Wohnmöglichkeiten in nach Geschäftsschlusstote Geschäftsräume, eine jetzt bestehende Bauordnung wird kaum verhindern können, daß wie am Wieserfeldplatz geschehen, auf Hinterwegen Ziele erreicht werden, die sehr nachteilige Folgen für das Gesamtkonzept unserer Stadt haben werden. Ich stelle daher folgenden Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Lehrkanzel für Städtebau und Entwerfen der technischen Hochschule Graz (Vorstand Prof. Hofmann) unverzüglich zu beauftragen, auf Grund der Erhebungen im Sommer 1972 und weiterer Tatbestandsaufnahmen einen Raumordnungsplan, ein Altstadtkonzept und einen Stadtweiterentwicklungsplan für die Stadt Steyr zu erstellen.

Ich bitte zugleich den Herrn Bürgermeister, die geschäftsordnungsmäßige Behandlung so in die Wege zu leiten, daß in der nächsten Gemeinderatssitzung darüber beraten und be-

schlossen werden kann.

Die Deckung der Kosten hierfür sind im Budget des Jahres 1973 durch Einsparung der vom Land übernommenen Personalkosten für Kindergärten gegeben.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ausgesprochen? Danke.

Als nächster Sprecher Herr Gemeinderat Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wenn ich mir die vor mir gesprochenen Fraktionssprecher genau angehört habe, so scheint es hier, wenn Zuhörer, Fremde, in diesem Raum wären, daß es eigentlich hier im Steyrer Gemeinderat keine Parteien gäbe, sondern mehr oder weniger eine Wahlgemeinschaft, so ist es zum Ausdruck gekommen. Wir haben alles gemeinsam gemacht, wir haben die gleichen Interessen, nur die Sorge, der Bevölkerung entgegenzukommen.

Meine Damen und Herren, so ist es nicht gewesen und auch eine Reihe von Vorschlägen bzw. Anregungen, die durchgeführt bzw. von uns gemacht wurden, mußte sehr schwer erkämpft werden, daß sie die Mehrheit gefunden haben oder erst nach einiger Zeit erst realisiert wurden.

Zum Voranschlag selbst. Nach meiner Rede wird man bestimmt anderer Meinung sein, daß es bestimmt viele offene Probleme gibt und hier die grundsätzlich verschiedenen Auffassungen doch auch im Steyrer Gemeinderat vorhanden sind. Der zu beschließende Voranschlag für das Rechnungsjahr 1973 ist, wie Sie wissen, mit insgesamt S 258,7 Mill. präliminiert. Der ordentliche Haushalt ist mit 176,7 Mill. gegenüber dem Nachtragsvoranschlag 1972 Gesamteinnahmen und Ausgaben von S 182,5 Mill. um S 6 Mill.

niedriger angesetzt. Die Finanzierung wie ebenfalls schon festgestellt wurde des außerordentlichen Haushaltes erfolgt durch Zuführung von S 3,5 Mill. vom oH, Entnahme aus Rücklagen und der überwiegende Teil von rund S 72 Mill. kann nur durch Aufnahme von Darlehen abgedeckt werden, das heißt, daß der aoH zu einem großen Teil nur durch teure Bankkredite gedeckt werden kann und damit die Verschuldung der Stadt Steyr trotz günstiger Wirtschaftslage sowie eines neuen Finanzausgleiches weiter ansteigt. Es wurde hier schon zweimal vom Herrn Bürgermeister einleitend festgestellt sowie von seinem Fraktionsführer, Stadtrat Kinzelhofer, na ja, die Stadt Steyr ist ja gar nicht so arm, wir stehen ja nicht an der Spitze der verschuldeten Gemeinden. Meine Damen und Herren, vor wenigen Jahren war es der Stolz der Stadtgemeinde Steyr, daß wir an der Spitze der reichsten Gemeinden gestanden sind, infolge dessen kann man nicht nach einigen Jahren an der Spitze der Verschuldung stehen. Hier ist doch ein eindeutiger Unterschied vorhanden,

Meine Damen und Herren. Es ist der erste Voranschlag nach dem neuen Finanzausgleichsgesetz und fällt zusammen mit der Einführung der Mehrwertsteuer und ist der letzte Voranschlag in dieser Funktionsperiode. Daher möchte ich ihn von verschiedenen Seiten her beleuchten, wie es auch schon einige Vorredner gemacht haben.

Die Gemeinden im allgemeinen, im besonderen aber unsere Stadt, hat in den letzten Jahren durch gesetzliche Maßnahmen des Bundes und des Landes immer mehr Lasten übernehmen müssen, ohne dafür die entsprechenden finanziellen Mittel zu erhalten. Auf die Gemeinde entfällt die Hauptlast der öffentlichen Investitionen, die somit keinen geringen Anteil zur Vollbeschäftigung hat. Während

der Anteil der Gemeinden 55,2 % beträgt, entfallen auf den Bund 31,7 % und auf die Länder gar nur 31,1 % der gesamten öffentlichen Investitionen. Die bisher den Gemeinden zur Verfügung stehenden Mittel waren völlig unzureichend, sodaß eine zunehmende Verschuldung der Gemeinden eingetreten ist, aber nicht zuletzt auch durch die ständig steigenden Preise.

Der Ausbau der Infrastruktur erfordert von Jahr zu Jahr immer mehr finanzielle Mittel. Im Voranschlag 1973 sind allein für den Ausbau unserer Gemeindestraßen über 40 Mill. notwendig bzw. eingesetzt und für den Ausbau des Kanalnetzes weitere 11 Mill.

Ich habe schon vor einem Jahr auf die zunehmende Verschuldung der Gemeinde hingewiesen und erklärt: Wenn es in Zukunft zu keiner grundlegenden Umverteilung zugunsten der Arbeiter und Angestellten, zugunsten der Gemeinden als den Hauptträger unseres Gemeinwesens kommt, wird es beim alten - bei der Fortsetzung der ÖVP-Finanzpolitik bleiben. Das neue Finanzausgleichsgesetz, mit dem die Neuaufteilung der sogenannten gemeinschaftlichen Steuern für die nächsten 6 Jahre zwischen Bund, Ländern und Gemeinden geregelt wird, wurde am 23. November im Nationalrat von der SPÖ, der ÖVP und FPÖ einstimmig gebilligt. Dieser Finanzausgleich bleibt weit hinter den Erwartungen, die die Gemeinden in die neue Regelung gesetzt hatten, zurück. Die Einnahmen der Gemeinden aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sollen sich um rund 1 Milliarde und die der Länder um 1,3 Milliarden erhöhen. Berücksichtigt man allerdings die Inflationsrate, die jetzt schon über 7 Mill. liegt und das Wirtschaftswachstum, tritt bei den Einnahmen aus den Ertragsanteilen kaum eine Verbesserung der Finanzen ein. Das heißt in anderen Worten, die Hoffnungen und die Erwartungen der Sozialistischen Mehrheit un-

serer Stadt sind nicht in Erfüllung gegangen.

Die Einnahmen aus den Abgabenertragsanteilen werden laut Voranschlag mit nur 6 Mill. höher erwartet, aber gleichzeitig der Gemeindehaushalt durch die Einführung der Mehrwertsteuer ab 1. 1. 1973 schwer belastet. Die Mehrwertsteuer belastet den Steyrer Gemeindehaushalt meiner Schätzung nach mit 5 - 6 Mill. und gibt aber gleichzeitig den Gemeinden die Handhabe, die Belastungen über Tarif, Gebühren und Mieten auf die Gemeindebürger abzuwälzen.

Eine Reihe von kommunalen Leistungen, die bisher umsatzsteuerfrei waren, wie Wasser, Kindergärten, Mieten, Bäder und dergleichen mehr, wird nunmehr besteuert. Die Besteuerung der Leistungen der Gemeinden richtet sich ausschließlich gegen jene Bevölkerungskreise, die, zum Unterschied von Unternehmern, keinerlei Möglichkeit haben, die Besteuerung weiterzugeben. Daher treten wir Kommunisten für die eheste Novellierung des Umsatzsteuergesetzes ein und verlangen die sofortige Herausnahme der kommunalen Leistungen, vor allem der Mieten, aus der Besteuerung. Nach dem Text des Umsatzsteuergesetzes ist zu schließen, daß dieses Gesetz von der BRD zum Großteil abgeschrieben wurde - jedoch mit dem einen Unterschied, daß die Mieten in der BRD der Mehrwertsteuer nicht unterliegen.

In der Finanz- und Rechtsausschußsitzung, in der der Voranschlag 1973 behandelt wurde, erklärte der Herr Bürgermeister Fellingner im Hinblick auf die Stabilisierungsmaßnahmen seiner Regierung, es wird im kommenden Jahr von Seiten der Gemeinde Steyr zu keinen Gebühren- und Tarifierhöhungen kommen. Diesbezüglich liegt ein Zusatzantrag vom Stadtssenat auch dem Gemeinderat vor. Eine Großzügigkeit, die man gar nicht gewohnt ist. Aber dieser sogenannte

Tarif- und Gebührenstop gilt nicht lückenlos, da bei der letzten Gemeinderatssitzung auf Antrag der SPÖ-Mehrheit und mit den Stimmen der ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Kommunisten die Kanalanschlußgebühr für das kommende Jahr 1973 um 100 % erhöht wurde. Ein Vielfaches von dem, auf das die Gemeinde jetzt verzichtet, hat sie sich schon längst von den Steyrer Bürgern geholt.

Am 1. Jänner 1972 wurden bekanntlich die Essensportionen für die Einwohner des Altersheimes um 8 % erhöht. Ebenso wurden die Essensportionen in den Kindertagesstätten und Horten um S 1,- hinaufgesetzt. Die Tarife der Städtischen Autobusse wurden um 25 - 40 %, die Kursbeiträge für die Volkshochschule um 20 - 50 %, die Theater-Eintrittspreise um 20 % und die Müllabfuhrgebühr wurde um 24 - 28,5 % erhöht. Nicht zu vergessen sind auch die Kindergartentarife, die schon im Vorjahr empfindlich erhöht wurden, und zwar durchschnittlich pro Jahr und Kind um 600 Schilling.

Zusammengerechnet ergeben sich aus diesen Gebühren- und Tarifierhöhungen eine schwere finanzielle Belastung für die Bevölkerung und für die Stadt eine wesentliche Mehreinnahme, weil sich nunmehr die Erhöhung auf das ganze Jahr auswirkt. Mit diesem Tarifpolster kann man leicht auf Tarif- und Gebührenerhöhungen verzichten, noch dazu, wo es sich beim kommenden Jahr um ein besonderes Jahr, nämlich um ein Wahljahr handelt, und man in 10 Monaten wieder gewählt werden will. Dr. Kreisky und Genossen in der Regierung haben offenbar wenig Verständnis für die kommenden Landtags- und Gemeinderatswahlen in Oberösterreich, denn ihre Stabilisierungsmaßnahmen gelten nur mehr über 5 Monate. Bier - Strom wird schon im Mai und mit 1. Juli wird Benzin, Dieselöl, ORF-Gebühren, wie bekannt in der so-

genannten Salamitaktik, also in Etappen, nicht unwesentlich erhöht und damit eine neue Preislawine ausgelöst.

Wenn das vorliegende Budget äußerst vorsichtig und mit großer Zurückhaltung erstellt wurde, so kann man bei der Erhöhung der Funktionsbezüge diese Zurückhaltung nicht feststellen. Die derzeitigen Politikerbezüge in der Höhe von 1.170 Schilling bis S 27.825,- pro Monat vierzehnmal im Jahr, sind offenbar nach Meinung der SP-Mehrheit, der ÖVP und der FPÖ nicht mehr zeitgerecht, denn laut Voranschlagspost werden die Politikerbezüge für das Jahr 1973 von bisher 1,7 Mill. auf S 3.450.000,- erhöht, mit anderen Worten, mehr als verdoppelt! Wenn ich hier gesagt habe, nicht nur die Mehrheit findet das nicht zeitgerecht sondern auch die anderen Parteien, so aus diesem Grund, weil ich bei der Fraktionserklärung gesehen habe, daß es keine der zwei anderen Parteien für notwendig befunden hätte, hier Stellung zu beziehen. Hier wären die Mittel für andere Zwecke notwendiger für die Bevölkerung.

Trotz mehrmaligem Bemühen war es mir nicht möglich, rechtzeitig die genaue Erhöhung der einzelnen Mandatare zu erfahren. Ich glaube nicht, daß die Ursache darin liegt, weil Sie sich selbst über diese Erhöhung schämen? Noch dazu wo - wie mir bekannt ist - diese Gehälter abgeleitet werden vom Landtag, daß diese Verdoppelung der Funktionsgebühren rückwirkend mit 1. Juli 1972 gewährt wird. Bei solchen Erhöhungen, die sich die Stadtväter vorsorglich bewilligen, ist es verständlich, daß sie sich über die von mir aufgezeigten Gebühren und Tarifierhöhungen sowie die Preisinflation wenig aufregen. Ebenso wenig werden Sie, meine Damen und Herren Gemeinderäte, unter der sogenannten "Durststrecke" zu leiden haben, die ÖGB-Präsident Benya den Arbeitern, Angestellten und Pensionisten für das kom-

mende Jahr angekündigt hat.

Wir Kommunisten lehnen derartige Privilegien für die Politiker entschieden ab, die den Voranschlag 1973 mit rund S 3,5 Mill. belasten. Es wäre für die Öffentlichkeit und für die Bevölkerung unserer Stadt nicht uninteressant und ich verlange vom Präsidium, noch in dieser Sitzung die erhöhten Bezüge der Bürgermeister, Stadtsenatsmitglieder und Gemeinderäte bekanntzugeben. Dieses Verlangen, meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktion, steht keinesfalls im Widerspruch zu den Richtlinien ihrer Landespolitik, denn der SP-Landessekretär Leo Habringer, Obmann des sozialistischen Gemeindevertreterverbandes erklärte am 1. Oktober bei der Landeskonzferenz in Enns, wo bestimmt eine Reihe von Mandataren von Steyr teilgenommen haben, die dies bestätigen können, daß im Hinblick auf die kommenden Aufgaben der Sozialistischen Partei verstärkte Information der Gemeinderäte und Gemeindebürger gegeben werden soll. Es ist der erste Punkt des 6-Punkte-Programms von Seiten der Sozialistischen Partei. Diese Aufgabenstellung können Sie, meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktion, schon heute in die Praxis umsetzen. Eines der wichtigsten und drückendsten Probleme ist die Wohnungsfrage in unserer Stadt. Weit über 2000 wohnungssuchende Familien warten seit vielen Jahren auf eine Wohnung und viele hunderte Familien mit einem und mehreren Kindern wohnen in einer Einraum- oder Zweiraumwohnung. Durch die geringen Mittel, die für den öffentlichen Wohnungsbau zur Verfügung stehen, und durch die ständig steigenden Grundstücks- und Baupreise wird die Wohnungsnot zu einem schier unlösbaren Problem. Die Wohnungssuchenden, vor allem jene vielen jungen Menschen, die sich ein eigenes Leben aufbauen wollen, die sich vom Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1973 eine Besserung erwartet haben, müs-

sen nun bitter enttäuscht sein.

Für Wohnbaudarlehen sind im Voranschlag, so wie in all den letzten Jahren, nur S 10 Mill. vorgesehen. Aber nicht einmal dieser Betrag wurde tatsächlich aufgewendet bzw. verbraucht. Im Jahre 1969 wurden nur S 2,3 Mill., 1970 S 1,5 Mill., 1971 S 830.000,- und im heurigen Jahr bis jetzt ca. S 900.000,- verbaut. Dem möchte ich gegenüberstellen, daß in demselben Zeitraum, in diesen 5 Jahren, die ich angeführt habe, um viele Millionen mehr für die Politikerbezüge ausgegeben wurde als an Darlehen für den Wohnungsbau.

Das, meine Damen und Herren, sind die wahren Zahlen, die von Ihnen für den Wohnbau in den letzten vier Jahren zur Verfügung gestellt wurden und danach sieht auch die Wohnbautätigkeit in unserer Stadt aus. Es werden von Jahr zu Jahr weniger Wohnungen gebaut und daher auch weniger vergeben. Nicht wie immer wieder irreführend von Vertretern der Mehrheitsfraktion behauptet wird, es werden nach wie vor durchschnittlich pro Jahr 150 Wohnungen gebaut. Aber tatsächlich waren es im Jahre 1971 nur mehr 128 Wohnungen - laut Bilanz, die im Anhang des Voranschlages ist - und heuer sind es bis zum heutigen Tage erst 32 Wohnungen, die bezogen wurden, wo auch Gemeinderat Fritsch wohnt. Man rechnet allerdings, daß bis zum Jahresende weitere 30 Wohnungen zu beziehen sind. Zusammen also nur 62 Wohnungen in einem Jahr.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich erinnern können, so habe ich eine Prognose aufgestellt bei der Debatte vom Voranschlag 1972, daß weniger gebaut wurden und habe das nach den Jahren aufgezählt und habe hingewiesen, daß wahrscheinlich im kommenden Jahr nur mehr 100 gebaut werden. Also, ich möchte hier feststellen, daß das von mir falsch war. Es wurden nur 62 Wohnungen fertig, das heißt, daß man rechnet, daß in den nächsten

Tagen diese Wohnungen bezogen werden, damit es überhaupt 62 werden. Dazu kommt, daß die Mieten in den Neubauwohnungen immer mehr in die Höhe klettern und jetzt in Steyr schon bei S 1.600 bis 2.000 im Monat angelangt sind. Dazu kommt weiter noch der 10 % Baukostenbeitrag in der Höhe von S 30.000,- - S 40.000,-, der die Wohnungswerber schwer belastet. Dieser 10 %ige Baukostenbeitrag, das muß ich hier anführen, weil Herr Vizebürgermeister besonders das Zurückgehen des Wohnungsbaues in Steyr herausgestrichen hat, daß diese Belastung des 10 %igen Baukostenzuschusses noch von Ihrer Regierung, nämlich von der ÖVP-Alleinregierung beschlossen wurde. Ich muß das objektiverweise sagen, und zwar gegen die Stimmen der sozialistischen Partei, nämlich mit der Einführung des Wohnbauförderungsgesetzes 1968.

Meine Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion, wo bleibt die Erfüllung Ihrer eigenen Forderung vom 1. Mai 1971 nach stabilen Preisen und Wohnungen zu tragbaren Mieten? Das war noch eine Losung, die mitgetragen wurde, als man noch in Steyr demonstrierte am 1. Mai. Wir haben heute eine Situation - dies müssen alle Kollegen, auch die der Mehrheitsfraktion, die mit mir im Wohnungsausschuß tätig sind, bestätigen - Neubauwohnungen werden - mit wenigen Ausnahmen - nur mehr an Familien mit zwei Verdienern und die größeren Wohnungen an junge kinderlose Ehepaare vergeben. Es gibt nicht wenige Wohnungen im Resthofgebiet von diesen angeführten 32, die schon zum zweiten Mal vergeben wurden, bevor sie noch bezogen wurden, da die Mieter die finanziellen Mittel, die notwendig sind, nicht aufbringen. Hier zeigt sich deutlich die unsoziale und Widersinnigkeit der Wohnbaupolitik. Bekanntlich hat die Regierung Kreisky versprochen, mehr, bessere und billigere Wohnungen zu bauen. In Wirklichkeit, wie auch die Wohn-

bautätigkeit in unserer Stadt zeigt, wird wesentlich weniger und wesentlich teurer gebaut! Diesen Zustand wird auch die neue Wohnbauförderung, die ab 1. Jänner 1973 in Kraft tritt, nicht ändern. Schon gar nicht mit einer angezogenen Baubremse, die ja bekanntlich zu den Stabilisierungsmaßnahmen der bestehenden Regierung zählt. Wir Kommunisten sind der Meinung, diesen Zustand der Wohnbautätigkeit kann nicht eine Art "Baubremse" sondern nur eine starke "Profitbremse" erfolgreich ändern.

In der Voranschlagspost Kindergarten wurden, wie schon erwähnt, die 75 %igen Personaleratzkosten noch nicht berücksichtigt. Angeblich, weil dieses Landesgesetz noch nicht veröffentlicht wurde. Die Tagespresse in Oberösterreich hat schon im November davon berichtet, daß diese Gesetze beschlossen wurden. Man kann nur mehr warten, wir wissen nicht genau, ob es abgeändert wird.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT
HEINRICH SCHWARZ:

Einen Tarif kann man nicht nach der Tagespresse machen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Kollege Schwarz meint, einen Tarif kann man nicht nach der Tagespresse machen. Bitte, das mag seine Ansicht sein, aber meine Damen und Herren, warum war man bei den Politikerbezügen so schnell, die sind doch erst vorgestern im Landtag beschlossen worden, warum hat man die schon berücksichtigt mit S 3,5 Mill. im Budget? Darauf kann man, glaube ich, keine Antwort geben, die hat man sofort in diesem Voranschlag berücksichtigt.

Die Stadt Steyr bekommt vom Land auf Grund des kürzlich beschlossenen Kindergartengesetzes einen Betrag von über S 3 Mill. als Zuschuß für die Personalkosten. Wir Kommunisten ver-

langen, daß jener Betrag, den man sich auf dem Personakostensektor erspart, für den Ausbau von Kindergärten, für die fehlenden Spielplätze und Horte zur Verfügung stellt. Außerdem verlangen wir die Rücknahme der vor einem Jahr beschlossenen Erhöhung der Kindergarten tarife, die ohnedies nur die Arbeiter und Angestellten mit über 600.000 Schilling jährlich belastet. Die Gemeinde Steyr kann sich auch ein Beispiel an unserer kleinen Nachbargemeinde St. Ulrich nehmen. Der Monatstarif für das erste Kind wurde dort mit 200 Schilling und um 20 % weniger für das zweite Kind festgesetzt. In dieser kleinen Landgemeinde zahlt man für Verpflegung und Betreuung eines Kindes maximal S 280,- - dagegen in unserer Stadt mit einer sozialistischen Mehrheit S 500,- und mehr im Monat. Meine Damen und Herren, man müßte doch meinen, was eine kleine Landgemeinde mit 2600 Einwohnern kann, müßte doch auch die Arbeiterstadt Steyr zusammenbringen, das ist zumindestens die Meinung von uns Kommunisten. Nun einige Bemerkungen zur Schulwegsicherung.

Seit Jahren treten wir Kommunisten, insbesondere im letzten Jahr, für einen gesicherten Schulweg ein. Daß die Schulkinder bei dem von Jahr zu Jahr zunehmenden Straßenverkehr nicht Freiwild sind, verdanken wir nicht zuletzt unseren Sicherheitswachbeamten, die bei Wind und Wetter an den gefährlichen Straßenübergängen die Kinder schützen. Ihnen möchte ich von dieser Stelle aus den Dank aussprechen.

Aber welche Maßnahmen wurden im letzten Jahr von der Stadtverwaltung für die Sicherheit der Kinder getroffen? Außer einer Besichtigung der Kreuzung Annaberg - Sierninger Straße und Versprechungen - nichts! Wir Kommunisten verlangen daher erneut im Interesse der Wohnbevölkerung Neustraße - Steinfeld eine Geschwindig-

keitsbeschränkung sowie ein Abbiegeverbot für alle Kraftfahrzeuge im Kreuzungsbereich Sierninger Straße - Annaberg, und zwar so lange, bis dort die baulichen Maßnahmen, nämlich die Bundesstraße verbreitert und dort der notwendige Fußgängerschutz miteingebaut wird. Daß dieses Verlangen trotz positiver Stellungnahme von Seiten der Polizei persönlich durch Herrn Oberpolizeirat Dr. Koerner von der Gemeinde noch nicht erfüllt wurde, dürfte daran liegen, daß die notwendigen Verkehrszeichen Geld erfordern und man bei Ausgaben für die Sicherheit der Kinder mit dem Sparen der Gemeinde beginnt. Anders ist es beim Ankauf eines Radargerätes, das allerdings mehr Geld erfordert. Da fragt die Stadt nicht gleich nach dem Preis, denn das Gerät wird sich innerhalb kurzer Zeit durch Strafmandate bezahlt machen, wie dies das Beispiel der Stadt Linz zeigt und auch angeführt wurde. Durch die Anschaffung eines zweiten Radargerätes werden die Linzer im kommenden Jahr um S 1,5 Mill. mehr Strafge­l­der kassieren. Und unsere Stadt will sich die Jagd nach Strafge­l­der auch nicht entgehen lassen und kauft daher ein Radargerät um S 285.000,-. Aber bei den paar Tausendern, die für die nötigen Verkehrszeichen einer Geschwindigkeitsbeschränkung erforderlich sind, knaust man. Denn sie bringen kein Geld - sie dienen ja nur der Sicherheit. Anders ist es auch, wenn ein ausländisches Großkaufhaus für ihren Privatgrund Verkehrszeichen benötigt, da werden sogar 15 an der Zahl zur Verfügung gestellt und gratis montiert. Bei Großkonzernen, da ist auch die sozialistische Mehrheit großzügig mit der Ausgabe von öffentlichen Mitteln.

Nun zur Schulwegsicherung im Kanalverkehrsbereich auf dem Tabor, wo viele hunderte Kinder und Schüler täglich die Bundesstraße überqueren müssen. Die Notwendigkeit einer Fuß-

gängerunterführung habe ich schon vor 1 Jahr hier unterstrichen, denn dort reichen auf keinen Fall Verkehrszeichen oder Geschwindigkeitsbeschränkungen für die Sicherheit der Fußgänger aus. Der Herr Bürgermeister Fellinger konnte sich anlässlich des Informationsgesprächs im Stadtteil am Tabor selbst überzeugen, daß diese Schulwegsicherung beim Ennsner Knoten ein echtes Anliegen und Bedürfnis der Bevölkerung darstellt. Diesem Projekt steht man allgemein nicht ablehnend gegenüber, aber hier sind es wiederum die hohen Kosten, die diese Errichtung erfordert. Man beziffert sie mit S 2 Mill. Meine Meinung dazu ist, daß diese Summe zu hoch gegriffen ist und man mit S 1,5 Mill. das Auslangen findet. Diese notwendige Summe von S 1,5 Mill. wäre heuer schon vorhanden gewesen, wenn man sie nicht leichtfertig für unnötige Schutzräume ausgegeben hätte. Diese Luftschutzräume waren und sind kein Wunsch oder Bedürfnis der Bevölkerung sondern ein Wunsch der Zivilschutzkameraden, die der Meinung sind, auch in der Zeit der Entspannung in Europa muß man Volksvermögen verpulvern.

Meine Damen und Herren, man hat Ihnen am 7. November bei der Informationssitzung des Gemeinderates unter anderem zur Kenntnis gebracht, daß mit 1. Jänner 1973 in drei Etappen die 3000 GWG-Mieter mit rund S 6 Mill. durch die Erhöhung des Instandhaltungskostenbeitrages und durch den erhöhten Verwaltungskostenbeitrag belastet werden. Sie waren alle - ohne Ausnahme wie Sie hier sitzen - damit einverstanden. Ich habe als einziger Mandatar gegen diese Mietzinserhöhung bei dieser Informationssitzung Stellung genommen. Die von uns Kommunisten vorgenommene Prüfung der Unterlagen der GWG ergab, daß diese Erhöhung des Instandhaltungskostenbeitrages um 60 - 150 % völlig unbegründet ist, ja im Gegenteil es gibt Häuser-

blocks, die trotz durchgeführten Reparaturen in den letzten Jahren mehr als 1/4 Million Schilling Rücklagen haben. Es ist für die 3000 Gemeindemietler erfreulich, noch dazu vor Weihnachten, daß die Mehrheitsfraktion dieses Hauses durch das öffentliche Aufzeigen von uns zur Einsicht kam und diese beschlossene Mietzinserhöhung zurücknahm und daher wie vorgesehen mit 1. Jänner 1973 diese nicht in Kraft tritt. Aber dieses Beispiel zeigt trotzdem, wie leicht man von Seiten der SPÖ, der ÖVP und FPÖ bereit ist, der Bevölkerung Lasten aufzulegen.

Nun zum Fürsorgewesen, Kapitel Hilfsaktionen, Kollege Baumann. Es gibt in unserer Stadt über 600 Fürsorgeunterstützungsempfänger und über 1100 Ausgleichszulagenbezieher, also 1700 meist alte und kranke Menschen, die in Armut leben. Sie leben im Schatten des sogenannten Wohlfahrtsstaates und sind daher auf einmalige Unterstützungen durch die öffentliche Hand angewiesen. Meistens erfährt man davon nur dann, wenn die Weihnachtsfeiertage vor der Tür stehen. Alleinstehende Rentner müssen oft mit weniger Geld ein ganzes Monat das Auslangen finden, das ein Gemeinderat als Funktionsentschädigung oder wie man im Volksmund sagt, das monatliche Taschengeld, erhält. Auf Grund der Teuerung scheinen mir die derzeitigen Unterstützungssätze zu niedrig und würde aus diesem Grund - wie im Finanz- und Rechtsausschuß schon beantragt, eine Erhöhung vorschlagen, und zwar: Für die 600 Fürsorgeunterstützungsempfänger von derzeit S 300,- auf S 500,-, für die Ausgleichszulagenbezieher von derzeit S 151,50 auf S 350,- - da ist man auch großzügig, man zahlt S 1,50 Postgebühr. Ich glaube, daß dieser finanzielle Mehrbedarf von unserer Stadt verkraftet werden kann und dadurch der Voranschlag 1973, der beschlossen werden soll, nicht in Unordnung kommt.

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Zum Abschluß meiner Ausführungen möchte ich als Vertreter der Kommunisten erklären, daß ich dem zur Beschlußfassung vorliegenden Voranschlag für das Jahr 1973, einbezogen die Ablehnung der Erhöhung der Politikerbezüge und der kritischen Feststellungen, die Zustimmung geben werde.

Gleichzeitig möchte ich im Namen der Kommunisten und persönlich Ihnen, meine Herren Bürgermeister, den Damen und Herren des Gemeinderates und Beamten und Bediensteten des Hauses sowie den anwesenden Pressevertretern frohe Festtage und ein erfolgreiches und friedliches neues Jahr 1973 wünschen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Tremml für die Fraktionserklärung namens der kommunistischen Partei. Ich darf Sie bitten - ich will es vermeiden mit der Glocke zu läuten - im Interesse der Redner mehr Ruhe zu bewahren.

Als Nächster Herr Kollege Fritsch bitte!

GEMEINDERAT KARL FRITSCH: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Nach den grundsätzlichen Feststellungen unseres Fraktionsführers zum Budgetentwurf 1973 möchte ich einige Betrachtungen den Kapiteln Schul- und Kulturwesen widmen.

Sie dürfen von mir, einem Vertreter der Minderheit, nun nicht erwarten, daß ich trotz der Aufmunterungen des Stadtrates Kinzelhofer in seiner Eigenschaft als Fraktionsführer der SPÖ die zur Beschlußfassung vorliegenden Kapiteln nur positiv beurteilen werde. Wir anerkennen die angestregten Bemühungen, in Steyr

den Schulbau zu forcieren und bejahen dieses Bestreben. Wir begrüßen besonders die Erweiterung der Ennsleithenschule, die Planung über den Schulbau Resthof-Gleink, den Ausbau der Promenadeschule sowie die Planungs- und Vorbereitungsarbeiten von S 450.000,- für die städtische Handelsakademie. Mit Genugtuung darf ich feststellen - wir wollen wirklich keinen Vaterschaftsprozess anstrengen - daß die Forderung der ÖVP, welche ich zum Voranschlag 1969 erhoben hatte, nämlich die HAK bzw. Hasch ehestens zu verbundlichen, in verhältnismäßig kurzer Zeit auch in die Wege geleitet wurde. Die Endlösung dieses Schulbaues erfordert von der Stadt sicherlich einen großen finanziellen Aufwand, der sich aber in Bälde bezahlt machen wird, und zwar dadurch, daß die laufenden Ausgaben für diese Schulen, heuer insgesamt mit ca. S 4,3 Mill. für das Jahr 1973 veranschlagt, bald der Vergangenheit angehören werden. Die Entlastung des Stadtsäckels durch diese Post wird dann sicherlich den gesamten Pflichtschulen zugute kommen.

Für den Neubau der Schule Resthof-Gleink ersuchen wir mit allem Nachdruck, vorausschauend zu planen und eine wesentlich günstigere Situierung zu treffen, als dies bei der Taborchule der Fall ist. Die endgültige Trassenführung der Schnellstraße, ihre Einbindung in die Bundesstraße, die Anlage des Knotens Gleink müssen ganz besonders bei der Situierung der neuen Schule berücksichtigt werden, um a) den Verkehrslärm so weit wie möglich von der Schule fernzuhalten, b) die Gefährdung unserer Schuljugend durch den ständig wachsenden Verkehr schon von der Planungsseite her auszuschalten. Beides ist bei der Taborchule verabsäumt worden. Die Leidtragenden sind in beiden Fällen unsere Kinder, und zum Teil auch die Exekutive. Und hier berühre ich ein Problem, das bereits mehrmals angezogen wur-

de, das aber auch, wie sie bei den Stadtteilgesprächen Tabor vernommen haben, allen Bewohnern des Stadtteiles Tabor am Herzen liegt. Seit 1967 - Herr Kollege Tremel, nicht erst seit vorigem Jahr - erhob unsere Fraktion zu jeder sich bietenden Gelegenheit die Forderung nach Fußgängerunter- oder -überführungen im Bereich des Ennsner Knotens und an der Kuppe des Blümelhuberberges. Leider bis dato umsonst. Die Sicherung der Fußgänger in diesem Gebiet bleibt einzig und allein der verantwortungsbewußten Arbeit der Exekutivorgane überlassen. Es ist in erster Linie diesen Beamten zu verdanken - und nicht der vorausschauenden Verkehrsplanung - daß sich bis jetzt noch kein schwerer Unfall mit Kindern dort ereignete. Allerdings dürfte es, bei dem ständig steigenden Verkehrsaufkommen und nach den Gesetzen der Wahrscheinlichkeitsrechnung, nur noch eine Frage der Zeit sein, bis sich, trotz intensivster Bemühungen, eine Katastrophe ereignet. Wenn man bedenkt, daß zu Schulzeiten täglich rund 1000 Kinder die Ennsner Straße bzw. Seifentruhenumfahrung zweimal oder gar mehrmals überqueren müssen - von den Erwachsenen gar nicht redend - so muß man feststellen, daß dieser Knoten ja direkt nach einer 100 %igen Sicherung der Fußgängerschreie. Die derzeitige Anlage ist nicht sicher. Die Lösung ist nur durch Unterführungen zu finden.

Beim Stadtteilgespräch Tabor wurde vom zuständigen Referenten erklärt, daß ein solcher Umbau ca. S 2,5 Mill. kosten würde und dieser Betrag dafür zu teuer erscheint. Auch wenn diese Summe, welche mir persönlich etwas zu hoch gegriffen vorkommt, stimmen würde, muß ich trotzdem eindeutig die Forderung nach Unterführungen bejahen und vertreten. Das Leben auch nur eines geretteten Kindes muß uns mehr wert sein als S 2,5 Mill.!

Es wurde bisher sehr viel Geld ausgegeben für Dinge, welche nicht unbedingt lebenserhaltend sind und zurückgestellt hätten werden können. Ich verweise nur auf die S 3,6 Mill. für die unnötige Volkskino-Ablöse. Mit einem Teil dieses Betrages hätten Sie, sehr geehrte Damen und Herren der Mehrheitsfraktion, lebensrettende und nicht parteikassenrettende Taten setzen können! Es wäre dies ein sinnvoller, verantwortungsbewußter Einsatz von Steuergeldern gewesen. Bemühen wir uns doch jetzt, ehe es zu spät ist, die Verkehrssituation auf dem sowie so umstrittenen Enns-Knoten zu entschärfen. Namens der ÖVP-Fraktion fordere ich mit allem Nachdruck, eine Planung von Fußgängerunterführungen in diesem Bereich sofort in die Wege zu leiten und die nötigen Arbeiten zur Realisierung dazu auch 1973 wirklich zu beginnen. Finanzielle Bedenken dürfen dafür kein unabdingbares Hindernis darstellen.

Nun zurück zum Schulwesen. Ich gebe zu bedenken, daß in absehbarer Zeit bereits bestehende Pflichtschulen infolge der koeduktiven Führung der Klassen höchstwahrscheinlich einem Aus- bzw. Umbau unterzogen werden müssen. Ursprünglich gebaute reine Knaben- oder Mädchenschulen benötigen Zweckräume für den bisher nicht im betreffenden Lehrplan enthaltenen Unterricht, wie Knaben- oder Mädchenhandarbeit, mit den dazu nötigen Lehrmitteln und Geräten. Die an einer Schule - und da besonders an den Hauptschulen - vorhandenen Zweckräume, welche zumeist schon als Behelfsklassen dienen müssen, können unmöglich die lehrplanmäßigen Unterrichtsstunden von 2 Schulen im Rahmen der normalen Unterrichtszeit verkraften. Ich darf bitten, ehestens diesbezügliche Erhebungen über eventuell nötige Umbauten vorzunehmen, bevor eine schwere Beeinträchtigung des Unterrichtsbetriebes eintritt. Mit ein-

bezogen in diese Erhebungen muß auch - es mag trivial klingen - der Umbau bestehender Toilette-Anlagen werden, denn diese sind aus naturbedingten, moralischen und technischen Gründen - trotz Koedukation - noch immer nur getrenntgeschlechtlich benützbar!

Ich möchte mich nun einigen speziellen Posten des oH in der Gruppe 2 zuwenden: Als erstes erscheint mir die VP 21-76 Gastschulbeiträge auf der Einnahmenseite erwähnenswert. Diese Post wurde im Vergleich zum Nachtragsvoranschlag 1972 um S 200.000,- auf S 900.000,- erhöht. Dieses Präliminar scheint mir aus zwei Gründen sachlich nicht fundiert zu sein:

1) Bei dem bisherigen Richtsatz von ca. S 1.100,- pro Gastschüler und Schuljahr würde diese Einnahmenserhöhung einer Zunahme von rund 190 Gastschülern entsprechen. Tatsache aber ist, daß sich diese Zahl im Schuljahr 1972/73 nur um 64 auf 691 im Vergleich zum Vorjahr erhöhte. Bei Beibehaltung des erwähnten Richtsatzes wäre eine Aufstockung dieser VP um nur S 70.400,- gerechtfertigt.

2) Infolge Wegfalles der Kosten für die Beistellung der Schulbücher müßten sich auch die aliquoten Anteile der Gastschulbeiträge reduzieren und daher auch der Richtsatz eine Verringerung erfahren, was letztlich einer Verminderung und nicht wie vorgesehen einer Erhöhung der Gesamteinnahmen aus dieser VP gleichkommt. Auf der Ausgabenseite erscheinen mir 2 Posten im Bereich der Pflichtschulen einer Erörterung wert. Es sind dies: Nr. 52 Lehr- und Lernmittel S 500.000 und Nr. 91 Ankauf von Geräten S 80.000.

Wenn unser Herr Bürgermeister in seinem Schlußwort zum Nachtragsvoranschlag 1972 erklärte, daß den Schulen alles an Lehrmitteln gekauft wurde, was sie anforderten, so muß ich ihn - so leid es mir tut - berichtigen. Tatsache ist, und das ist am Schulamt bzw. an den Schulen einseh-

bar, daß viele Anforderungen nicht erfüllt oder zum Teil gestrichen wurden. Nicht aus pädagogischen, wohl aber aus budgetären Gründen. Der Rechnungsabschluß 1971 beweist eindeutig, daß nicht einmal die damals veranschlagte Summe von S 400.000,- ausgeschöpft wurde.

Die Post Geräteankauf wurde von S 280.000,- auf nur S 80.000,- reduziert. Wie wir hörten, entfiel der bislang vorgesehene Betrag von S 200.000 für Bücherankauf infolge der Schulbuchaktion. Nur muß ich fragen, warum diese Summe nicht zur Aufstockung der Lehrmittelpost verwendet wurde, warum man gerade am Bildungssektor sparen wollte? Im Zeitalter des modernen Unterrichtes, der modernen Lehrmittel und der Schlagworte "Wir bauen ein modernes Österreich", Europareife, "Bildung hat Vorrang" usw. wäre es notwendig, eine wesentliche Erhöhung der Ausgaben für Lehrmittel zu tätigen, nicht aber wie bei uns geschehen, eine Stagnierung bzw. Reduzierung vorzunehmen. In fast allen Schulen fehlen z. B. Fernsehapparate. Es sollte sich eigentlich schon herumgesprochen haben, daß der ORF seit Jahren Schulfernsehprogramme sendet, welche eine wertvolle Bereicherung des Unterrichtes sowie eine moderne Form der Wissensübermittlung bieten. Steyrs Schulkinder sind im "modernen Österreich" noch vom Empfang dieser Sendungen ausgeschlossen, weil das Geld zur Anschaffung von Empfangsgeräten seitens des Schulerhalters nicht vorhanden ist. Mit der weggefallenen Summe von S 200.000,- könnten ca. 30 Schwarzweiß-Geräte, wesentlich mehr als benötigt, gekauft werden. Oder: Es gibt heute bereits eine Vielzahl von approbierten Tonfilmen für den Unterrichtsgebrauch. Die Bezirksbildstelle besitzt einen Tonfilmprojektor, der von den Schulen ständig begehrt, jedoch meistens verliehen ist. Wenn das Gerät nach mehreren Wochen Wartens einer Schule endlich zur Verfügung

steht, kann der betreffende Film nicht mehr eingesetzt werden, weil er sich nicht mehr aktuell in den Unterricht einbauen läßt. Der Grundsatz der Anschaulichkeit ist dadurch nicht realisiert worden. Mein Vorschlag dazu: Ankauf von schuleigenen Tonfilmprojektoren vorerst zumindest für jeden der vier Schulkomplexe. Gesamtkosten dafür mit Einrechnung der Mehrwertsteuer ca. S 80.000,-. Damit wären mit einem Schlage 14 Schulen in die Lage versetzt, zeit- und unterrichtsgerecht diesen modernen Lehrbehelf auch verwenden zu können.

Schaffen wir doch die finanziellen und technischen Voraussetzungen für einen lebensnahen, anschaulichen und modernen Unterricht als Schulerhalter. Ihre Kinder, aber auch die Lehrer, werden es Ihnen danken!

Weniger Dank sagen werden Eltern, Lehrer und Kinder für die Gratis-Schulbuchaktion. Herr Stadtrat Fürst hat in der letzten GR-Sitzung diese Aktion, über die ich vorerst nicht sprechen wollte, von der SPÖ-Regierung ins Leben gerufen, in den höchsten Tönen gepriesen. Ich konzidiere ihm als Parteigänger der Regierung, daß er sich deren offizieller Sprechweise zu diesem Problem bediente und die üblichen Doktrinen - auch contra ÖVP - wiederholte. Ich konzidiere ihm aber nicht die Kenntnisse eines Schulmannes zu dieser Misere, da er nicht direkt damit konfrontiert ist. Die Tatsachen in Schlagworten schauen folgend aus:

1) Voraussichtliche Gesamtkosten ca. S 1 Milliarde

2) keine familiengerechte Lösung

3) noch immer sind nicht alle Bücher, zum Teil auch noch nicht die Gutscheine in den Händen der Schüler

ZWISCHENRUF STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Aber in Steyr wohl!

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Nein, stimmt nicht! Ich kann es Ihnen beweisen und bitte Sie, am Schulamt nachzufragen.

GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

Meiner Tochter fehlen noch welche!

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

4) Das SPÖ-Schlagwort "Gleiche Bildungschance für jeden" ist jetzt, 3 Monate nach Schulbeginn durch einen überstürzten Beschluß zur Farce geworden.

5) zusätzliche enorme Verwaltungs- und Schreibaarbeit der Lehrer auf Kosten der Unterrichtszeit

6) Erziehung zur Unwirtschaftlichkeit und Verschleuderung von Volkvermögen - Wegwerfbücher sind Wegwerfmillionen!

GEMEINDERAT HEINRICH SCHWARZ:

Was ist denn vorher mit dem Geld geschehen?

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Die ÖVP bejaht grundsätzlich die Gratisbücher für die Jugend. Ich habe ausdrücklich gesagt, wir bejahen grundsätzlich diese Gratisbücher.

GEMEINDERAT WALTER MOSER:

In der letzten Sitzung hast Du das gleiche gebracht. In der Steyr-Zeitung kannst Du das nachlesen! Du wiederholst Dich.

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Das ist nicht wahr, Du hast bis jetzt noch nicht ein einziges Mal Stellung genommen. Herr Vorsitzender, ist es gestattet, daß ich weiterspreche oder dürfte ich eventuell auf die Zwischenrufe eingehen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Freilich, Zwischenrufe sind allgemein üblich in den GR-Sitzungen zugelassen. Wenn die Turbulenz zu groß wird, werde ich mich schon melden.

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Ich wollte mich nur an Sie als versierten Fachmann der Geschäftsordnung wenden.

Gelächter!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke für diese Anerkennung.

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:
Bitte.

Die ÖVP bejaht grundsätzlich die Gratisbücher für die Jugend, lehnt aber die bisher angewandte Methode ab. Sie tritt für eine direkte Schulkostenbeihilfe für die Eltern der Schüler ein und glaubt eine gerechtere Form und erzieherische Wirkung gefunden zu haben, als es bis jetzt der Fall ist. Ich bin bewußt etwas von der Sache abgewichen, ...

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Sachlichkeit!

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

... aber nachdem auch dazumals der Herr Vorsitzende - es ist der gleiche wie heute - dem Herrn Stadtrat Fürst zu dieser Sache, die nicht direkt mit dem Problem im Zusammenhang stand, das Wort nicht entzogen hat, darf ich, glaube ich, auch das gleiche Recht für mich in Anspruch nehmen.

ZWISCHENRUF STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Es hält Dich niemand auf!

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Nun darf ich aber zurück zum Schulwesen kommen. Nicht einverstanden.

den kannichsein mit der veranschlagten Höhe der "Ersätze für den Personalaufwand an den Bund" in der HASCH, HAK und Freuenfachschnle.Deren Summe ergibt rund S 1 Mill., im Vergleich dazu der Rechnungsabschluß 1971 ca. S 145.000,-. Innerhalb von 2 Jahren kann unter Berücksichtigung aller Faktoren wie Klassenzahl-, Schülerzahl-, Lehrerzahl-, Gehaltserhöhungen usw. keine Versiebenfachung dieser Ausgabenpost erfolgt sein und der Ansatz aus mir nicht verständlichen Gründen daher als überhöht erscheinen muß.

Eine Post, die im umgekehrten Sinne erhöht gehört, ist die VP 291 "Studien- und Lernbeihilfen". Diese wurde auf Grund unserer Anregung im Jahre 1970 von dazumals S 300.000,- auf S 400.000,- erhöht und ist seither gleich hoch veranschlagt. Da jedoch der Rechnungsabschluß 1971 bereits einschlägige Ausgaben von S 583.760,- verzeichnet, ist bei der gleichgebliebenen Ansatzpost nicht mehr die reale Einschätzung gegeben. Ich ersuche daher, den Gegebenheiten Rechnung zu tragen und eine Aufstockung dieses Betrages in die Wege zu leiten, um der studierenden Jugend bestmögliche Ausbildungschancen, auch finanzieller Art, zu gewährleisten.

In diesem Zusammenhang richte ich auch an die Mehrheit des Hauses das dringende Ersuchen, die Subventionsquote für Schulschikurse noch im laufenden Schuljahr kräftig zu erhöhen. Seit Jahren wird pro Teilnehmer am Schikurs ein Betrag von S 20,- zugesprochen. Eine Summe, die - gemessen an der inflationären Entwicklung in letzter Zeit -es nicht mehr verdient, als "Subvention" bezeichnet zu werden. Es entspricht dies einem Tagssatz von S 3,33! Die Stadt Wels, welche uns gerne als Beispiel dient, gewährt pro Teilnehmer S 50,- als Zuschuß. Ich darf Sie also auffordern, es Ihren Welser Kollegen gleichzutun, und eine echte Sozialhilfe in der ange-

fährten Höhe zu gewähren.

Mit dem Schulwesen in engem Zusammenhang stehen auch die Kindergärten. Wir begrüßen es, daß im aoH für den Kindergarten Resthof S 500.000,- vorgesehen sind, daß weitere Mittel für den Ausbau von Kinderspielflächen, Ankauf von Spielgeräten, Planschbeckenerneuerung usw. eingeplant sind und hoffen nur, daß diese Projekte auch 1973 tatsächlich verwirklicht werden. Die meisten Posten waren bereits im Budget 1972 aufzufinden, wurden jedoch aus mir nicht bekannten Gründen zurückgestellt. Vielleicht gelingt es Ihnen, sich 1973 als echte "Kinderfreunde" zu beweisen!

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT JOHANN HEIGL:

Du bekommst einmal eine Beitrittserklärung für die Kinderfreunde!

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Nicht zufrieden kann ich mich auf dem Kindergarten Sektor mit dem Personalaufwand von rund S 6,2 Mill. sowie den Einnahmen aus den Kindergartenbeiträgen von S 1,5 Mill. geben. Es ist dies heute schon mehrmals in diesem Haus erklärt worden, daß hier unbedingt eine Regelung gefunden werden muß, noch dazu auf der bestehenden Gesetzeslage der 75 und nicht 25 %igen Refundierung, Herr Kollege Treml, seitens des Landes.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Dann habe ich mich halt verredet!

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Die Personalkosten unserer Stadt Steyr für die voll ausgebildeten Kindergärtnerinnen sind mir nicht bekannt. Ich kann sie aber ungefähr einer Schätzung unterziehen und werden diese ungefähr 4 - 4,5 Mill. sein, 75 % davon sind 3 - 3,5 Mill., welche als Rück-

vergütung durch das Land uns wieder zufließen.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Milchmädchenrechnung!

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Es würde sich dadurch eine ganz andere Relation zwischen Einnahmen und Ausgaben ergeben. Nachdem nun aber diese einfließenden Gelder des Landes die Ausgaben unserer Stadt für die Kindergärten wesentlich senken, müßte sich das auch gerechterweise in den Elternbeiträgen auswirken. Tatsache aber ist, daß die Einnahmen aus der Tasche der Eltern um S 100.000,- höher veranschlagt wurden als im Vorjahr.

Die ablehnende Stellungnahme der ÖVP-Fraktion zur Regelung der Kindergartentarife im Jahre 1970 ist bekannt. Wir haben dazumals einen zumutbaren Alternativvorschlag ausgearbeitet, der aber von der Mehrheit des Hauses strikte abgelehnt wurde. Ich darf vielleicht auch der Vollständigkeit halber daran erinnern, Herr Kollege Treml als Vertreter der Kommunisten hat sich jetzt bemüht, von seiner Warte aus das Problem Kindergarten, Regelung der Tarife, zu durchleuchten. Ich darf aber auch der Vollständigkeit halber feststellen, daß bei der damaligen GR-Sitzung, die auf Initiative der ÖVP-Mandatare einberufen wurde, der Vertreter der Kommunisten es verabsäumt hat, dabei zu sein und vielleicht mit unserem Antrag zu stimmen. Ich muß das loyalerweise feststellen, denn nachher sich mit fremden Federn schmücken, schaut nicht weiß ich wie gut aus.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT OTTO TREML:

Herr Gemeinderat, wieso können Sie sagen, daß der Kommunist absichtlich nicht bei der Sitzung war?

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT WALTER MOSER:

Weil er Demagoge ist!

Gelächter!

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Nein, Pädagoge bitte!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Darf ich bitten, nicht Rede und Gegenrede zu leisten, sondern den Referenten aussprechen zu lassen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich möchte nur feststellen, man kann eine Fraktion nicht beleidigen, wo der Herr Kollege genau weiß,

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Es gibt die Möglichkeit einer zweiten Wortmeldung zum gleichen Tagesordnungspunkt, Kollege Treml. Ich bin gerne bereit, Sie vorzumerken, wenn Sie das wünschen.

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Ich habe mit Absicht nichts darauf erwidert, weil ich weiß, daß der Vorsitzende sich einschaltet.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich könnte manches überhören und übersehen, das kann auch passieren!

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Auf Grund der geänderten Verhältnisse darf ich nun auf unseren Vorschlag zurückgreifen und fordere mit allem Nachdruck eine fühlbare Reduzierung der Elternbeiträge ab 1973 auf ein zumutbares Maß, das dem tatsächlichen Aufwand entspricht, vorzunehmen.

Der Herr Bürgermeister hat uns nun zum Problem Kindergartenregelung erklärt, daß aus diesen Beträgen, die durch das Land refundiert werden, wei-

tere Ausbauten auf dem Kindergarten-sektor gesetzt werden. An und für sich ist die Aktivität in dieser Richtung begrüßenswert. Nur eines ist mir dabei vollkommen unklar. Wenn man als etwas geschäftliche Überlegung an dieses Problem herangeht, muß ich mich nun fragen, was Sie alle miteinander sagen würden, wenn in der Jetztzeit irgend ein Unternehmer oder irgend ein Geschäftsmann auf Grund gewisser Gegebenheiten seine Einstandspreise stark reduziert erhält und diese reduzierten Preise nicht aber wieder an seinen Konsumenten weitergibt. Ich glaube, in dieser Frage gäbe es von Ihnen nur eine einhellige Antwort. Das muß geändert werden. In der genau gleichen Situation befinden wir uns heute. Wir haben eine höhere Einnahmenseite durch Zuschüsse des Landes auf dem Kindergarten-sektor zu verzeichnen. Wir sind aber nicht gewillt, sie direkt den Verbrauchern, den Eltern unserer Kinder, weiterzugeben.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Das unterstellst Du uns aber jetzt, Herr Kollege!

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:
Diese Rechnung geht noch nicht auf.

STADTRAT ALFRED BAUMANN:
Unverständlicher Zwischenruf!

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Darf ich dann vollständigkeitshalber festhalten, daß unsere Initiativen noch wesentlich familiengerechter gewesen wären, das haben die Sozialisten nicht unterstützt, das darf ich auch hervorheben. Ich glaube, wir wollen uns dadurch um Gottes willen nicht in Bezug auf Prioritäten von irgend welchen gesetzten Aktivitäten streiten, sondern das Faktum, daß den Kindergartenbeiträgen ein nam-

hafter Zuschuß seitens des Landes gewährt wird, ist nicht hinwegzuleugnen. Es liegt nur an uns, dem beschlußfähigen Gremium, darüber eine Entscheidung zu fällen, wie man gewillt ist, den geänderten Kosten Rechnung zu tragen und die Ermäßigungen unseren Eltern weiterzugeben.

Darf ich Ihre Aufmerksamkeit nun der Gruppe 3, Kulturwesen, zuwenden. Die Leistungen unserer Stadt auf diesem Gebiet sind sicherlich anerkennenswert und werden auch andernorts gewürdigt. Die Gesamtausgaben des oH auf dem Kultursektor betragen ca. S 6,3 Mill. oder 3,5 % des gesamten oH. Dieser Prozentsatz erscheint mir aber etwas zu niedrig, wenn man bedenkt, daß von diesen 6,3 Mill. allein S 2,65 Mill. die Personalausgaben verschlingen, das sind 42 % des Kulturbudgets. Wir ersuchen, bei der Erstellung künftiger Budgets der Gruppe Kultur eine etwas höhere Dotierung zukommen zu lassen. Bedenklich allerdings stimmt es, wenn man erkennen muß, daß verschiedene Veranschlagungen im Kulturwesen nicht verwirklicht wurden und zum Teil seit Jahren nur eine Papierpost darstellen. Im besonderen darf ich verweisen auf:

1. VP 321/91" Erneuerung der Not- und Panikbeleuchtung im Stadttheater" S 45.000,-. Diese Post scheint regelmäßig seit 1971 in den Voranschlägen auf, geschehen ist aber nichts. Entweder ist diese Ausgabe nicht nötig, dann wäre sie aus dem Präliminar herauszunehmen, oder aber sie ist, wie aus dem Titel schon ersichtlich, unbedingt vonnöten, dann kann man nur sagen: "Rasch an die Arbeit!"

2. Diese Aufforderung gilt aber auch für den Ausbau des Brucknerplatzes sowie für die Fassadenerneuerung des Bruderhauses. Ich hoffe, daß diese Arbeiten im Jahre 1973 endlich - nach vielen theoretischen Bestandteilen von Budgets - realisiert werden. Im übrigen darf ich dazu auf die Aus-

fürhungen zum Nachtragsvoranschlag 1972 verweisen.

Noch ungeklärt ist auch das Schicksal des Althausbesitzes bzw. -bestandes in unserer Stadt. Ich verweise im besonderen auf das alte Stadttheater - das derzeit als Depot für Toilettemuscheln dem Vernehmen nach dienen soll - sowie auf das Meditzhaus. Beide Bauten sind kulturgeschichtlich einzigartige Bauwerke, welche nicht dem Verfall preisgegeben werden dürfen. Ich ersuche mit allem Nachdruck, auch im Hinblick auf die 1000-Jahr-Feier unserer Stadt, alle Anstrengungen und Überlegungen zu tätigen, um wertvollstes Kulturgut der Nachwelt zu erhalten. Wir haben diesbezüglich eine moralische Verpflichtung als kulturbewußte Stadt zu erfüllen und müssen dieser, auch unter finanziellen Opfern, gerecht werden. Kulturbeflissenheit einer Stadt zeigt sich aber auch in anderen, mit menschlichen Problemen zusammenhängenden Belangen, den Bedürfnisanstalten. In dieser Frage müssen wir ein Schlagwort aus dem Jahre 1945, importiert aus dem Osten, anwenden, das da lautet: "Nix Kultura"! Seit 10 Jahren wird der Neubau bzw. die Ausgestaltung dieser Anstalten präliminiert und von uns allen gefordert. Geschehen aber ist bis heute nichts, mit Ausnahme der Bewilligung von rund S 32.000,- für die Bedürfnisanstalt Tabor. Es ist höchste Zeit, auch auf diesem Sektor für ein "Modernes Österreich" zu sorgen. Wie man bisher an der Lösung dieses Problems gearbeitet hat, beleuchtet die Post 7-715 des Sammelnachweises 1: Kanzlei- und allgemeine Amtserfordernisse für Bedürfnisanstalten S 300,-. Ebenso dient als Beweis die gleiche VP im Sammelnachweis 2 S 2.000,- für Reinigung veranschlagt, laut Rechnungsabschluß 1971 gar nur S 1.328,95.

Darüber noch weitere Worte zu verlieren, erübrigt sich, denn ich glaube, diese Zahlen sprechen genug. Ich

erhebe namens der ÖVP-Fraktion die Forderung, unsere Stadt auf dem Gebiet der Bedürfnisanstalten endlich auch - und das ehebaldigst - ansehenswert zu machen.

Sehr geehrte Damen und Herren der Mehrheitsfraktion! Das waren einige - wir wissen auch, daß es Ihnen nicht sehr angenehm ist - wenn auch größtenteils kritische Betrachtungen zum vorliegenden Budgetentwurf 1973 aus unserer Sicht. An Ihnen liegt es, auch unsere diesbezüglichen Vorschläge zu prüfen und zu realisieren. Wir hoffen, daß sich im Geiste ehrlicher Zusammenarbeit auch unsere Stadt im Jahre 1973 wieder ein Stück weiterentwickelt zum Wohle ihrer Bürger, die wir die Ehre, aber auch die Verpflichtung haben, sie hier zu vertreten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Darf ich zu dieser Stellungnahme des Herrn Gemeinderates Fritsch als zuständiger Referent einige Aufklärungen geben, die ja auf Grund der Geschäftsordnung, als deren Kenner Sie mich bezeichnen, gestattet sind. Als langjähriger politischer Leiter einer Lehrerorganisation und Lehrer hätten Sie sich eigentlich etwas besser mit dem Budget beschäftigen sollen, denn dann müßten Sie wissen, daß wir am Schulwesen unter der ÖVP-Alleinregierung und auch schon früher unter dem ÖVP-Minister für Unterricht nie es zuwege gebracht hätten und haben, mehr Lehrer in die Verbundlichung überzuführen als das jetzt der Fall ist. Erst die sozialistischen Unterrichtsminister waren bereit, mehr Positionen der Lehrer in die Verbundlichung zu übernehmen und ich kann mit Freude sagen, daß 8 Lehrerpositionen nunmehr auch für das kommende Jahr verbundlicht sind, das heißt, daß diese Personen, die auf diesen Positionen sind, vom Bund bezahlt werden.

Die von Ihnen beanstandete Ziffer von höheren Aufwendungen an Rückersätzen an den Bund kommen gerade aus dieser Sicht heraus, nämlich weil sie verbundlicht sind und der Bund die Gebühren zu bezahlen hat. Wir haben die Mehrdienstleistungen und Nebengebühren zu entrichten als Ersatz an den Bund. Aber ich habe das eigentlich als selbstverständlich angenommen, daß Sie als Lehrervertreter sehr versiert sind und ich würde Ihnen wünschen, daß Sie genau so gut in Lehrerfragen Bescheid wissen, wie Sie mich bezeichnen als Kenner der Geschäftsordnung.

Darf ich nun als Nächstem Herrn Gemeinderat Treml noch einmal das Wort geben!

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Ich bitte Sie, nach der Rednerliste vorzugehen, sonst kommen wir nicht weiter!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Es wurde kein Einspruch erhoben gegen diese Erklärung.

Ich gebe damit Herrn Kollegen Treml die Gelegenheit, zu den stattgefundenen Zwiesgesprächen Stellung zu nehmen, denn wir wollen hier nicht im Zwiesgespräch die Differenzen behandeln. Wir wollen eine geordnete Abwicklung der Tagesordnung herbeiführen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Meine Damen und Herren!

Ich möchte nur ganz kurz zu dieser Feststellung, die Gemeinderat Fritsch getroffen hat, Stellung nehmen, daß anlässlich der Beschlußfassung der Kindergartentariferhöhungen vor einem Jahr der Vertreter der Kommunisten aus dem Grund gefehlt hat, weil er nicht mit der ÖVP gestimmt hat. Ich möchte ersuchen, daß Gemeinderat Fritsch vielleicht bei der nächsten Gemeinderatsitzung hier den Beweis dafür erbringt.

Ich möchte im voraus gleich den Beweis geben, nämlich in der Form, daß die kommunistische Partei nicht nur gegen Tarif- und Gebührenerhöhungen stimmt, sondern auch dagegen kämpft - nicht erst seit vergangenem Jahr sondern seit Jahrzehnten. Er ist ein eifriger Nachleser von Protokollen. Ich würde ihm empfehlen, vielleicht das letzte Protokoll nachzulesen, wo mir Stadtrat Wippersberger hier bescheinigt hat in diesem Raum, daß er 17 Jahre im Gemeinderat tätig ist und er feststellen muß, daß der Kommunist 17 Jahre lang keiner Tarif- und Gebührenerhöhung zugestimmt hat. Aber im Gegenteil möchte ich hier feststellen, daß die ÖVP in den letzten 5 Jahren dieser Funktionsperiode mit Ausnahme der Erhöhung der Kindergartentarife - wenn ich mich nicht irre, das schränke ich ein, weil ich nicht so lange im Gemeinderat bin - immer mit der Mehrheit für die Tarif- und Gebührenerhöhungen und die meisten Belastungen gestimmt hat. Das möchte ich ausdrücklich feststellen. Zum Beweis dafür möchte ich empfehlen, daß die Neue Zeit bevor diese Gemeinderatssitzung anberaumt war oder bekannt war, daß diese Tariferhöhungen sind, schon eine konkrete Stellungnahme der Kommunisten bezogen hat, nämlich die Stellungnahme der kommunistischen Partei in Steyr, nachzulesen in über 6.000 Exemplaren des Steyrer Werksarbeiterorganes der gewerkschaftlichen Einheit sowie des "Vorwärts", dem Mitteilungsblatt der kommunistischen Partei der Bezirksleitung, die ebenfalls sehr vehement diese Tariferhöhung bekämpft. Das kann ich belegen und daher möchte ich Herrn Gemeinderat Fritsch, wenn er eine solche Behauptung in der Öffentlichkeit macht - ich kann für den Vorgänger von mir nicht konkret dieses oder jenes feststellen - ersuchen, daß er den Wahrheitsbeweis antritt bzw. dem Gemeinderat sagt, daß er sich ge-

irrt hat.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke.

Damit können wir wieder in einer beruhigten Atmosphäre unsere Tagesordnung fortsetzen. Als nächster Sprecher ist Herr Stadtrat Fürst vorgesehen, anschließend Herr Gemeinderat Gherbetz. Nach Gemeinderat Gherbetz ist Herr Stadtrat Wallner vorgemerkt.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Nach der politischen Show, die Kollege Fritsch als perfekter Showmaster für die ÖVP abgezogen hat, bin ich mir bewußt, daß ich vielleicht nicht solche Wirkungen erzielen werde wie er. Ich möchte mich auch nicht in Gebiete begeben, die der Kollege Fritsch anderen Kollegen des Gemeinderates abspricht, sie hätten dazu nicht die Fähigkeiten. Wir schenken auch seinen Ausführungen nicht den Glauben, den seine Schüler dem Lehrer normalerweise entgegenbringen. Wie hier die Stellung zur Glaubwürdigkeit politischer Ausführungen zu nehmen ist, das lassen Sie getrost den anderen Kollegen über. Klassifizierungen gehören in die Schule aber nicht in die Gemeindestube.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Sind auch nicht ausgesprochen worden!

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Ich möchte mir ein Kapitel vornehmen, über das ich Ihnen ganz kurz Rede und Antwort stehen möchte, und zwar das zitierte Kapitel Verbesserung des Lebens im Alter und eine gewisse Kritik an der Wirtschaftsführung des Lebens im Alter und eine gewisse Kri-

tik an der Wirtschaftsführung im Zentralaltersheim. Was die Kritik an dem ZAH bzw. an dem Abgang von S 9,6 Mill. im Jahr betrifft, so darf ich nur allein auf die Tatsache hinweisen, daß die Personalkosten vom Jahr 1971 bis 1973 um S 1,162.000,- gestiegen sind bei fast gleicher Bedienstetenzahl. Eine Post noch, die Lebensmittel, die auch nicht in der Menge mehr verwendet wurden, sind in der Höhe von S 271.000,- gestiegen und wenn ich gerade beim Kapitel Lebensmittel bin, so kann ich sagen, eine sparsame Wirtschaftsführung ist dort ganz bestimmt gewährleistet. Auch der Rechnungshof-einschaubericht hat nichts anderes erbracht. Aber die Sparsamkeit geht dort so weit, daß bereits viele Fleischhauer von Steyr zu den Preisen, zu denen das Altersheim einkauft, nicht mehr gewillt sind zu liefern.

ZWISCHENRUF:

Sie sind nicht in der Lage!

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Es sind noch andere Fleischhauer von Steyr in der Lage. Ich glaube, es ist nur eine Frage des geschäftlichen Willens und der Tüchtigkeit im Einkauf, das auch zuwege zu bringen.

Es ist hier angekommen, man möchte doch eine weitere Abteilung der Heimabteilung zur Pflegeabteilung machen. Ich darf nur darauf hinweisen, daß das technisch bei bestem Willen momentan nicht durchführbar wäre, man müßte zuerst die Zimmer leer bekommen. Zweitens müßte man in der Lage sein, das nötige Pflegepersonal herzuschaffen und da darf ich darauf hinweisen, daß uns, ob wir wollen oder nicht, aus der Heimabteilung laufend Pflegefälle zuwachsen, die wir nicht abschieben können. Eine Abhilfe in der Hinsicht, mehr Pflegebetten in Steyr zu haben, könnte vielleicht aus

dem Landesaltenplan auf uns zukommen. Der Landesaltenplan vom sozialistischen Landesrat Hartl in der Landesregierung initiiert aber noch nicht beschlossen, sieht alle diese Hilfen für das Alter vor, die heute angeklungen sind, das Leben eines alten Menschen lebenswerter zu machen. Das Essen auf Rädern, die Nachbarschaftshilfe, die Errichtung von Pflegebetten und so weiter. Es ist natürlich auch hier geplant ...

ZWISCHENRUF STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Abschaffung von Klassen!

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

... das kann ich offiziell sagen, wenn der Krankenhausausbau im Krankenhaus Steyr seinen Abschluß gefunden hat, so wird das Ihnen altbekannte Gebäude an der Vorderfront zu einem Langzeitkrankenhaus oder Pflegekrankenhaus. Die Fachleute sind sich über die genaue Bezeichnung dieser Einrichtung noch nicht ganz einig, aber das soll dort errichtet werden und so wird auch für das Gebiet von Steyr für pflegebedürftige Alte ein großer zusätzlicher Posten an Pflegebetten erstehen. Was das heute schon angeklungene Essen auf Rädern betrifft, so wird es vorerst gründlicher und genauer Erhebungen bedürfen, wie groß die Anzahl solcher Personen ist, die gewillt sind, an einer solchen Aktion teilzunehmen. Ich darf darauf hinweisen, daß sich im Handumdrehen so etwas in Steyr nicht verwirklichen läßt, denn die Kapazität des ZAH bzw. der Küche ist ziemlich am Rande angelangt. Außerdem sind die topografischen Schwierigkeiten in Steyr durch die Geländeunterschiede so, daß ein Tablettiersystem, welches bestimmt das billigste wäre, nicht zur Anwendung kommen kann. Wie Sie verstehen werden, würde in den Transportautos aus den Tablettis alles auslau-

fen, wenn man den Schnallenberg und die anderen Berge, die wir haben, hinunterfährt. Es müßte also das personalmäßig viel aufwendigere Schöpfsystem mit großen Wärmebehältern genommen werden. Das heißt aber, daß hier das dreifache Personal notwendig ist, was wieder die Kosten in unserem Fall enorm in die Höhe treiben würde.

Die sozialistische Fraktion, die Mehrheitsfraktion, der man immer logischerweise ankreidet, sie hätte dieses und jenes unterlassen, hat hier schon Vorsorge getroffen und Überlegungen angestellt. Wir wollen bestimmt hier keinen Vaterschaftsprozess anstrengen und wir werden auch die Mittel zur Verfügung stellen, die notwendig sind für die alten Menschen den Lebensabend zu verschönern. Da darf ich unter anderem auch die Post, die im Voranschlag drinnen ist, erwähnen, die das Leben der alten Menschen im Altersheim wieder schöner gestalten wird, indem wir eine Gemeinschaftskühlanlage nächstes Jahr zum Einbau bringen werden, wo jeder ein Kühlfach zur Verfügung hat. Es ist dies ein langgehegter Wunsch der Insassen. Das kostet aber auch viel Geld und wird auch im Abgang bei den Stromkosten nicht unerheblich zu Buch stehen. Soweit meine Aufklärungen. Ich möchte Herrn Dr. Gärber vielleicht nur noch eines sagen. Es ist zwar nicht in unserem Belieben, den Krankenanstaltenbeitrag festzusetzen, der wird uns vorgeschrieben, aber, Herr Kollege Dr. Gärber, Sie haben gesagt, das wäre für irgendwelche unsinnige neue Einrichtungen. Ich darf Sie nur aufklären, daß der Krankenanstaltenbeitrag nur vom laufenden Abgang, von der laufenden Gebahrung bezahlt wird. Die Investitionen stehen hier nicht zu Buche und trotzdem sind wir froh, wenn jede nur irgendwie geeignete Möglichkeit ergriffen wird, durch Investitionen am wissenschaftlichen Sektor das Anstal-

tenwesen in Steyr als Zentralpunkt Krankenhaus so zu gestalten, daß dort wirklich jeder das Neueste zur Verfügung hat.

Soweit meine Ausführungen zu den vorgebrachten Punkten.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke für diese Erklärung. Als Nächster spricht nun Herr Gemeinderat Gherbetz.

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ: Verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Unser Voranschlag 1973, den wir heute hier zur Beschlußfassung vor uns liegen haben, weist voraussichtliche Gesamteinnahmen von S 176 Mill. im oH und laufende Ausgaben von S 165 Mill. auf. Der aoH ist mit S 82 Mill. dotiert. Es ist dies der höchste Voranschlag, den wir je vor uns hatten.

Erfreulich ist der Anstieg der Gewerbesteuer um S 4 Mill. und jener der Lohnsummensteuer um S 5 Mill. Zubegrüßen ist ferner der Finanzausgleich, der uns im kommenden Jahr ins Haus stehen wird und sich zwischen 6 und 8 Mill. belaufen wird. Zu gleicher Zeit aber haben wir auch auf dem Personalkostensektor eine Steigerung von 9 Mill. an Mehrausgaben, das sind 42 % im Gesamthaushalt an Personalkosten. Ein Großteil des Budgets ist somit für kommunale Einrichtungen gebunden. Mit dem frei entscheidbaren Teil, der uns im Gemeinderat zur Verfügung steht, wird es gelten, Schwerpunkte zu bilden und zu setzen. Hier haben sich aber bereits laufende Bauvorhaben aufgezeigt und diese sind einer Vollendung zuzuführen. Es sind dies die Hundsgrabenumfahrung, die Seifentruhenumfahrung sowie die begonnenen Gemeindestraßen und Verkehrsflächen, die derzeit vorrangig sind. Nur so ist es möglich, wenn wir diese Vorhaben vorantreiben, daß wir

die Verkehrsmisere, die sich einmal in Steyr anbahnen wird, in Griff bekommen und sie in gelenkte Bahnen bringen. Die Hauptausgabenpost für 1973 sind eben die Straßen und Brücken, der Kanalbau, der Wohnungsbau und das Schulwesen. S 70 Mill. sind in diesem Haushalt nicht gedeckt und müssen auf Darlehensweg aufgebracht werden. Es wird daher äußerste Sparsamkeit notwendig sein und bei den neu zu beginnenden Projekten wird eine wohlgedachte Planung dieser Vorhaben notwendig sein. Wir erleben es laufend, daß der Gemeinderat mit unrichtigen Zahlen konfrontiert wird. Gewiß, die derzeitige Inflation und von einer solchen kann man bei 7,4 % Teuerung sprechen, macht dies äußerst schwierig. Überschreitungen in enormen Höhen, wie diese in Steyr gang und gäbe sind, soll man doch in Zukunft vermeiden.

Mein Fraktionskollege hat sich bereits mit der Stadtplanung, der Kanalisation und dem Altenplan beschäftigt. Gestatten Sie mir, daß ich jetzt auf etliche Detailpunkte eingehe und diese herausgreife.

Zu den in der letzten Zeit in verschiedenen Stadtteilen durchgeführten Informationsgesprächen wäre zuzusagen: Wir begrüßen es, wenn mit der Bevölkerung dieser Stadt ein enger Kontakt gehalten wird. Wir haben gesehen, die Bevölkerung dieser Stadtteile ist bereit, mit uns, der Gemeindevertretung, zusammenzuarbeiten. Nur hat jeder Haushalt das Recht, daß er von diesen Veranstaltungen auch informiert wird. Dies ist bei den derzeitigen Informationsgesprächen nicht geschehen.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT
ERICH SABLIK:

Stimmt nicht!

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Wir glauben auch, daß man die Gemeindevertreter im voraus von die-

sen Vorhaben unterrichten soll. Es waren wohl bei den bereits vorangegangenen 2 Veranstaltungen Gemeindevertreter anwesend, doch wurden diese Mandatare nicht eingeladen, sondern durch Außenstehende davon informiert, daß solche Gespräche stattgefunden haben. Erst dann kam man darauf, die Gemeinderäte zu solchen Veranstaltungen einzuladen bzw. zu informieren. Vortragende Mandatare der Mehrheitsfraktion mögen sich in Zukunft auf Sachlichkeit beziehen und Beweishäuerungen ihrer Fraktionskollegen dabei unterlassen, zumal man bei Kritik durch die Opposition mimosenhaft empfindlich ist.

Erfreulich ist das Interesse, das dieser Vorschlag, die Gespräche abzuhalten, bei der Bevölkerung erbracht hat. So wurde z. B. am Tabor sofort angeregt, man möge doch für einen zusätzlichen Kindergartenbau an die Steyr-Werke herantreten. Diesem Ansinnen wurde auch zugestimmt. Mein Vorschlag bei der Budgetdebatte vor 2 Jahren wurde von Herrn Vizebürgermeister Weiss, der auch Betriebsratsobmann in den Steyr-Werken ist, sehr barsch zurückgewiesen.

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Das stimmt aber nicht, ich habe mich nicht für zuständig erklärt.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Stimmt nicht, er war nicht barsch.

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Sie haben damals gesagt, Sie verstehen das nicht, das ist unsere Sache. Wollen Sie das vielleicht im Protokoll nachlesen, ich habe es vorher noch gelesen, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich möchte mich auf keine Zwiesgespräche einlassen. Das wäre genau das Gegenteil von dem, was ich vorher gesagt habe.

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Lassen Sie mich nun die Verkehrsprobleme dieser Stadt erörtern. Bis 1990 werden wir 10 - 15 % Verkehrssteigerung haben. Die derzeitige Lage, das wissen wir alle, ist äußerst bedenklich. Ob man mit der Anschaffung dieses Radargerätes Verkehrsprobleme wird lösen können, das bezweifle ich. Es wird lediglich für Mehreinnahmen dienen. Ich möchte aber hier die verantwortlichen Herren eines bitten, wenn wir schon der Polizei ein Gerät um S 285.000,- gegeben haben, so soll es auch mit Toleranz eingesetzt werden. Es ist nämlich nicht immer gesagt, daß zu langsames Autofahren Sicherheit bietet. Wenn heute ein Autofahrer nur auf seinen Tachometer sieht, daß er 50 kmh nicht überschreitet, ist es vielleicht schlechter, als er fährt 60 kmh und sieht auf die Fahrbahn. Ich wollte sagen, das Autofahren mit Hirn ist manchmal besser als nach dem Gesetz.

ZWISCHENRUF STADTRAT MANFRED WALLNER:

Das eine schließt das andere nicht aus.

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Ja, das eine schließt das andere nicht aus.

Nun lassen Sie mich zum Problem am Stadtplatz kommen. Wir alle kennen die Parkraumnot, die wir haben. Wir wissen auch, bedingt durch diese Parkflächen in Steyr staut sich der Verkehr. Bei dieser Verkehrsampel wird es zwar nicht mehr rentabel sein, daß sie noch einmal umgebaut wird, weil uns ja die Hundsgrabenumfahrung derzeit ins Haus stehen wird, aber vielleicht kann man von Seiten des Ver-

kehrsreferenten auf die Exekutive dahingehend wirken, daß zumindest die Leerphasen, die hier entstehen und die die Autofahrer dort abwarten müssen, durch Exekutivorgane ausgenützt werden. Man kann immer feststellen, am Stadtplatz gehen 3 - 4 Exekutivbeamte mit dem Zettel in der Hand und schreiben, ob zufällig ein Autofahrer um 5 Minuten zu lange geparkt hat. Das ist der ruhende Verkehr, der gefährdet weniger die Öffentlichkeit, sondern man hat dafür Sorge zu tragen, daß man den fließenden Verkehr in Griff bekommt. Es gibt bereits Sicherheitswachebeamte, die das von sich aus tun, aber vielleicht könnte der Herr Verkehrsreferent dahingehend wirken. Ich glaube, es wäre dies nicht mit zusätzlichen Mitteln verbunden und wir, die Autofahrer dieser Stadt spüren das, wenn wir warten und eine große Leerphase vom Pfarrberg herunter haben und warten müssen, bis der andere fahren darf.

Nun, es gibt noch Fahrprobleme in dieser Stadt, und zwar in der Punzerstraße in Münchenholz. Diese ist die Hauptdurchzugsstraße und sie ist beidseitig derart verparkt, daß es bereits lebensgefährlich wird. Wir wissen, durch diese Straße geht der Autobusverkehr, durch diese Straße läuft der Schwerverkehr. Wir haben auf dieser Straße Schulkinder usw. Man weiß wirklich nicht mehr, wie man hier durchkommen soll. Auch hier meine Bitte an den Verkehrsreferenten, dafür ehest Sorge zu tragen, daß dieses Problem einer Erledigung zugeführt werden kann.

Zu den Fußgängerübergängen am Tabor wurde heute schon sehr viel gesagt und ich möchte mich daher nicht sehr lange damit beschäftigen. Klar und eindeutig muß festgestellt werden, daß diese Übergänge an erster Stelle von alten Menschen und Schülern und Kindern im Kindergartenalter frequentiert werden. Ein Planungsfehler war es - und der muß eines Tages behoben

werden - daß man keine Unterführung für Fußgänger beim Ausbau vornahm und die Taborschule in entgegengesetzter Richtung der Wohnbauten errichtet hat und diese noch dazu in der Nähe der Hauptverkehrsstraße liegt. Das können wir nicht mehr ändern. Wir können nur insofern etwas ändern, als wir Unter- oder Überführungen bauen. Bedenklich stimmt uns heute wieder, daß man den gleichen Fehler beim Bau des neuen Bundesrealgymnasiums macht. Schülerausgänge sowie Zu- und Ausfahrten führen wieder direkt zur Durchgangsstraße, also die Straße, die auf die Schönauerbrücke führt. Es wirkt sich, glaube ich, hier noch gefährlicher aus, da ja hier ein Gefälle vorhanden ist und im Winter durch Vereisung zusätzliche Gefahren entstehen.

Eine unglückliche Planung wurde gleichfalls bei der Verkehrsinsel Schummeierstraße - Prinzstraße gesetzt. Es ist das das neue Schulzentrum in Münchenholz. Ich glaube, noch ist es Zeit, dieses Projekt ist noch nicht fertig, es einer Korrektur zu unterziehen. Es wird allgemein und von vielen Menschen belächelt. Daran, eine Flüssigkeit im Verkehr zu schaffen, scheinen die Verkehrsplaner nicht gedacht zu haben, das ist dort ein Fremdwort. Fest steht allerdings auch, man wird mit den zur Verfügung stehenden Mitteln immer nur Flickwerk machen können. Wenn hier eine Aufstockung vorgenommen werden könnte, so wäre das zweifellos von großer Wichtigkeit.

Für die Übergangszeit bis zur Fertigstellung dieser Umfahrungsprojekte würden Einbahnregelungen eine merkliche Erleichterung bringen. Dies besonders in den Wohngebieten mit den engen Straßen.

Nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich ein Wort zum sozialen Wohnbau sagen. Die Zahl der Wohnungssuchenden, die bei 2.000 liegt, kennen alle Herren, die im Wohnungsausschuß sind und es bedarf hier großer Anstren-

gungen, obwohl enorme Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden. Ich möchte hier aber auf einen besonders leidtragenden Bevölkerungsteil verweisen. Auf unsere körperbehinderten Mitmenschen. So wie wir Altenwohnungen in allen Stadtteilen schaffen, müßte es bei nur halbwegs gutem Vorsatz gelingen, zumindest einmal bei einem Bau der GWG für diesen Personenkreis ihren Gebrechen gemäß Wohnungen auszustatten. Es handelt sich doch hier um Menschen, die unserer Unterstützung bedürfen und die auf Grund ihres Leidens finanziell nicht in der Lage sind, teure Wohnungen zu erstehen. Ich glaube, bei gutem Willen aller Fraktionen in diesem Hause, wird sich auch hier ein Weg finden lassen. Es sollen natürlich Parterrewohnungen sein.

Nun lassen Sie mich auch ein Wort zum Briefkasten sagen, der im vorigen Jahr hier zur Debatte stand. Ich glaube, der Wunsch kam von der ÖVP und ich habe hier eine Zeitungsnotiz, die sagt: "Wünsch Dir was". Ab 1. 1. 1972 haben die Steyrer Gelegenheit, Wünsche, Beschwerden und Anregungen in einem Wunschbriefkasten im Rathaus zu deponieren. Man will sich um einen echten Kundendienst bemühen. Mit Namen und Adresse gezeichnete Schreiben werden beantwortet. Werden von dem Wunschbriefkastenbenützer Fragen oder Probleme aufgeworfen, die von allgemeinem Interesse sind, wird die Angelegenheit im Amtsblatt behandelt. Die Stadtväter wollen auch Kritik und Klagen, an denen es sicher nicht fehlen wird, sehr sorgfältig studieren. Ich frage nun die Stadtväter, wie sie hier beisammen sitzen, es ist ein Jahr vergangen. Haben Sie bereits einmal eine Nachricht bekommen von diesem Wunschbriefkasten? Das wird auch ein Teil sein, der einmal nachgeholt werden muß, denn glauben Sie uns, so interessenlos wird sicher keiner von uns sein und wenn wir schon die Bevölkerung darauf verwei-

sen, daß wir uns dann nicht darum kümmern.

Nun, meine Damen und Herren, hätte ich hier noch einige Fragen und einige Vorhaben, die ich noch kurz erörtern möchte. Es betrifft den Fremdenverkehr in dieser Stadt. Daß Steyr keine Fremdenverkehrsstadt in ihrem Sinne werden wird, liegt auf der Hand. Der Fremdenverkehr muß also bei uns in ein wirtschaftliches Gesamtkonzept seiner tatsächlichen volkswirtschaftlichen Bedeutung eingebaut werden. Der Stufenausbau in der Werbung muß auf Koordination der Planung, Gestaltung und Einsatz der Werbemittel beruhen. Förderungsmittel sollen zweckmäßig eingesetzt werden. Mit S 380.000,- wird man auch hier nicht sehr weit kommen. Interessenten für den Hotelneubau zu finden, wird eine vordringliche Aufgabe sein, will man den Fremdenverkehr in Steyr ernstnehmen.

Die sanitären Anlagen, über die hier gleichfalls schon sehr viel gesprochen wurde, gleichen eher mittelalterlichen Verhältnissen als jenen einer Fremdenverkehrsstadt und sie sind endlich in Ordnung zu bringen. Mit Ansatzposten im Budget allein ist es nicht abgetan.

Wenn nun ein Fremder in dieser Stadt ist, wo wird er hingeführt werden? Auf den Tabor, meine Damen und Herren. Hier hat er das herrliche Panorama, hier hat er die alte Eisenstadt unter sich und wenn er Glück hat und er hat den richtigen Tag erwischt, dann kommt hier die schöne schwarze Wolke vom Krematorium heraus, die senkt sich so wunderbar über diese Stadt. Da ist so ein eigenartiger Geruch dabei. Ob es fremdenverkehrsfördernd ist, bezweifle ich. Mir ist vollkommen klar, diesen Friedhof werden wir nicht wegbekommen. Die Veraschungshalle können wir nicht mehr weggeben, aber man wird sich Gedanken machen müssen über die Einäscherung, zumal es heute schon ein großer Bevölkerungs-

teil vorzieht, diese Bestattungsart zu wählen. Es ist dies ein Projekt, das natürlich gut durchdacht werden muß, aber ich glaube, es wird auch einmal auf uns zukommen.

Nun einige Worte zum Umweltschutz, es wurde auch sehr viel darüber gesprochen. Die wachsende Güterproduktion, verbunden mit der Verpackungsindustrie und das Streben nach höherem Lebensstandard treiben die Umweltbelastung auf Grenzwerte und somit zur Umweltvergiftung. Hier ist eine Erfassung nach dem Prioritätensystem notwendig. Reine Luft, hier werden wir große Beachtung der Industrie schenken müssen, dem Hausbrand und damit die Umstellung auf Erdgas, die Zentralheizungsanlagen, aber auch die Autoabgase werden nicht außer acht gelassen werden dürfen.

Wir haben gehört, die Pfadfinder haben sich bemüht, so und soviel Müll wieder zu sammeln und um künftig diesen Müll nicht in die Natur zu tragen, glaube ich, ist die Aktion, den sperrigen Müll abzutransportieren, weiter fortzusetzen. Es wurde hier von der Bevölkerung dankenswerterweise anerkannt, daß die Gemeinde sich dieser Mühe unterzogen hat. Gerade jetzt, meine Damen und Herren, wo wieder Weihnachten ist. Nach den Feiertagen wohin mit den Christbäumen? Es gibt viele Leute, die nur mehr eine Zentralheizung haben. Alle werden sie diese Christbäume, auch wenn sie sie zusammenhacken, nicht in die Mülltonnen hineinbekommen.

ZWISCHENRUFSTADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Die Sache ist schon erledigt, ich antworte dann darauf.

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Noch etwas, wenn man schon Fremdenverkehrsstadt ist, ist die Straßenbesprengung. Es gehört zur reinen Luft. Wir haben wohl einen

Sprengwagen, aber im Einsatz ist er nicht mehr. Es wurde mir einmal von der Magistratsdirektion gesagt, das kostet zuviel. Es ist möglich, ich möchte da nur antworten, er kostet vielleicht S 800.000,- oder eine Million im Jahr, aber ist uns die reine Luft das nicht wert?

Das weitere, was wir brauchen, ist gesundes Wasser. Hier ist Steyr in der glücklichen Lage, dank dieser Vorsorge, dieses zu besitzen. Es wird aber wichtig sein, die Abwasserbeseitigung derart zu forcieren, sie in Kanäle zu bringen und über Kläranlagen unsere Flüsse reinzuhalten, damit das Schmutzwasser nicht mehr in die Enns kommt.

Zum Schluß zum Schutz der Natur, meine Damen und Herren. Hier dürfen wir unsere Grünanlagen nicht sinnlos opfern oder vernachlässigen. Manche Stadt würde uns um unsere Bäume und Parks noch beneiden. Sind wir nicht leichtfertig mit diesem kostbaren Naturgut und schützen wir es. Wo es unbedingt nötig ist, wo es etwa einem Bau oder einer Umfahrungsstraße zum Opfer fällt, pflanzen wir sie wieder. Es sind die grünen Lungen unserer Stadt. Aus dieser Zielbewertung, meine Damen und Herren, ergibt sich zwangsläufig die Stoßrichtung des Umweltschutzes.

Nun lassen Sie mich zum Abschluß ein Wort zur körperlichen Erhaltung sagen. S 1,6 Mill. werden für Sportplatzgestaltung und Planung ausgeworfen. Dieser Betrag wird von uns begrüßt und ich sage es alle Jahre wieder, besser unsere Jugend ist auf den Sportplätzen als sie ist in zweifelhaften Lokalen oder bedient sich den aus dem Westen kommenden modernen Lastern. Verweisen möchte ich noch darauf, daß es auch Vereine gibt, die eigene Sportplätze haben und gleichfalls für den Ausbau ein Anrecht auf Unterstützung durch die Gemeinde haben. Das Argument, meine Damen und Her-

ren, der Mehrheitsfraktion, es handelt sich bei diesen Sportplätzen um gemeindeeigene, ist richtig, aber wenn man diese Plätze Vereinen kostenlos überläßt, die der Mehrheit nahe stehen, so haben auch die anderen Vereine ein Recht auf Unterstützung beim Ausbau ihrer Plätze. Sport soll gefördert werden, und zwar durch Leistung und nicht durch Parteizugehörigkeit. Wenn wir schon Sportplätze fördern und dazu positiv stehen, dann müssen wir nicht unbedingt die Sportbuffets subventionieren. Die sollen zumindest kostendeckend sein. Ich habe mir die Ansatzposten aus diesem Budget herausgenommen und festgestellt, daß für das Sportbuffet in Münchenholz der jährliche Pacht S 18.000,- beträgt, somit ein Monatspacht von S 1.500,-. Dem steht gegenüber die Anschaffung einer Kaffeemaschine von S 32.000,-. Bei Rückgabe der alten und dem Behördenrabatt, den die Gemeinde bekommt, verbleiben immer noch S 19.000,-, die von der Gemeinde zu bezahlen sind. S 18.000,- wird Pacht bezahlt. Beim Sporthalm Bewegung ist es noch etwas ärger. Hier ist ein Bewirtschaftungskostenbeitrag von S 300,-, das gibt im Monat S 25,-. Bei einem ist der Konzessionswerber Obmann des ATSV, beim anderen Obmann der Bewegung, der gleichzeitig Konzessionswerber und Geschäftsführer ist.

Meine Damen und Herren, hier wird auch etwas Gefälligkeitspolitik betrieben. Ich stelle dem gegenüber, das Buffet am Tabor in der Sporthalle muß jährlich S 60.000,- oder S 5.000,- per Monat bezahlen.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Das ist auch den ganzen Tag offen, das ist ja ein Wirtshaus.

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Eines der Probleme, die auch heute hier angezogen wurden, ist der

Brucknerplatz. Wir sind Fremdenverkehrsstadt. Ich mache das schon seit Jahren. Vorher hat man gesagt, wir müssen das im Einvernehmen mit dem Kriegerdenkmal machen. Nun hat man den Gedanken des Kriegerdenkmals bereits fallen gelassen, denn es ist ja keiner mehr von jenen Organisatoren hier, der sich bemühen würde. Man hat früher Fahrten gemacht, man hat Besichtigungen gemacht und das ist alles eingeschlafen.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Er rauft noch fest dafür.

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Meine Damen und Herren, wir kennen auch die Beweggründe, die als Erschwernis gelten. Es ist das sogenannte Mannerhäuschen, das dort steht. Ich glaube, man müßte dafür etwas finden, daß man dieses Häuschen von der Kirche und vom Kriegerdenkmal wegbringt. Ansonsten setzen Sie zumindest diese S 200.000,- nicht ein, provozieren Sie nicht. Jahrelang haben Sie nur S 100.000,- hingesetzt, heuer stehen S 200.000,- hier. Ich glaube nicht, daß sich am Brucknerplatz viel ändern wird. Ich lasse mich freudig überraschen.

Eines, was ich noch urgieren möchte, ist eine brauchbare Vergabeordnung, die die Stadt Steyr noch immer nicht hat.

Schließlich zum Abschluß noch die Beleuchtung. Es wird bei uns immer entschieden heller. Aber hier möchte ich wieder an den zuständigen Referenten den Hinweis geben, den Rennbahnweg einmal zu beachten und am Weg, der zu diesen Wohnanlagen führt, die dort vorhanden sind, ist die Beleuchtung derart trist und ich glaube, mit einigen Lampen wäre hier schon viel gemacht. Obwohl die Bevölkerung durch Monate hindurch darum bittet, wird nie etwas getan.

Meine Damen und Herren, wir haben bei verschiedenen Vorhaben, die hier aufgezeigt wurden, in dem Budget 1973 Kritik geübt und manche Stellen werden unsere Zustimmung nicht finden. Dieser Voranschlag zeigt uns aber, daß man die großen Vorhaben und Probleme unserer Stadt ehest zu verwirklichen gedenkt. Daher gibt die freiheitliche Fraktion dem Voranschlag 1973 die Zustimmung.

Unser Dank gilt den Beamten dieses Hauses, verbunden mit den besten Festtagswünschen und nicht zuletzt an Sie alle, meine Damen und Herren. Ihnen wünschen wir ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches 1973.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke auch dem Kollegen Gherbetz für seine Fraktionserklärung namens der freiheitlichen Fraktion und gebe als Nächstem Herrn Stadtrat Wallner das Wort.

GEMEINDERAT JOHANN HEIGL:

Bitte, zur Geschäftsordnung habe ich mich gemeldet.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Das wurde nicht gesagt.

GEMEINDERAT JOHANN HEIGL:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Demokratie ist Diskussion und es ist verständlich, daß sich jeder Gemeinderat zu Wort meldet. Aber die Fraktionen haben dem Haushaltsvoranschlag bereits ihre Zustimmung gegeben und es ist nicht opportun, wenn nun alle Gemeinderäte neue Forderungen stellen, die einen neuen Haushaltsvoranschlag ergeben müßten. Daher erlaube ich mir, auf Grund der Geschäftsordnung § 3 den Antrag zu stellen, die Redezeit der Gemeinderäte auf 5 Minuten zu beschränken.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Aber doch nicht bei der Budgetdebatte!

Allgemeine Unruhe!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich bitte um Ruhe! Es wurde ein Antrag zur Geschäftsordnung gestellt, den ich als Vorsitzender zur Kenntnis zu nehmen habe. Ich muß den Antrag einer ordnungsgemäßen Behandlung zuführen. Wenn Sie wünschen, daß vor Behandlung des Antrages eine kurze Unterbrechung der Sitzung erfolgt, bitte ich Sie, das zu sagen, sonst lasse ich den Antrag hier zur Abstimmung bringen.

Kein Antrag auf Unterbrechung?

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Unterbrechen bitte!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Zur Kenntnis genommen. Ich unterbreche die Sitzung für etwa 10 Minuten. Um 20 Minuten nach 5 setzen wir die Sitzung fort.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Beginn der Pause: 17.10 Uhr

Ende der Pause: 17.20 Uhr

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, wir setzen die Sitzung fort und ich darf hier feststellen, daß diese Lüftungspause sichtlich von jedem Einzelnen anerkannt und gut empfunden wurde.

Zum Letzten, zur Unterbrechungsursache, zu dem Vorschlag des Kollegen Heigl, möchte ich sagen, es hat sich in der Pause herausgestellt, daß sein Wunsch dahingeht und er wird sicherlich die Unterstützung aller Mit-

glieder des Gemeinderates besitzen, daß die Diskussionen kürzer gefaßt werden, weil ja schon von allen Fraktionen zu dem Gesamtbudget die Stellungnahmen abgegeben wurden. Wenn sich in den Diskussionen nunmehr weitere Beiträge erheben, bitte ich Sie, das in einem Rahmen zu halten, der entsprechend dem Diskussionsbeitrag ablaufen soll, wobei die Meldungen vermutlich nur zu bestimmten Punkten und nicht mehr zum gesamten Budget, zum Gesamtrahmen, erfolgen sollen.

Diese Erklärungen sind ja, wie bekannt, schon von den Fraktionssprechern abgegeben worden. Ich glaube, das liegt auch im Sinne des Kollegen Heigl, sodaß ich den Antrag, den er gestellt hat oder den Vorschlag, den er gemacht hat, nicht ordnungsgemäß und antragsgemäß behandeln muß. Wir können die Sitzung daher fortsetzen. Ich darf als Nächstem Stadtrat Wallner das Wort erteilen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich danke für diese Atempause, die uns gewährt wurde. Ich werde mir sicher soviel Selbstdisziplin auferlegen, um die Redezeit, die vorgeschlagen wurde, nicht unbedingt zu verlängern.

Zunächst ein Wort zu der persönlichen Fraktionserklärung des Kollegen Kinzelhofer. So ganz reinen Gewissens, meine sehr verehrten Damen und Herren der Mehrheitsfraktion, dürften Sie nicht sein, denn wenn Sie die Rede des Kollegen Stadtrat Kinzelhofer aufmerksam verfolgt haben, wird Ihnen sicherlich aufgefallen sein, daß er sich als erster heutiger Debat-tenredner und Fraktionssprecher bereits zu einem Zeitpunkt verteidigt hat, wo seine Fraktion überhaupt noch mit keinem einzigen Wort angegriffen worden ist.

MEHRFACHE ZWISCHENRUF:
Wir kennen Euch ja!

Gelächter!

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Das ist nur eine kurze Vorbe-merkung zu meinen Ausführungen.

Bitte, unterbrechen Sie mich nicht, ich habe mir Selbstdisziplin auferlegt.

Nun, meine sehr geehrten Da-men und Herren, ich möchte nur ver-suchen, in kurzer, sachlicher und ich glaube auch in prägnanter Form jene Probleme, welche sowohl Sie alle als auch mich als Baureferenten der Stadt Steyr im besonderen Maß berühren, aufzuzeigen und sie entsprechend ihrer Priorität zu behandeln. Wenn Sie sich die Mühe machen und in den Proto-kollen der Budgetsitzungen der ver-gangenen 4 Jahre nachlesen, so wer-den Sie feststellen, daß ich immer von der teilweise anzutreffenden Planlosig-keit im Bezug auf unsere heute schon oft erwähnte Stadtplanung gesprochen und diese Zustände äußerst kritisch be-urteilt habe. Es fehlt nach wie vor an einer koordinierten und konzeptiven Vorgangsweise. Wäre es sonst mög-lich, daß wir im Bauausschuß, dem vorzusitzen ich die Ehre habe, laufend Anträge von Bauwilligen um Erteilung von Ausnahmegenehmigungen wegen Fehlens eines Teilbebauungsplanes zu behandeln haben. Der Bauausschuß ist dann jedesmal in der unangenehmen Situation, vor der Entscheidung zu ste-hen, stimmen wir oder stimmt er der Ausnahmegenehmigung zu. Damit schaffen wir unter Umständen für eine spätere Planung Zwangspunkte. Stim-men wir nicht zu, verhindern wir den geplanten Neubau etwa eines Einfami-lienhauses. Der Bauwerber wird es si-cherlich nie verstehen können, wie es mit der Planung einer Stadt in der Größenordnung von Steyr so im argen liegen kann. Die Antwort ist nicht so

einfach, wie man sie auch hin und wieder im Rathaus hört. Schuld ist das Stadtbauamt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, schon in meinem Budgetbeitrag anlässlich der Beratung des Gemeinderates am 18. 12. 1968 habe ich dargelegt, welche personelle Unterbesetzung speziell im Hochbaureferat, dem ja die Planung obliegt, besteht. Damals, also vor 4 Jahren und auch heute, stehen für die Stadtplanung sage und schreibe 1 Referent, es ist dies Ing. Grassnigg und eine Zeichnerin, also 2 Fachkräfte zur Verfügung. Zum Vergleich sei erwähnt, daß für die Stadtplanung in Wels 5 qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen. So gehtes selbstverständlich nicht weiter.

Wir müssen uns in Anbetracht der Situation dazu bereiterklären, Planungsaufträge mehr als bisher fremd zu vergeben. Ich habe das schon im Vorjahr erwähnt und darf das also ganz kurz machen. Dieselbe Forderung habe ich schon im Vorjahr gestellt. Sicherlich erfordert diese Art höhere finanzielle Mittel, als sie im hier vorliegenden Voranschlag mit S 300.000,- vorgesehen sind. Aber eine personelle Aufstockung des Hochbaureferates würde, vorausgesetzt man würde die entsprechenden Fachkräfte überhaupt bekommen, schließlich auch etwas kosten. Vielleicht finden wir ein Arrangement, so kann ich es mir vorstellen, mit jungen Wissenschaftlern und heimischen Architekten. Jedenfalls ist es, glaube ich, höchst an der Zeit, hier diesen Problemen absolute Priorität einzuräumen. Abgesehen davon wurde heute auch schon kurz angezogen, daß das OÖ. Raumordnungsgesetz und die darin enthaltenen Verpflichtungen mehr Aktivität als bisher auf dem Gebiet der Flächenwidmung uns abverlangt.

Nun einige kurze Bemerkungen zu aktuellen Baumaßnahmen. In erster Linie muß der heute auch schon angeführte schleppende Baufortschritt beim

Kanalbau aufgezeigt und kritisiert werden. Darf ich bitte nur einen Blick in das statistische Jahrbuch werfen, aus welchem hervorgeht, daß die Kanalisation, Stand Jahresende 1970, Straßenkanäle selbstverständlich, Stand 1970, 50.196 m und im Jahre 1971 50.405 m beträgt. Wenn Sie bitte nachrechnen, sind das genau 209 m in einem Jahr. Als Vergleich bitte von 1969 auf 1970 waren es 199 m, also noch weniger. Bitte mir aber - ich könnte mir das vorstellen, daß sie käme - nicht gleich die Antwort zu geben, dies sei Schuld der Baufirmen. Sicherlich sind diese Firmen letzten Endes verantwortlich für die eingetretene Verzögerung. In erster Linie muß aber schon vor Auftragsvergabe festgestellt werden können, ob diese oder jene Firma mit der in Fachkreisen sicherlich bekannten Leistungsfähigkeit und des Maschinenparks in den ARGES Kanalbauten in dieser Größenordnung durchzuführen.

Ein weiteres, äußerst aktuelles Kapitel, Schaffung von Parkflächen im innerstädtischen Bereich. Ihnen allen, sehr geehrte Damen und Herren ist die derzeitige triste Verkehrssituation in Steyr bestens bekannt. Es ist sicherlich keine neue Erkenntnis, wenn ich behaupte für den ruhenden Verkehr in den letzten 2 Jahren ist in dankenswerterweise einiges gemacht worden, aber noch viel zu wenig. Ich darf den verehrten Herrn Bürgermeister und auch meinen Stadtratskollegen, Verkehrsreferenten Stadtrat Wippersberger bitten, jede Möglichkeit zur Schaffung von Parkflächen speziell im innerstädtischen Bereich zu prüfen und auch zu verwirklichen. Denken Sie bei der Planung der Verbauung der Schraderrealität an die Möglichkeit, dort nicht nur ein Tiefgeschoß, wie es glaube ich vorgesehen ist, für Parkzwecke auszubauen, sondern ein zweites Geschoß, also eine sogenannte Tiefgarage einzuplanen. Nachdem die Kosten des er-

sten Tiefgeschosses mit - ich glaube es wurde berichtet - von 200 auf 170 Stellplätze, zum Großteil vom neuen Forum-Kaufhaus getragen werden, würden die Kosten des zweiten Tiefgeschosses, man spricht hier ca. von S 14 Mill., von der Stadt zu tragen sein. Insgesamt stünden dann allein auf den bzw. unter den Schraderrealitäten ca. 340 Stellflächen zur Verfügung. Bei einer tragbaren Monatsmiete würde sich das zweite Tiefgeschoß in ca. 20 - 25 Jahren, allerdings ohne Verzinsung, amortisieren.

Ich darf auch noch eine andere durchaus realisierbare Möglichkeit der Schaffung von Parkflächen - ich habe mir in einem anderen Zusammenhang schon erlaubt das anzuführen und mache es auch diesmal - aufzeigen. Der Ennskai entweder von Zwischenbrücken bis zur Neutorbrücke oder aber aus Kostenersparungsgründen vom Kreisgericht bis zum Neutor wird aufgeschüttet und eine Kaimauer errichtet. Damit schaffe ich eine reguläre Fahrbahnbreite und bekomme sogar noch eine zusätzliche Abstellspur. Dem eventuellen Einwand von Flußbautechnikern, daß damit das Flußbett der Enns eingeengt werden würde, kann sicherlich damit begegnet werden, daß man vom Neutor beginnend in die Straße ein groß dimensioniertes Kanalrohr - man kann ruhig Kanalrohre verlegen mit einem Querschnitt von 2 m - verlegt, welches beim Neutor gegen die Enns offen ist und damit das Überwasser der Enns aufnehmen und weiterleiten und in letzter Folge wieder abführen kann z. B. in Zwischenbrücken.

Da ich gerade beim Ennskai bin, ein kurzer Hinweis. Es nehmen immer mehr die Stimmen, welche für die Beibehaltung eines Fußgängerüberganges anstelle der alten Neutorbrücke eintreten, zu. Man sollte daher doch noch vor Fertigstellung der neuen Ennsbrücke und vor allem vor der Entschei-

dung über den Abbruch der alten Brücke diese Frage einer Prüfung unterziehen. Nachdem die Verhandlungen zwischen der Stadtgemeinde und der Internationalen Schlafwagengesellschaft, dank der Unterlagenbeschaffung durch die Handelskammerdienststelle in Steyr im Bezug auf einen Hotelneubau auf den Felbinger-Wurz-Gründen nun in ein, glaube ich sagen zu dürfen, ernst zu nehmendes Stadium getreten sind, könnte ich mir einen direkten Zugang vom Neutor zu den hoffentlich im Zusammenhang mit dem Neubau realisierbaren Kongreßzentrum durchaus vorstellen.

Noch eine Bitte im Bezug auf die Budgetpost Förderung der gewerblichen Wirtschaft in Gruppe 7 des aoH. Hier wurden in dankenswerterweise S 250.000,- präliminiert, jedoch auch heuer wieder verabsäumt, Richtlinien zu erstellen, nach welchen Gesichtspunkten diese Mittel vergeben werden sollen. Ohne Richtlinien - bitte mir nicht böse zusein, wenn ich das sage - könnte doch sicher leicht der Eindruck entstehen, daß hier Mittel unter Umständen willkürlich vergeben würden.

Nun noch ein Wort zum Zivilschutz, Herr Kollege Treml. Als Baureferent bin ich auch stellvertretender Stadtleiter des OÖ. Zivilschutzverbandes.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich nehme Zivilschutzkamerad zurück, ich habe das in der Zeitung gelesen!

STADTRAT MANFRED WALLNER:
Danke vielmals.

Ich habe mir das sofort aufgeschrieben und wollte dazu sagen, ich bin sogar noch leitender Zivilschutzkamerad. Als solcher freue ich mich über die Aufnahme einer Post Zivilschutz im Budget, welche mit S 500.000 im aoH in der Gruppe 1 dotiert wurde.

Dieser Betrag ist als Rate für den Einbau von Schutzräumen im Bauvorhaben Resthof gedacht. S 500.000,- sind sicher zu wenig für die künftigen Erfordernisse des Zivilschutzes. Hier gilt es nicht nur in allen Neubauten der Gemeinde bzw. GWG als auch z. B. in den alten Wohnungen Schutzräume vorzusehen, sondern auch die bestehenden Schutzräume aus der Kriegszeit stammend, für den Ernstfall vorzubereiten. Dabei denke ich nicht in erster Linie an kriegerische Auseinandersetzungen, sondern selbstverständlich gilt das auch für Katastrophenfälle.

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen. Ich möchte nicht verabsäumen, auch in diesem Jahr denjenigen zu danken, die die Erstellung des zur Beschlußfassung vorliegenden Budgets ermöglicht haben. Es sind dies die vielen tausend Steuerzahler, meine Damen und Herren, dieser Stadt, die vielen Wirtschaftstreibenden, die vielen Arbeiter und Angestellten. Wir als Gemeinderat haben ja die Pflicht und Schuldigkeit gegenüber diesen Steuerzahlern, die uns zu treuen Händen überlassenen finanziellen Mittel zu verwalten, sie sinnvoll einzusetzen und dann der Öffentlichkeit Rede und Antwort zu stehen. Für ein öffentliches Budget, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, gilt das Wort: Im Mittelpunkt des Budgets hat der Mensch zu stehen, der Mensch, der auch die Lasten dieses Budgets zu tragen hat und nicht der Staat, nicht das Land und nicht die Gemeinde.

Ich danke Ihnen vielmals.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Wallner für die Straffung seines Beitrages. Er hat damit, glaube ich, für die anderen Diskussionsteilnehmer schon eine Redezeit vorgelegt.

Ich darf als Nächstem Herrn Gemeinderat Dr. Stellnberger das Wort

erteilen.

GEMEINDERAT DR. ALOIS STELLNBERGER:

Herr Bürgermeister, sehr verehrte Anwesende!

Ich kann Kollegen Treml gut verstehen, wenn er sich über die rasche Verschuldung der Stadtgemeinde erschreckt zeigt. Weniger verstehen kann ich ihn genau wie seinen Vorgänger, daß er der ÖVP bei diversen unpopulären Maßnahmen auch dann die Schuld in die Schuhe schiebt, wenn sie in Gebietskörperschaften nicht mit Mehrheit vertreten ist. Er hat allerdings diesen Fehler teilweise wiederum gut gemacht, indem er die Gemeinde St. Ulrich als Musterbeispiel für soziale Einrichtungen hervorgehoben hat, obwohl sie von einer ÖVP-Mehrheit beherrscht wird.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Das ist bestimmt eine Objektivität, die in manchen Fraktionen vermißt wird.

GEMEINDERAT DR. ALOIS STELLNBERGER:

Ich darf zum Budget selbst mich der Meinung zweier Vorredner anschließen, daß trotz der geplanten Darlehensaufnahme von ca. S 70 Mill. für das Jahr 1973 die Stadtgemeinde finanziell durchaus noch in der Lage ist, neue Darlehensaufnahmen zu verkraften. Dies nicht nur wegen der Ausgaben und Einnahmenentwicklung, sondern auch wegen ihres günstigen Platzes derzeit bei den verschuldeten Gemeinden. Ich möchte allerdings der Verschuldung damit nicht das Wort reden, sondern dies nur deshalb zum Ausdruck bringen, um zu ersuchen, bei Entscheidungen, wo es darum geht, ob eine vordringliche Maßnahme sofort durchgeführt werden soll oder ob sie auf später verschoben werden soll, diesen Aspekt zu berücksichtigen. Ich

glaube, daß auch die Wünsche meiner Vorredner in diesem Sinne verstanden werden sollen. Ich selbst möchte in diesem Zusammenhang einige Bemerkungen zum Kapitel Verkehr machen. Ich will nicht mehr darauf hinweisen, wie notwendig ein Fußgängerübergang am Tabor bei der Posthofstraße ist, denn ich glaube, daß dort wirklich etwas gemacht werden soll. Die Frage ist nur, ob das möglichst rasch oder etwas später erst ausgeführt wird. Für den Fall - ich befürchte, daß es doch nicht sofort in Angriff genommen wird - möchte ich eine Zwischenlösung vorschlagen. Es wird sicher durch die Einsetzung der Radargeräte eine gewisse Verbesserung eintreten, wenngleich ich nicht der Meinung bin, daß das Radargerät als Geldquelle benützt werden soll, sondern die Wirkung ist die, daß sie die Kraftfahrer abschreckt, höhere Geschwindigkeiten zu verwenden. Das macht sie aber in erster Linie nur dann, wenn auch Warntafeln aufgestellt werden. Es sind viele auswärtige Fahrer und die wissen gar nicht, daß dort Radarkontrollen sind, daher glaube ich, daß die Tafeln beinahe wichtiger sind als das Radargerät selbst. Es ist auch ein Entgegenkommen gegenüber den Fahrzeuglenkern.

Beim Übergang Tabor bitte ich zu untersuchen, ob nicht eventuell eine kleinere Verkehrsinsel eingeplant werden könnte, denn man macht die Feststellung und das habe ich auch bei Befragungen der Polizei erfahren, daß dort, wo die Leute in selbst gewählten Gängen über die Straße gehen, kaum ein Unfall passiert, weil jeder links und rechts schaut, ob ein Fahrzeug kommt. Wenn er über den Schutzstreifen geht, fühlt er sich geborgen und sicher und glaubt, der Fahrzeuglenker wird ihn nicht niederfahren. Gerade dort passieren die Unfälle. Wenn z. B. am Tabor eine Schutzinsel wäre, dann braucht man nur in einer Richtung den Verkehr beobachten und

könnte dort warten, um dann wiederum die zweite Hälfte zu überblicken. Ich glaube, es läßt sich auf der rechten Seite, wenn man stadtauswärts fährt, eine kleine Insel in der Nähe des Fußgängerüberganges ohne weiteres einschieben.

Beim Übergang Posthofstraße, der noch viel gefährlicher ist als der Taborübergang, das bestätigen auch die Unfälle, die dort auch in schwerer Form vorgekommen sind, müßte eine andere Regelung gefunden werden. Der Schutzstreifen ist derzeit praktisch wirkungslos. Die Warnlampe wird zwar von den Kraftfahrern gesehen, aber man sagt, eine gewisse Vorsicht ist geboten. Der Schutzstreifen kann infolge seiner Lage auf der Kuppe erst auf den letzten 5 - 6 Metern gesehen werden und bei Nacht ist überhaupt eine Blendwirkung, sodaß die Fußgänger dort besonders gefährdet sind.

Ich glaube, daß eine größere Abhilfe geschaffen würde, wenn man dort eine Verkehrsampel anbringen könnte mit verschiedenen Phasenlängen. Natürlich müßte auf der Bundesstraße die Phase wesentlich länger sein wie über den Übergang, damit würden auch die Kraftfahrzeuglenker, die aus dem Tabor herauskommen, einen Vorteil haben, denn die kommen zu Stoßzeiten beinahe nicht mehr heraus. Eine solche Lösung ist gefunden worden bei Ebelsberg. Dort war es genau so, daß die Ausfahrer aus St. Florian in die Straße einbiegen konnten. Jetzt ist eine Ampel dort, das funktioniert wunderbar. Vielleicht könnte man auch das dort untersuchen.

Zur neuen Kreuzung Plenkelberg wollte ich etwas sagen. Ich glaube aber, das ist überflüssig, weil ich in der Zwischenzeit gehört habe, daß bereits in Auftrag gegeben wurde, die Kreuzung zu verampeln, sodaß eine zufriedenstellende Lösung gefunden wurde. Weniger für eine Verampelung hat sich unsere Fraktion - das möchte ich nur

kurz bei dieser Gelegenheit erwähnen - ausgesprochen beim neuen Verkehrsknoten auf der rechten Brückenseite beim Neutor. Wir haben bei der vorletzten Informationssitzung deponiert, daß wir aus verschiedenen Gründen lieber einen Kreisverkehr hätten. Ich glaube, man müßte demnächst einmal im Gemeinderat einen Beschluß herbeiführen, wie die Regelung dort erfolgen soll. Ich möchte zu bedenken geben, daß es richtig ist, daß Fachexperten sagen ein Kreisverkehr ist besser für verkehrsarme Zeiten und ein kanalisierter ist besser bei Stoßzeiten. Es ist aber interessant, daß auch bei den Stadtteilgesprächen sich die Leute für den Kreisverkehr ausgesprochen haben. Auch die Interessensvertretungen für Kraftfahrer sprechen sich für einen Kreisverkehr aus. Wahrscheinlich auf Grund der Erfahrungen, daß der Kreisverkehr bei der Rederinsel gut funktioniert. Ich glaube auch, daß das Argument, daß die Unfälle gleich stark sind am Taborknoten und beim Kreisverkehr unter der Rederinsel nicht gegen den Kreisverkehr spricht. Es ist nachgewiesen, daß die Unfälle im Kreisverkehr wesentlich leichter sind, praktisch nur Auffahrunfälle, zum Unterschied vom Knoten, wo sie frontal zusammenfahren. Das zweite Argument, daß vielleicht in 10 - 15 Jahren das Verkehrsaufkommen so groß sein wird, daß ein Kreisverkehr den Verkehr nicht bewältigen kann, wird wahrscheinlich dadurch entkräftet werden, daß in Zukunft auch die Südumfahrung aktuell wird und dort eine gewisse Verkehrsentslastung eintritt. Es könnte sich ungefähr treffen, sodaß der Kreisverkehr nach wie vor funktionsfähig bleiben könnte.

Ich wollte noch ein kurzes Wort sagen zu den Verkehrslinien. Ich glaube, daß es nunmehr an der Zeit wäre, daß die städtische Verkehrslinie auch auf den Resthof hinuntergeführt wird, nachdem dort die Häuser besiedelt

werden.

ZWISCHENRUF STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Wenn die Straße fertig ist.

GEMEINDERAT DR. ALOIS STELLNBERGER:

Vielleicht könnte man bei der Gelegenheit die Linie weiterführen nach Gleink, wenn es zeitmäßig ausgeht.

Genau so wichtig wäre es, wenn man die Verkehrslinie über die Neuschönau führen könnte. Ich sehe ein, das geht nicht auf Grund der Straßenverhältnisse, aber auf jeden Fall sollte man dort eine Haltestelle einplanen zwischen Märzenkeller und Bittermann, denn jetzt müssen die Bewohner der Neuschönau auf den Stadtplatz gehen oder in die Schwarzmayerstraße. Ich glaube, es müßte sich doch an einer Stelle ein Platz finden lassen, nötigenfalls durch eine kleine Ausbaggerung, wo der Autobus stehen könnte.

Ich wollte zu der Ansatzpost 664 noch etwas sagen, und zwar ist dort die Straßenerhaltung für das Jahr 1973 mit S 1,8 Mill. festgelegt. Im Jahr 1972 haben die Ausgaben bereits S 2,8 Mill. betragen. Ich möchte kein Lamento über die Straßenerhaltung erheben, nur glaube ich, daß das jedenfalls ein Posten wäre, wo man in keiner Weise sparen soll und eben großzügig die Straßenherstellung durchführen soll. Selbst dann, wenn manchmal das Stadtbild etwas in Nachteil geraten würde, wie z. B. in der Schlüsselhofgasse. Dort ist zwar ein schönes Stöckelpflaster, nur ist das schon so wellenartig, daß man beinahe mit dem Auto hinausfliegt. Ich glaube, man müßte dort einen Asphaltbelag darauflegen, genau so wie in einigen Straßen in Richtung Stein.

Zum zweiten Punkt möchte ich noch zu bedenken geben, daß im Vorjahr ein sehr leichter Winter war und trotzdem S 2,8 Mill. ausgegeben wurden. Ich glaube, daß bei strengem Win-

ter die Straßenschäden noch viel höher werden und daher selbst wenn die Post jetzt drinnen bleibt, müßte man ohne Rücksicht auf die Post die Straßenerhaltung forcieren, wo es nur geht.
Danke.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke für diesen Diskussionsbeitrag. Als Nächster hat sich bei mir vorgemerkt Gemeinderat Ing. Holzinger, dann Stadtrat Wippersberger. Damit ist bis jetzt die Rednerliste geschlossen.

GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

Geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte noch zur Gruppe 6 des aoH, genauer zur Post 62 und 63 Wohnungs- und Siedlungswesen einige Betrachtungen anstellen. In Anbetracht der noch immer fast 2.000 Wohnungssuchenden in Steyr freut es mich, daß auch heuer wieder, wie in den vergangenen Jahren, der Fixbetrag von S 10 Mill. als Darlehen für den gemeinnützigen Wohnungsbau vorgesehen ist. Der Darlehensbetrag von S 10 Mill. ist im Jahr 1973 wegen der Inflationstendenzen und besonders einer überdurchschnittlich starken Teuerung am Bau-sektor zwar entsprechend weniger wert als in den vergangenen Jahren. So bedeutet dieser Wohnbauförderungsbetrag von S 10 Mill. erstmals weniger als 4 % vom Gesamtbudget von S 258 Mill. im Jahre 1973. Da aber in den vergangenen Jahren nur ein Bruchteil der jährlich veranschlagten S 10 Mill. tatsächlich als Wohnbaudarlehen vergeben wurde, wäre bei voller Ausschöpfung des vorgesehenen Förderungsbetrages noch ein genügend großer Impuls für den Wohnungsbau zu erwarten. Allerdings sollte es nicht mehr vorkommen, daß begründete Darlehensansuchen, wie im Jahre 1972 bei einem An-

suchen der Styria geschehen, nicht bewilligt werden und andererseits nur die Hälfte des veranschlagten Betrages ausgeschöpft wird.

Mit dem veranschlagten Wohnbaudarlehen und der Ausschöpfung des vollen Betrages von S 10 Mill. möge die Überwindung einer gewissen Durststrecke der Jahre 1971 und 1972 auf dem Wohnbausektor in Steyr gelingen. Das wäre mein Wunsch. Ich bin überzeugt, daß man die Wohnbaudarlehen in Zukunft viel wirkungsvoller als bisher einsetzen könnte, wenn man die Empfehlungen des letzten Rechnungshofeinschauberichtes von der GWG der Stadt Steyr in Zukunft befolgt. In Tz 45 - 48 des genannten Einschauberichtes wird festgestellt: "Abgesehen von 3 Eigentumswohnungen, die bei der GWG errichtet wurden, sind die Wohneinheiten in Bestand gegeben. Der Rechnungshof hat bei seinen Prüfungen die Wahrnehmung gemacht, daß sich die gemeinnützige Wohn- und Siedlungsgesellschaften im steigenden Maß auch mit der Errichtung von Bauten im Wohnungseigentum befassen. Da die Wohnungseigentümer die Grundstückskosten und einen Anteil an den Baukosten bar erlegen müssen, würden hierdurch die finanziellen Möglichkeiten des Unternehmens erweitert. Der Rechnungshof empfiehlt, bei der GWG diese Möglichkeit der Finanzierung von Wohnungsbauten ebenfalls in Betracht zu ziehen.

Ich meine, daß die wörtliche Zitierung des Rechnungshofes zu Ende ist.

Gelächter!

Mit GR-Beschluß der Stadt Steyr vom 19. 2. 1952 wurde die GWG gegründet. Als Gegenstand und Zweck des Unternehmens wurde der Bau und die Betreuung von Kleinwohnungen im eigenen Namen sowie die Schaffung von solchen Wohnungen im Sinne des Woh-

nungseigentums festgelegt. Von der GWG wurden bisher etwa 3.000 Wohnungen gebaut und hievon nur 3 Eigentumswohnungen, also 1 ‰ der Wohnungen. Es wurde also von der GWG der Stadt Steyr der genannte GR-Beschluß nicht sinngemäß durchgeführt.

ZWISCHENRUF STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Rufzeichen!

GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

Dies ist für mich bei der Begrenztheit der vorhandenen Wohnbauförderungsmittel und einem echten vorhandenen Bedarf an Eigentumswohnungen vollkommen verständlich und darüberhinaus bedeutet es die Mißachtung eines gültigen GR-Beschlusses. Es ist mir vollkommen klar, daß nur der besser verdienende Teil der Wohnungssuchenden die Mittel für eine Eigentumswohnung aufbringen kann. Aber diesem Teil soll man die Möglichkeit der Erwerbung von Wohnungseigentum bieten, um einerseits die finanziellen Möglichkeiten der GWG zu erweitern und andererseits die Eigentumswohnungswerber nicht zur Abwanderung in andere Gemeinden zu veranlassen. In unserem verhältnismäßig kleinen Gemeindegebiet von knapp 27 km² ist auch ein Ausweichen auf den Bau eines Einfamilienwohnhauses wegen der zu wenig aufgeschlossenen Siedlungsgründe nur schwer bzw., wenn überhaupt, nur zu stark überhöhten Grundstückspreisen möglich. Dies fördert die Tendenz der Eigentumswohnungs- und Siedlungswerber, in die Nachbargemeinden abzuwandern. Es sollen daher nach Möglichkeit große geeignete Siedlungsgebiete durch die Stadtgemeinde erworben und aufgeschlossen werden sowie anschließend an die Siedler zum Gestehungs- oder wenigstens zu einem vertretbaren Preis abverkauft werden.

In diesem Zusammenhang ist auch an die Erneuerung von abgewohnten Stadtvierteln zu denken. Ich meine hierbei besonders die Wehrgrabengend. Nachdem die Ablöseverhandlungen des Wehrgrabenkanales im wesentlichen beendet sind und die GWG bereits vor 10 Jahren 9 alte im Jahre 1890 erbaute und abbruchreife einstöckige Häuser vom Betriebsratsfonds der Steyr-Werke erworben hat, müßte dringend die Neuplanung dieses Gebietes forciert werden.

Abschließend möchte ich mich noch kurz dem Heizungsproblem der Wohnungen der Stadt und besonders der GWG zuwenden. Wie uns bekannt ist, plant man in Steyr aus Rentabilitätsgründen die Umstellung von Stadtgas auf Erdgas. Da der Einstandspreis des Erdgases umso billiger wird, je größer die Bezugsmenge ist und es auch bei der Verbrennung von Erdgas sich um eine rückstandsfreie und umweltfreundliche Verbrennungsart handelt, müßte die Stadtverwaltung im Jahr des Umweltschutzes interessiert sein, soviel als möglich Kohleöfen durch Einzelgasöfen zu ersetzen. Da ein Kubikmeter Erdgas ungefähr die doppelte Kalorienmenge wie ein Kubikmeter Stadtgas besitzt und der Abgabepreis annähernd gleich sein könnte, würde es sich auch um eine sehr rentable Heizung handeln. Aus diesem Grund ist auch die Umstellung der Fernheizwerke auf Erdgas vorgesehen. Die GWG hat etwa 2.000 gasversorgte Wohnungen für Kochzwecke. Fast alle diese gasversorgten Wohnungen sind noch nicht an die Fernheizung angeschlossen, weil es sich um die sogenannten Altneubauwohnungen handelt, welche mit Kohleöfen ausgestattet sind. Ich möchte daher vorschlagen, im Zuge der Umstellung von Stadt- auf Erdgas alle nicht zentralbeheizten gasversorgten Wohnungen der GWG nur auf jeweiligen Wunsch der Mieter mit Gasöfen für Gaseinzelheizung zu versehen.

Idealer wäre noch der Anschluß an das Fernheiznetz, aber dies dürfte nachträglich zu aufwendig sein. Wenn die GWG der Stadt Steyr hier mit gutem Beispiel vorangeht, kann die Stadtgemeinde auch anderen gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften in Steyr die freiwillige Heizungsumstellung im Bezug auf Umweltschutz und Rentabilität empfehlen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ausgesprochen? Als Nächster spricht nun Stadtrat Wippersberger.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Erlauben Sie mir als Verkehrsreferent und Referent des Städtischen Wirtschaftshofes ganz kurz auf die Äußerungen der Vorredner einzugehen.

Herr Kollege Petermair, Du hast sehr allgemein gesprochen und dabei unter anderem kritisiert, daß Hauptverkehrsstraßen durch unsere Siedlungsgebiete gehen. Ich vermute Du meinst die Märzenkellertrasse, die auch beim Stadtteilgespräch Ennsleite kritisiert wurde. Ich darf aber sagen, daß diese Trasse jedenfalls eine wesentliche Verbesserung gegenüber der alten Lösung ist. Es war ursprünglich vom Ministerium geplant, diese Südumfahrung Steyrs über den Arbeiterberg, Arbeiterstraße, zu führen und das wäre mitten durch ein Siedlungsgebiet gewesen. Ich glaube, daß diese Lösung Märzenkeller doch eine bessere Lösung ist.

Was Fußgängerzonen anbelangt, Du weißt selbst, wenn die Hundsgrabenumfahrung fertig ist, wollen wir versuchen, in Steyr, und zwar in der Enge und am Pfarrberg, Fußgängerzonen zu errichten.

Herr Dr. Gärber, Du hast wegen der raschen Fertigstellung der Hundsgrabenumfahrung gesprochen. Dem ist nichts hinzuzufügen. Wir sind der

gleichen Meinung, das soll forciert werden.

Herr Kollege Treml, Dir muß ich sagen, Du bist selbst Mitglied des Verkehrsausschusses, wegen Schutzweg Annaberg - Sierninger Straße und einer Geschwindigkeitsbeschränkung. Es ist sogar ein Kompromißvorschlag von Dir gewesen, diese 30 kmh Geschwindigkeitsbeschränkung dort aufzustellen. Es war nicht das Geld, das uns daran gehindert hat, einen diesbezüglichen Beschluß zu fassen, das weißt Du selbst. Es ist nur recht unschön, wenn auf einem Straßenstück von etwa 50 m 8 zusätzliche Tafeln angebracht werden müssen. Noch dazu wenn man die Zusage hat, daß in aller nächster Zeit die Sierninger Straße und besonders dieser Kreuzungsbereich umgebaut wird.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

In 1 1/2 Jahren.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Was das Radargerät anbelangt, auch da stimmt es nicht. Wir kaufen dieses Radargerät nicht deswegen, damit wir zusätzliche Einnahmen bekommen, sondern wir kaufen es lediglich zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse. Diese Rowdies, die zum Teil mit 70 und 80 kmh durch unsere Straßen sausen ...

ZWISCHENRUF STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Wenn Du einmal zahlst, dann sage ich auch Rowdy zu Dir!

Gelächter!

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Diese Rowdies sollen bestraft werden. Ich glaube auch nicht, daß die Polizei ein paar Kilometer Überschreitung, also wenn man statt 50

55 kmh fährt, sofort bestraft, aber wenn wirklich echte größere Übertretungen sind, dann muß die Polizei einschreiten. Sicher wird das auch der Gemeinde Einnahmen bringen. Der Sinn und Zweck ist lediglich eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in unserer Stadt.

Was den Ennsner Knoten anbelangt, Kollege Tremml, das ist mit einer Herzensangelegenheit von mir, Fußgängerübergänge oder -unterführungen zu schaffen. Es sind bereits Planungen diesbezüglich, glaube ich, im Bauamt im Gange. Kollege Fritsch, es war eine absolute Unwahrheit, die Sie gesagt haben, daß ich beim Stadtteilgespräch am Tabor erklärt hätte, daß ich gegen Fußgängerübergänge bin, weil das zuviel Geld kostet, das habe ich absolut nicht gesagt.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Der zuständige Referent, das habe ich gemeint.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich habe geglaubt, Verkehrsreferent bin ich.

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Der zuständige Referent bei der Sitzung war Ing. Grassnigg.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Das ist doch kein Referent.

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Er hat dort referiert oder nicht?

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Der Referent dieses Gespräches war er.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Das war also ein Mißverständnis.

Ich darf sagen, ich bin sehr dafür, daß man die Verkehrsverhältnisse bessert und den Fußgeher dort schützt, und daß man auf diesem Gebiet bessere Verkehrsverhältnisse schafft.

Herr Kollege Gherbetz, was ich am Tabor gesagt habe, war keine Beweihräucherung, das muß ich sagen. Es war eine nackte Feststellung, das war keine Beweihräucherung.

Radargerät habe ich schon erwähnt. Parkraum am Stadtplatz und Leerphasen. Ich werde mit der Polizei, Herrn Oberpolizeirat Dr. Koerner diesbezüglich sprechen, ob es möglich sein wird, weiß ich nicht.

Zur Punzerstraße darf gesagt werden, wir wollten heuer bereits die rechte Seite der Punzerstraße bis zum ehemaligen Hotel verparken lassen, also einen Parkraum schaffen. Wir sind aber noch nicht dazu gekommen. Wir werden sicher im kommenden Frühjahr diese Sache in Angriff nehmen. Wir wollen in der ganzen Punzerstraße bis zum ehemaligen Hotel Schrägparkplätze schaffen.

Über Fußgängerüber- und -unterführungen Tabor ist schon gesprochen worden.

Realgymnasium, ich glaube, das ist ein Irrtum. Es ist daran gedacht, daß unter der Zieglergassenbrücke, unter die Werndlstraße, eine Fußgängerunterführung gebaut werden soll. Es ist echt daran gedacht und sie ist in der Planung schon vergeben. Verkehrsinsel Schumeierstraße - Prinzstraße. Dieser Knoten ist noch nicht ausgebaut. Du weißt selbst, wir haben im Budget Summen für das kommende Jahr vorgesehen. Hoffen wir, daß wir dort auch wirklich eine entsprechend gute Lösung finden.

Einbahnregelungen, selbstverständlich. Wir haben im letzten Jahr schon verschiedene Einbahnregelungen geschaffen. Ich denke auf der Ennsleite an die Wokralstraße usw. Wir

konnten dadurch die Verkehrsverhältnisse verbessern.

Zur Müllabfuhr. Man hat die Abfuhr des sperrigen Mülls begrüßt. Ich darf kurz sagen, wir haben heuer diese Aktion nicht ganz abschließen können. Wir haben die Aktion ungefähr zu 90 % beendet. Die bisherigen Kosten belaufen sich auf rund S 210.000,-. Wir werden im kommenden Frühjahr diese Aktion fortsetzen und beenden. Es sind noch einige Siedlungsgebiete, wie die Waldrandsiedlung, ich glaube auch Fischhub, Christkindl und Schlüsselhof noch zumachen. Das wird im kommenden Frühjahr durchgeführt werden.

Deine Anfrage wegen der Christbäume darf ich auch gleich beantworten. Wir haben bereits einen entsprechenden Beschluß gefaßt und es ist ein Schreiben an die Magistratsdirektion ergangen. Im nächsten Amtsblatt wird ein diesbezüglicher Artikel sein. Wir wollen die Christbäume ab dem 6. Jänner holen. Zu normalen Zeiten, wenn die Mülltonnen abgeholt werden, können auch die Christbäume deponiert werden.

Zum Spritzwagen. Ich weiß, er wird nur sehr sporadisch eingesetzt. Die Autofahrer haben zum Teil sehr stark kritisiert, sie haben die Autos so schön gewaschen und die werden dadurch wieder angespritzt. Man muß auch die Kritik von dieser Seite sehen. Es ist wirklich wahr, man spritzt die Straße im Sommer und eine halbe Stunde später ist sie wieder genau so trocken wie vorher. Wir wollen den Spritzwagen mehr für die Straßenwäsche als zum Straßenspritzen einsetzen. Ich glaube, es ist zweckmäßiger.

Verbesserung der Straßenbeleuchtung am Rennbahnweg. Wir werden in allernächster Zeit das Beleuchtungsprogramm 1973 neu erstellen. Wir werden diesen Punkt in das Beleuchtungsprogramm aufnehmen.

Kollege Wallner, Du hast es begrüßt, daß wir in den letzten 2 Jahren

sehr aktiv waren, was die Schaffung neuer Parkplätze anbelangt. Ich danke Dir für Deine Ausführungen und darf sagen, wir haben in den letzten 2 Jahren mehr als 400 Parkplätze in Steyr neu geschaffen. Wir werden selbstverständlich im kommenden Jahr uns verstärkt darum bemühen.

Herr Dr. Stellnberger, der Fußgängerübergang Tabor ist ja bereits erwähnt worden.

Radargerät und Warntafeln: Selbstverständlich haben wir vor, daß wir in den Stadteinfahrten von Steyr entsprechende Warntafeln anbringen. Das ist so geplant.

Zur Errichtung einer Verkehrsinsel bei der Ennser Kreuzung. Soviel mir bekannt ist, soll die Ennser Kreuzung umgebaut werden. Wie die Endlösung aussieht, weiß ich selbst noch nicht. Bei der Kreuzung Blümelhuberstraße - Posthofstraße durch eine Verampelung eine Verbesserung zu erzielen, das ist zu überlegen, also eine richtige Ampel mit rot - grün - gelb-Phase.

Was den Kreisverkehr am rechten Brückenkopf der Schönauerbrücke anbelangt, wir haben darüber bereits im Gemeinderat wiederholt debattiert und Fachleute behaupten, daß dort ein Kreisverkehr absolut nicht möglich sei, die Verkehrsinsel dort ist viel zu klein und deswegen ist ein Kreisverkehr unmöglich.

Zu den Asphaltierungswünschen darf ich sagen, wir sind jetzt bereits dabei, das Asphaltierungsprogramm für 1973 zu erstellen und wir werden nach bestem Wissen und Gewissen diese Arbeiten durchführen.

Ich glaube, ich habe die Anfragen im großen und ganzen alle beantwortet.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ausgesprochen? Ich danke Kollegen Wippersberger, der zu allen An-

fragen Stellung genommen hat. Wir sind damit am Ende unserer heutigen Rednerliste angelangt. Ich frage noch einmal, wünscht jemand zu sprechen?

Herr Kollege Treml, Sie haben schon zweimal gesprochen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Das ist nur ein Zwischenruf.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich habe mit dem Herrn Bürgermeister schon darüber gesprochen. Es geht um die Abstimmung und um den Antrag, ich hätte mich dann zur Geschäftsordnung noch einmal melden können.

Es liegt uns ein Zusatzantrag vom Stadtsenat vor, die Gebühren und Tarife werden in der Höhe festgesetzt, daß bei Einbeziehung der Umsatzsteuer 1972 die bisherigen Endbeträge keine Änderung erfahren. Das ist meiner Meinung nach etwas unklar. Es müßte auf jeden Fall heißen, die Einbeziehung der Umsatzsteuer durch das Umsatzsteuergesetz 1972 die bisherigen Endbeträge keine Änderung erfahren.

Das Zweite ist, daß hier der Zeitraum gar nicht angeführt ist. Wenn Sie das jetzt beschließen, so weiß man nicht, gilt das einen Monat oder gilt das 10 Jahre. Ich bin für 10 Jahre einverstanden. Das weiß man nicht nach diesem Antrag. Außerdem haben wir im Vorjahr am 16. 12. anlässlich der Budgetdebatte die Gebührenerhöhung beim Zentralaltersheim automatisiert. Automatisch trotz dieses Beschlusses würde das bedeuten, daß auch die Altersheimgebühren trotzdem erhöht werden. Meiner Meinung nach werden sie trotzdem erhöht, trotz dieses Beschlusses oder wird das dadurch jetzt auch ausgesetzt, daß diese Altersheimgebühren nicht erhöht werden. Ansonsten ist es kein Gebührenstop. Nur eine Berücksichtigung der Belastung durch die Mehrwertsteuer.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, es ist das die dritte Wortmeldung, aber ich fasse das nicht als Diskussionsbeitrag auf sondern als eine Anfrage an den Bürgermeister zu dem bewußten Punkt. Ansonsten ist die Rednerliste abgeschlossen. Ich glaube, der Herr Bürgermeister wird in seinem Schlußwort zu allen Punkten, soweit es ihm möglich ist, Stellung nehmen. Soweit ich von ihm weiß, wird er sich auch hier allgemein fassen, denn es ist nicht möglich, jeden einzelnen Punkt zu behandeln.

Darf ich bitten!

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Ich werde den Appell, der an die Diskussionsredner gerichtet war, auch für mich in Anspruch nehmen.

Vielleicht ganz kurz zuerst, weil es hier am leichtesten ist, die Aufklärung zu geben. Sicher, der Wortlaut Gebühren und Tarife werden in der Höhe festgesetzt, daß bei Einbeziehung der Umsatzsteuer 1972 - Umsatzsteuer 1972 heißt in Klammer Mehrwertsteuer - die bisherigen Endbeträge keine Änderung erfahren. Hier sind natürlich nur Tarife und Gebühren, die durch den Zuschlag seitens der Umsatzsteuer, Mehrwertsteuer - bleiben wir bei dem Begriff Mehrwertsteuer, er ist volkstümlicher - eine Erhöhung erfahren hätten. Das trifft nicht bei den Gebühren des Altersheimes zu, die eines Beschlusses mächtig sind, der aus der Dynamisierung heraus entstanden ist. Die zweite Frage, selbstverständlich bezieht sich dieser Beschluß, wie alle heutigen Beschlüsse, nur auf ein Haushaltsjahr, auf das Haushaltsjahr 1973. Wenn wir während des Jahres davon abweichen würden, müßten wir einen separaten GR-Beschluß fassen, wie auch natürlich im nächsten Jahr mit der Budgetdebatte wieder auch über al-

le diese Maßnahmen Beschluß gefaßt werden müßte.

Werte Damen und Herren!

Es wäre unmöglich, ich glaube Sie selbst können das richtig abschätzen, auf die einzelnen Diskussionsbeiträge in Ansprache an die einzelnen Diskussionsredner hier einzugehen. Es ist ein Teil der Diskussionsbeiträge schon von anderen Diskussionsrednern erklärt, beantwortet und widerlegt worden, sodaß ich mich auf einige ganz wenige Punkte beschränken kann.

Kollege Fritsch, es ist natürlich unmöglich, jeder einzelnen Ansatzpost im Budget auch einen Motivenbericht beizulegen. Daraus resultiert natürlich die Kritik an einzelnen Budgetposten. Ich greife nur, weil es vielleicht so deutlich und repräsentant ist für diese Meinung, die Notbeleuchtung Theater heraus. Die werden wir jedes Jahr drinnen haben und wir werden sie erst dann verbrauchen, wenn der Akkumulator, die Batterie, zusammenbricht, dann werden wir eine neue kaufen. Wir müssen es aber drinnen haben, weil morgen dieser Zustand passieren kann. Damit glaube ich, habe ich den Motivenbericht für die Ansatzpost Notbeleuchtung gegeben. Wir werden sie logischerweise nicht früher auswechseln, ehe sie kaputt ist. Es wäre unnützes Geld. Sie wissen selbst, manche Autobatterie hält 3 Jahre, manche bricht nach 2 Jahren zusammen. Keiner kauft sich früher eine, bevor es notwendig ist.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Wir haben aber auch andere Sachen überplanmäßig.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Von dieser Post wissen wir es, von der ahnen wir voraus, daß sie jeden Tag eintreten kann.

Eine weitere Aufklärung. In den

Gastschulbeiträgen ist sicher die Schulbuchaktion nicht mit ein Ansatzpunkt gewesen, sondern tatsächlich nur die in den einzelnen Schulen anlaufenden Betriebskosten. Die werden als Gastschulbeiträge vorgeschrieben, allerdings global für die ganze Stadt. Das heißt, es werden alle Schulen zusammengezählt, die Regien aller Schulen, und dividiert durch die Schülerzahl. Damit kommt der Gastschulbeitrag heraus. Das ist sicher rechnerisch, ich nehme an, richtig errechnet worden, sonst müßte ich annehmen, daß hier ein Rechenfehler und kein Ansatzfehler vorliegt. Das ist meiner Meinung nach amtsintern zu überprüfen.

Kollege Treml, eine offizielle Anfrage an den Bürgermeister in Sachen der Aufwandsentschädigungen. Ich stelle fest, daß der Gemeinderat keinen Beschluß fassen wird, eine Erhöhung der Funktionsgebühren des Gemeinderates und der nachfolgenden Funktionäre zu treffen, weil wir hier überhaupt keine Auswahl und keine Notwendigkeiten haben, mit Gesetz vom Juli 1972 im Nationalrat getroffen, werden automatisch im Zusammenhang mit den Bezugsgebühren des Landeshauptmannes auch die der Bürgermeister usw. geregelt werden. Diesem Gesetz tragen wir Rechnung. Die Durchrechnung steht in jeder Zeitung, die Prozentsätze usw.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Entschuldigen Sie, Herr Bürgermeister, aber wenn es schon in jeder Zeitung steht, so müßten es die Politiker und führenden Beamten wenigstens schon wissen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Das kann sich jede Zeitung ausrechnen. Der Prozentsatz ist feststehend, die Funktionsgebühren der Bürgermeister 80 % vom Landeshauptmann, Bürgermeister - Stellvertreter

35 % vom Bürgermeister, Stadträte 14 % vom Bürgermeister, Gemeinderäte 4,5 % vom Bürgermeister. Das sind die Prozentsätze, über die wir aber keinen Beschluß zu fassen haben und warum wir sie durchrechnen konnten, weil dieses Gesetz vor der Budgeterstellung schon im Juli beschlossen wurde. Zum Unterschied von den Ansatzposten, die erst in den letzten Monaten getroffen wurden, während unser Budget schon in Arbeit war.

Der Wunschbriefkasten, Kollege Gherbetz, Herr Kollege Radmoser ist mit jedem Brief zu mir gekommen. Ich muß feststellen, es sind wohl einige Anfragen und Wünsche vorgebracht worden, die sich aber um kleine Anfragen im wesentlichen persönlicher Natur gedreht haben, die wir alle im direkten Weg behandelt und beantwortet haben. Es ist kein Brief dabei, der annähernd an die Diskussionsbeiträge der heutigen Diskussion herankommt und daher auch keinen Diskussionsstoff für den Gemeinderat zum Inhalt gehabt haben.

Kollege Wallner, vielleicht ist der Ausdruck etwas zu hart, von einer Planlosigkeit dann zu sprechen, wenn es um Planungslücken geht. Es ist sicher feststehend, daß der Bebauungsplan für das Stadtgebiet Steyr noch eine Reihe weißer Flecken aufweist. Das ist aber nicht eine Nachlässigkeit, sondern das ist aus einer gewissen Zweckmäßigkeit heraus. Wir sind ja derzeit mit dem Personal - Du hast es selbst angeführt - außerstande, die gesamte Verplanung des Stadtbereiches zu bewältigen. Obendrein sind auch Schwierigkeiten anderer Art. Bei der derzeitigen Grundverkehrssituation würde hier ein heilloses Durcheinander im Bezug auf Grundpreise usw. entstehen - wenn wir ständig diese Lücken ausgefüllt hätten. Wir hätten auch kaum einen großen Gewinn, weil ja die Grundbesitze anders liegen als die von der Gemeinde verplanten Verbauungsplanabsichten.

Neutorbrücke, hier kann ich klar Antwort geben. Diese wird sicher abgebrochen, auch wenn der Wunsch nach der Benützung durch Fußgänger offen ist, denn wir können diese Neutorbrücke in der derzeitigen Form überhaupt nicht erhalten, abgesehen vom Stadtbild. Vom Stadtbild her ist es höchst wünschenswert, daß sie weggelinkt. Sie ist in der Erhaltung ungeheuer aufwendig und müßte betreut werden. Wir können nach dem Abbruch sicher diskutieren, ob wir uns einen separaten Fußgängerübergang an dieser Stelle über die Enns leisten könnten. Das vielleicht kurz zu diesem Problem. Von einigen Diskussionsrednern ist das Problem der Verschuldung der Stadt angeschnitten worden. Einmal in positiver Hinsicht, einmal etwas vorwurfsvoll an die Vergangenheit appellierend, daß man nicht schon früher Schulden gemacht hat. Ich möchte hier eines grundsätzlich sagen. Es widerstrebt uns allen, Schulden zu machen. Wir machen nur Schulden, wenn es notwendig ist, um die kommunalen Aufgaben erfüllen zu können. Hier müssen wir natürlich, wie überall im Leben, einen Kompromiß schließen zwischen der Möglichkeit, uns nicht in das Ungeheure zu verschulden und trotzdem die wichtigsten Aufgaben auf kommunalem Sektor erfüllen zu können. Ich möchte hier sagen, daß wir uns auf dem Gebiet, weil wir momentan noch etwas hinten sind, nicht den Eindruck haben, daß wir hier einen Nachholbedarf einzuholen hätten oder gar uns auf eine Überholspur begeben sollten. Vor der möchte ich ebenfalls sehr sehr warnen.

Eines müßte auch zum Problem Wohnungsbau gesagt werden. Es wurde von einigen Diskussionsrednern kritisiert, daß wir im Budget im aoH wohl eine relativ hohe Ansatzpost für Wohn- und Siedlungszwecke haben, ihn aber fast nicht ausgeschüttet haben. Wozu dient diese Ansatzpost? Wir haben

Wohnbauvorhaben zum Teil begonnen, schon wenn wir Zusagen seitens des Landes, des Fonds, haben und wir wissen oft nicht ganz genau, ob wir auch die notwendigen Mittel rechtzeitig zugeteilt erhalten. Wir haben auch einige Wohnbauvorhaben vorgegriffen. Wir haben einen Lawogbau vorfinanzieren müssen, wir haben einen Pensionistenbau vorfinanzieren müssen, wir haben auch heuer wieder Projekte, von denen wir hoffen, daß wir von den Fondsstellen die Bewilligung eines vorzeitigen Beginnes erhalten. Dazu dient vor allem diese Ansatzpost. Wenn wir sie nicht ausschöpfen, so ist das ein Zeichen, daß wir von den Fondsmitteln gut bedient worden sind. Es wäre auch in dieser Ansatzpost nach der Wohnbauförderung 1968 drinnen, die Kosten der Aufschließung zu übernehmen. Das Wohnbauförderungsgesetz 1968 verpflichtet die Gemeinde, die Aufschließungskosten für einen fondsgesteuerten Wohnbau selbst vorzunehmen. Zum Problem Eigentumswohnungen, Kollege Holzinger. Ich würde Ihnen empfehlen, sehr empfehlen, aus der bisherigen Praxis der Wohnungsvergabe, aus der bisherigen Praxis, die aus dem Wohnungsmarkt sich für die Gemeinde erstellt, dem Eigentumswohnungsbau seitens der GWG der Stadt Steyr nicht näher zu treten. Lassen wir dieses Vorhaben den Wohnungsvereinigungen, die zur Genüge bestehen, dem privaten oder sonstigen Wohnungsbau über. Wir würden uns in einen Umstand begeben, der uns gerade bei unserer Verpflichtung, den finanziell schwächeren Bevölkerungsschichten zu helfen, hindert. Hier würden wir uns eines Instrumentes begeben, denn gerade Sie selbst im Wohnungsausschuß sind Zeuge, daß wir im Jahr mindestens eine höhere Zahl von Wohnungen aus Rückläufen aus unserem Wohnungsbestand erhalten, als Neubauwohnungen geschaffen werden. Gerade dieser Rücklauf von Wohnungen, diese Zirkulation am gemeind-

lichen Wohnungssektor ist für uns eine äußerst wertvolle Hilfe, wie ich schon sagte, gerade den finanziell Schwächeren unter unseren Bürgern damit zu helfen. Am Sektor Eigentumswohnungsbau scheidet dieses Argument zur Gänze aus. Daher möchte ich nochmals sagen, daß wir das Problem Eigentumswohnungsbau den ausreichend vorhandenen Wohnbauvereinigungen, die sich mit diesem Problem beschäftigen, überlassen sollen. Auch der private Sektor in der Bauwirtschaft beschäftigt sich umfangreich mit dem Problem Bau von Eigentumswohnungen.

Zum Erdgas. Selbstverständlich, hier stoßen Sie offene Türen ein. Wir stehen kurz vor der Verabschiedung eines Vertrages, eines Gaslieferungsvertrages. Offen war bislang, das kann ich hier sagen, weil es auch neuesten Datums ist, ob die Steyr-Werke sich mit anschließen, diesen Gasvertrag abzuschließen, das war bis vor wenigen Tagen zweifelhaft. Es hat sich jetzt herausgestellt und ich habe heute die offizielle Nachricht erhalten, daß der Vorstand der Steyr-Werke dem Vertrag zugestimmt hat. Damit ist grün für die Gaslieferung an die Stadt gegeben. Schon in wenigen Tagen ist eine ernste weitere Besprechung mit dem Repräsentanten der Ferngas-AG hier anberaumt und wird uns relativ rasch zu Erdgas, zu billigerem Gas, verhelfen. Darüber freuen wir uns sehr, weil wir genau wissen, wie wir hier gerade vom Kostensektor, Beheizung, kochen usw. auch Belieferung mit Wärme aus unseren Fernheizwerken, die wir sukzessive auch auf Erdgas umstellen wollen, die Kosten des Wohnens indirekt oder der Betriebskosten senken können.

Ich habe auch hier einen Beitrag, wo die Projektierung von Fußgängerübergängen usw. im Zuge der Fernstraße erfolgen soll.

Schon der Stadtsenat hat einen Beschluß gefaßt, am 28. 7. mit Herrn

Dipl. Ing. Günther Eggenfellner als Projektant der Steyrer Schnellstraße auch die Planung der im Zuge der Schnellstraße erforderlichen Übergänge, auch die Fußgängerübergänge, übertragen wurden. Mit dem Betrag von S 97.000,- und einiges. Sie sehen, es ist tatsächlich auch auf dem Sektor etwas geschehen.

Darf ich jetzt zusammenfassend einiges sagen. Es wurde uns aus der Diskussion ein Katalog von kommunalen Aufgaben gestellt. Nicht nur in der Diskussion. Ich habe auch schriftliche Unterlagen hier von der ÖVP. Ich habe hier einen Wunschkatalog aus einer Tagung der sozialistischen Fraktion, die sich mit allen - hier sind alle und damit ist diese Vaterschaftsdebatte, ein Wort, das nun schon aus unserem Jargonscheinbar nicht mehr zu eliminieren ist, sehr schwer nachweisbar, denn eine Reihe von solchen schriftlichen Unterlagen aus vergangenen Zeiten liegt uns vor, wo alle diese Probleme selbstverständlich schon angeführt sind. Es gilt - das wurde gesagt - Schwerpunkte zu setzen, aber und hier glaube ich, werden wir subjektiv, denn wo liegt ein Schwerpunkt vor? Liegt der Schwerpunkt im Straßenverkehr oder liegt er am Fürsorgesektor, liegt der Schwerpunkt - Kollege Moser und Kollege Fritsch werden mir jetzt rechtgeben - ja, vorrangig werden wir jetzt trachten müssen, daß wir einigermaßen die Turnsäle der Schulen bereitstellen können. Also, ich will damit nur andeuten, daß eben der Gleichklang im Bezug auf was ist Schwerpunkt, noch einer weiteren Diskussion bedarf, die wir selbstverständlich im Laufe unseres Arbeitsjahres für das wir uns heute einen generellen Katalog geschaffen haben, abwickeln werden. Ich hoffe, daß er auch beschlossen und genehmigt wird, aus den Erklärungen der Fraktionen ist es ja schon mit Sicherheit abzuleiten.

Ich möchte damit wirklich allen

recht herzlich danken. Selbstverständlich auch für die Diskussionsbeiträge und ich kann mich einem Dank nur mehr anschließen. Er wurde von den Fraktionssprechern schon ausgesprochen, daß ich selbst ohne die Hilfe von sachkundigen Beamten nicht in der Lage wäre, einen solchen Haushaltsvoranschlag zu erstellen. Wir alle wären wahrscheinlich außerstande, die gesamte kommunale Arbeit zu leisten, denn unsere Beschlüsse würden leer im Raum stehen, wenn nicht jemand hier am Werk wäre, der sie auch realisiert, sie durchführt. Das sind unsere Beamten, unsere Angestellten und Arbeiter.

Ich will mich nicht als Finanzreferent, sondern hier darf ich den Bürgermeister hervorheben, besonders als solcher diesen schon ausgesprochenen Dankesworten mich herzlich anschließen.

Nun bitte ich den Vorsitzenden, über den Voranschlag 1973, über den Antrag abzustimmen, damit wir im Jahr 1973 an die Arbeit gehen können und wieder möglichst alles, was wir uns heute vorgenommen haben, auch tatsächlich im Interesse unserer Bevölkerung erfüllen können. Ich danke.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke dem Bürgermeister für sein Schlußwort zu seiner Budgetrede. Ich möchte, bevor ich abstimme, noch zur Kenntnis bringen, daß ein Antrag, der sich auch im Rahmen des Budgets bewegt, vom Gemeinderat Dr. Gärber vorliegt und gemäß § 19 Abs. 1 der Geschäftsordnung ist zwar richtig gezeichnet und ich glaube, sie beabsichtigen auch nicht, ihn heute hier zu behandeln, sondern für die nächste GR-Sitzung vorzubehalten, was hiermit als rechtzeitig eingebracht angenommen wird. Er wird in der nächsten GR-Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt. Damit kann ich diesen Antrag

dem Herrn Bürgermeister weitergeben zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Der Antrag behandelt die Wünsche hinsichtlich der Raumplanung, Stadtentwicklung etc. Ich darf darauf verzichten, das vorzulesen, weil der Antrag sowieso in der nächsten Sitzung bekanntgemacht wird.

Wir beschäftigen uns nun mit der Abstimmung des gesamten Haushaltsvoranschlags für 1973. Ich bringe dazu in Erinnerung, daß insgesamt 6 Positionen in einem abgestimmt werden. Ich hoffe, Sie sind einverstanden, daß hier keine Teilung der einzelnen Voranschläge erfolgt. Somit wird der Voranschlag 1973 im oH, der Voranschlag 1973 im aoH, der Wirtschaftsplan der Städtischen Unternehmungen, der Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Beamten des Magistrates Steyr, der Voranschlag für die Dr.-Wilhelm-Groß-Stiftung und der Dienstpostenplan des Magistrates Steyr in einem zur Abstimmung gebracht. Es hat sich gegen diese Vorgangsweise kein Widerspruch erhoben. Ich darf also annehmen, daß er gutgeheißen wird.

Wer also für den Voranschlag 1973 in der vorgelegten Fassung ist, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Ich stelle somit die Einstimmigkeit des Beschlusses fest.

Wir sind damit auch schon am Ende unserer heutigen Sitzung angelangt und mir obliegt es nun, nachdem mir der Bürgermeister den Vorsitz bis zum Ende der Sitzung übertragen hat, Ihnen anlässlich der heutigen letzten Sitzung in diesem Jahr auch einige Worte des Dankes auszusprechen für die gemeinsame Arbeit, die wir im Steyrer Gemeinderat zu leisten imstande waren. Wenngleich während der Budgetsitzung es ganz natürlich und richtig ist, daß die politischen Parteien durch ihre Sprecher ihre grundlegenden Meinungen zu den

Vorhaben der Stadtgemeinde Steyr äußern, ist es auch natürlich, das gehört zum Recht der demokratischen Freiheit, die Redefreiheit, daß auch provokatorische Äußerungen Reaktionen auslösen. Es erwies sich auch heute einige Male, daß eben Äußerungen mehr oder minder scharf gebracht mehr oder minder starke Rückäußerungen hervorrufen. Das gehört zum demokratischen Leben, solange es sich in sachlichen Bahnen bewegt und nicht auf Personen bezogen wird. Ich glaube, daß wir trotz allem sagen können, daß wir im ablaufenden Jahr eine gute Arbeit geleistet haben, daß Kritik üblich und notwendig ist, dem wird sich niemand verschließen, denn es wird niemanden geben, der fehlerfrei handelt und arbeitet und vorgeht. Ich glaube, Kritik ist gerade dazu angetan, eben auf Dinge aufmerksam gemacht zu werden, die man unter Umständen in der Hast der Arbeit übersehen kann. So darf ich Ihnen also namens des Präsidiums für diese gemeinsame Arbeit herzlich danken und Sie bitten und den Wunsch aussprechen, daß wir im kommenden Jahr trotz aller uns bevorstehenden politischen Entscheidungen, die zweifellos zu einer bestimmten Verhärtung beitragen können, wenn wir nicht gewillt sind, auch über diese Zeithinwegzukommen, so bin ich überzeugt, daß wir dennoch in der Lage sind, auch im kommenden Jahr die Wünsche, die im Budget eingebaut sind, soweit zu erfüllen, wie es in den Möglichkeiten der Stadtgemeinde liegt, soweit zu erfüllen, daß die Beamtschaft und die Bediensteten des Magistrates Steyr mit uns gemeinsam alles unternehmen, um diese Wünsche tatsächlich durchzubringen.

Ich möchte bei der Gelegenheit den Weihnachtsgruß nicht nur an Sie aussprechen, sondern auch an alle Bediensteten des Hauses und des Magistrates insgesamt. Ich danke bei der Gelegenheit allen für die geleistete Arbeit, ich danke insbesondere jenen Be-

amten und Angestellten des Hauses, die bei den GR-Sitzungen ständig anwesend sind und die protokollarischen Tätigkeiten verrichten. Ich möchte auch nicht versäumen, von dieser Stelle aus der Personalvertretung des Magistrates ebenfalls den Dank für die gemeinsame Arbeit zum Ausdruck bringen.

Damit schließt sich der Reigen unserer Tätigkeit im Gemeinderat für dieses Jahr. Ich möchte Sie alle im

Namen des Bürgermeisters zu einem Beisammensein im Casino im Anschluß einladen und darf somit die heutige Sitzung mit den besten Wünschen für das Weihnachtsfest und das kommende Jahr beenden.

Damit ist die Sitzung geschlossen.

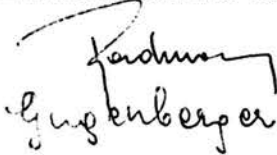
Applaus !

Ende der Sitzung: 18.27 Uhr.

DER VORSITZENDE:



DIE PROTOKOLLFÜHRER:



DIE PROTOKOLLPRÜFER:

